EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1990

EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1990

Herausgeber Eidg. Bankenkommission
Editeur Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telex 912 449
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

3.91 5000 A55805

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds) 69

Französische Fassung 145

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes (institutions de revision et fonds de placement) 69

Version française 145

Inhaltsverzeichnis Seite

Abkürzungen 8

Bankenkommission und Sekretariat 9

I. Einleitung 11

II. Wesentliches in Kürze 12

III. Aufsicht über die Banken 14

1. Revision der Bankenverordnung 14
   1.1 Geltungsbereich des Gesetzes 14
   1.2 Geldmarktbuchforderungen 14

2. Rundschreiben 15
   2.1 Bildung und Auflösung von stillen Reserven 15
   2.2 Kassenliquidität 17
   2.3 Länderrisiken 17
   2.4 Optionen und Financial Futures 19

3. Praxis der Aufsichtsbehörde 20
   3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit 20
      3.1.1 Professioneller Notenhandel 20
      3.1.2 Geldwäscherei; Strafgesetzgebung 21
      3.1.3 Sorgfaltspflichtvereinbarung 1987; Verbot der Formulare B 22
      3.1.4 *Financial Action Task Force on Money* Laundering 24
   3.2 Ausländisch beherrschte Banken 25
      3.2.1 Gegenrecht 25
      3.2.2 Japan 26
      3.2.3 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten 27
      3.2.4 Datenfernverarbeitung im Ausland 27
      3.2.5 Vertretungen ausländischer Banken 28
      3.2.6 Geschäftsführung bei den Auslandsbanken 29
   3.3 Bilanzwahrheit und -klarheit 31
      3.3.1 Bewertung von Aktiven 31

3.3.2 Immobilien-Leasing und Refinanzierungsdarlehen 32
3.3.3 Revision von Zweigniederlassungen ausländischer Banken 33
3.4 Konzernaufsicht / CS Holding 34
3.5 Organisationsvoraussetzungen des Bankengesetzes 35
3.6 Bewilligungsentzug 36
3.7 Börsenwesen 37
3.8 Vorsorgliche Schutzmassnahmen 38
3.9 Unerlaubte Banktätigkeit 39

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden 40
4.1 Behörden des Bundes 40
4.2 Nationalbank 42
4.3 Verbände 42
4.4 Revisionsstellenkonferenz 43

5. Internationale Angelegenheiten 43
5.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 43
5.2 Europäische Gemeinschaft 45
5.3 Dreiländer-Treffen 46
5.4 International Organization of Securities Commissions 46

6. Behandelte Geschäfte (Statistik) 47
6.1 Sitzungen 47
6.2 Verfügungen 47
6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen 48

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften 48
7.1 Bestand Ende 1990 48
7.2 Erteilte Bewilligungen 49
7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit 50

IV. Aufsicht über die Anlagefonds 53

1. Revision des Anlagefondsgesetzes 53

2. Praxis der Aufsichtsbehörde 54
2.1 Europrogramme 54

2.2 Bancor SA, Genf 54
2.3 Rücknahme von Anteilscheinen 55
2.4 Uto-Immobilienfonds 56
2.5 Parteistellung des Anlegers 57
2.6 Luxemburgische Anlagefonds ohne eigene Infrastruktur 58

3. Behandelte Geschäfte 59

4. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1990 60

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen 62

1. Überprüfung der Pfandbriefzentralen 62

2. Statutenrevision der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken 62

3. Europaverträglichkeit und Zukunft des Pfandbriefwesens 62

VI. Interna 64

1. Bankenkommission 64

2. Sekretariat 64

3. Rechnung 64

4. Organigramm 65

5. Revision Gebührenverordnung 65

Verzeichnisse 69

Anerkannte Revisionsstellen
- für Banken und Anlagefonds
- nur für Anlagefonds

Schweizerische Anlagefonds
Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidg. Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Verordnung vom 20. Januar 1967 über die Anlagefonds (SR 951.311)
AuslAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
PfG	Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (SR 211.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 211.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidg. Bankenkommission (SR 952.721)
VSB 87	Vereinbarung vom 1. Juli 1987 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Eidgenössische Bankenkommission

Präsident
Dr. iur. Hermann Bodenmann, Brig

Vizepräsident
Dr. rer. pol. Amilcare Berra, Montagnola (ab 1. Juni 1990)

Mitglieder

Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich

Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel (ab 1. Juni 1990)

Prof. Dr. rer. publ. Peter Nobel, Zürich

Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen

Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Dr. iur. Kurt Hauri, Direktor

Fürsprecher Daniel Zuberbühler, stellvertretender Direktor, Rechtsdienst

Romain Marti, Vizedirektor, Bewilligungen und Anlagefonds

Kurt Lindegger, Vizedirektor, Revisorat

Adresse

Marktgasse 37, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11, Telex 912 449, Telefax 031 61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission ist für die Beaufsichtigung von drei Bereichen des Finanzsektors zuständig. Es sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen die Aufsicht über die Banken (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG). Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1990 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten wichtigen Fragen der Aufsicht sowie mit der Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Herbst 1991 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1990» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (1990 die Hefte 19 und 20).

II. Wesentliches in Kürze

Im Berichtsjahr sind einige wichtige Weichenstellungen erfolgt. Namentlich setzte die Bankenkommission auf den 31. Dezember das neue Rundschreiben «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» in Kraft, das zur erhöhten Transparenz zugunsten der Gläubiger und Aktionäre der Banken führen wird. Das Rundschreiben führt unsere Rechnungslegung zumindest in einem Teilbereich an die internationalen Standards heran.

Ferner schützte das Bundesgericht die Auffassung der Bankenkommission, wonach die Schweizerische Kreditanstalt aufgrund des ihr obliegenden faktischen Beistandszwanges zugunsten der anderen Konzerngesellschaften nötigenfalls zur Bereitstellung zusätzlicher Eigenmittel auf konsolidierter Basis angehalten werden könne, obwohl nicht sie, sondern die CS Holding die Muttergesellschaft des Konzerns ist. Von diesem Grundsatzentscheid werden für die künftige Praxis der Bankenkommission im Bereich der Konzernaufsicht wichtige Impulse ausgehen.

Auch fasste die Bankenkommission ihre bisherige Praxis zu den Länderrisiken erstmals in einem Rundschreiben zusammen. Darin wurde insbesondere der pauschale Wertberichtigungssatz für Forderungen mit Länderrisiko – ausgenommen kurzfristige Handelsfinanzierungen – auf Ende 1991 von 50% auf 65% erhöht.

Nachdem die wichtigsten Richtlinien des EG-Rates im Bankenbereich vorliegen, lässt sich anhand des durchgeführten Rechtsvergleiches feststellen, dass die einschlägige schweizerische Gesetzgebung – von einigen Ausnahmen abgesehen – weitgehend «europaverträglich» ist.

Im Bereich der Anlagefonds reichte die Bankenkommission dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes ihre Vorschläge für eine Totalrevision des Anlagefondsgesetzes ein.

Der Strukturwandel im schweizerischen Bankensystem beschleunigte sich 1990 gegenüber den Vorjahren. Der primären Funktion der Banken, der Kreditvermittlung, ist alle Pflege und Aufmerksamkeit zu schenken. Der Konzentrationsprozess beschleunigte sich, teilweise in Eigeninitiative aus vorausschauender Vorsicht, teilweise durch unerfreuliche Entwicklungen getrieben. Die Ertragslage verschlechterte sich generell. Die Zinsmargen verkleinerten sich, die Refinanzierung

bereitete Schwierigkeiten, das Kommissionsgeschäft bildete sich zurück, die Rückstellungsbedürfnisse wuchsen an. Die in Gang gekommenen Anpassungen an die gewandelten Verhältnisse werden die Zahl der selbständigen Banken vermindern. Die Aufsicht hat darüber zu wachen, dass dieser Prozess ohne Gläubigerverluste und damit ohne Schwächung der regionalen Volkswirtschaften abläuft. Nach Abschluss der Flurbereinigung wird sich der schweizerische Bankenplatz gestärkt präsentieren.

III. Aufsicht über die Banken

1. Revision der Bankenverordnung

1.1 Geltungsbereich des Gesetzes

Am 23. August 1989 beschloss der Bundesrat mit einer Änderung der Bankenverordnung, dass Emissionshäuser sowie Finanzintermediäre, die in grossem Umfang im Interbankgeschäft tätig sind, in Zukunft dem Bankengesetz unterstehen (vgl. Jahresbericht 1989 S. 13). Die neue Regelung trat am 1. Januar 1990 in Kraft. In einer im Schweizerischen Handelsamtsblatt publizierten Weisung vom 18. Dezember 1989 forderte die Bankenkommission alle betroffenen Gesellschaften auf, sich bis Ende Juni 1990 zu melden. Insgesamt gingen Meldungen von 84 Gesellschaften ein. Die meisten betrafen erwartungsgemäss Emissionshäuser. Rund 30 Gesellschaften dürften jedoch dem Gesetz nicht unterstellt werden, da sie entweder die zur Unterstellung führende Tätigkeit in Zukunft nicht mehr ausüben wollen oder von der Verordnungsänderung aus anderen Gründen nicht erfasst werden. Ein Emissionshaus bestritt in einem Feststellungsbegehren die Gesetzmässigkeit der geänderten Verordnung. Die Bankenkommission wies das Begehren ab. Die Verfügung bildet Gegenstand einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht. In einem Punkt hat die Bankenkommission die in ihrem letzten Jahresbericht (S. 14 Bst. c) dargestellte Auffassung überprüft. Sie ist dabei zum Schluss gekommen, reine «Optionshäuser» seien zumindest bis auf weiteres dem Bankengesetz nicht als Emissionshäuser zu unterstellen. Diese Gesellschaften sind nicht an der Emission traditioneller Kapitalmarktpapiere, sondern an Emissionen und am Handel mit derivativen Instrumenten wie Optionen (z. B. «Stillhalter-Optionen» oder «Covered Warrants») interessiert. Es besteht jedoch ein Regelungsbedarf in bezug auf diese «Optionshäuser». Dieser kann durch die geplante Bundesgesetzgebung über die Börsen und den Effektenhandel sachgerecht erfüllt werden.

1.2 Geldmarktbuchforderungen

Geldmarktbuchforderungen sind kurzfristige, nicht wertpapiermässig verurkundete, sondern in Registern geführte Teilbeträge von

Grossdarlehen, die ein Emittent bei einer Vielzahl von Anlegern zu einheitlichen Bedingungen aufnimmt, wofür öffentlich geworben wird. Seit 1979 emittiert die Schweizerische Nationalbank regelmässig Geldmarktbuchforderungen für den Bund. Bedingt durch die Zinssituation wurden Geldmarktbuchforderungen im Berichtsjahr auch für Gemeinden und private Schuldner attraktiv. Seit längerem werden auch Geldmarktbuchforderungen ausländischer Gesellschaften angeboten. Die Bankenkommission hatte zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen inländische Finanzgesellschaften Geldmarktbuchforderungen emittieren können, ohne dadurch dem Bankengesetz zu unterstehen. Nach Art. 1 des Bankengesetzes unterstehen die «übrigen Finanzgesellschaften» (z. B. Holdinggesellschaften) dem Gesetz auch nicht, wenn sie sich durch Anleihensobligationen beim Publikum finanzieren. Geldmarktbuchforderungen unterscheiden sich von Anleihensobligationen durch die kürzeren Laufzeiten und die fehlende Verurkundung in einem Wertpapier. In ihrem Rundschreiben vom 6. August 1990 stellte die Bankenkommission ungeachtet dieser Unterschiede die Geldmarktbuchforderungen in bankaufsichtsrechtlicher Hinsicht den Anleihensobligationen gleich, sofern die Gläubiger in einem den Art. 651 und 1156 OR entsprechenden Umfang informiert werden. Dazu genügt auch ein Hinweis auf einen aktuellen Prospekt, der in einem anderen Zusammenhang erstellt wurde. Dies bedeutet, dass die sogenannten «übrigen Finanzgesellschaften» sowie Industrie- und Dienstleistungsunternehmen Geldmarktbuchforderungen emittieren können, ohne dem Bankengesetz zu unterstehen.

2. Rundschreiben

2.1 Bildung und Auflösung von stillen Reserven

Am 25. September 1990 verabschiedete die Bankenkommission das angekündigte Rundschreiben «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» (vgl. EBK-Jahresberichte 1988 S. 41 ff.; 1989 S. 20 f.) und setzte es auf den 31. Dezember 1990 in Kraft. Es findet damit erstmals auf die Jahresrechnung 1990 Anwendung.

Das Rundschreiben bezweckt, die Aussagekraft der Bankabschlüsse näher an die gesetzliche Vorgabe des möglichst sicheren Einblicks in die wirtschaftliche Lage der Bank gemäss Art. 959 OR sowie an die einschlägigen EG-Vorschriften heranzuführen und damit eine erhöhte Transparenz zu schaffen. Zuverlässige und transparente Grundlagen zur Einschätzung des Geschäftsverlaufes der Banken durch die Öffentlichkeit sind auch ein Anliegen des Gläubigerschutzes und wirken letztlich vertrauensbildend.

Die bisherige Praxis der Bankenkommission bezüglich der Handhabung der Bildung und Auflösung von stillen Reserven wurde von Grund auf überprüft und auf eine neue Basis gestellt. Die wesentlichen Neuerungen betreffen die folgenden Punkte:

- Das Bruttoprinzip/Verrechnungsverbot ist strikte einzuhalten. Belastungen von einzelnen Ertragspositionen (Ertragskürzungen/Gewinnvorwegnahmen) werden – wie sonst allgemein üblich – mit geringen, von den Gliederungsvorschriften der Bankenverordnung genau bezeichneten Ausnahmen nicht mehr gestattet. Eine Bildung von stillen Reserven durch Ertragskürzungen/Gewinnvorwegnahmen wird somit nicht mehr zugelassen.
- Eine Auflösung von stillen Reserven in wesentlichem Umfang ist offenzulegen und zu kommentieren. Zur Eingrenzung des Begriffes der Wesentlichkeit wurden dabei sowohl qualitative wie auch quantitative Kriterien definiert.
- Weiter besteht neu die Möglichkeit, Teile der Wertschriften- und Edelmetallbestände dem Anlagevermögen zuzurechnen.

Im Zuge der damit verbundenen Bewertungsfragen passte die Bankenkommission ferner die bestehende Praxis bezüglich der Bewertung und Bilanzierung von festverzinslichen Wertpapieren mit Disagio sowie Zerobonds den aktuellen Gegebenheiten an. Bei diesen Wertschriften dürfen nun im wesentlichen die aufgelaufenen Zinskomponenten ebenfalls berücksichtigt werden.

Schliesslich bleibt unmissverständlich festzuhalten, dass die Bankenkommission der Bildung stiller Reserven bei Banken wie bisher positiv gegenübersteht. Mit dem neuen Rundschreiben lässt sie diese Möglichkeit weiterhin zu. Sie verhindert jedoch im Rahmen der vor-

stehend genannten Zielsetzungen die mit der Bildung und Auflösung von stillen Reserven verbundenen Auswüchse.

2.2 Kassenliquidität

Der Gläubigerschutz und die von der Schweizerischen Nationalbank betriebene direkte Geldmengensteuerung bedingen, dass im Bankensystem genügend hohe Bestände an Notenbankgeld vorhanden sind, damit die Kassenliquidität als wirksamer Stossdämpfer gegen unerwartete Liquiditätsabflüsse aus dem Bankensystem funktionieren kann (vgl. Jahresbericht 1987 S. 15).

Zwischen den Giroguthaben, die die Banken in ihren Liquiditätsausweisen melden, und jenen, die sie bei der Schweizerischen Nationalbank effektiv halten, bestehen Diskrepanzen. Der Grund dieser Abweichungen liegt in der uneinheitlichen Praxis bei der Verbuchung und Valutierung. Im weiteren wurde der im Durchschnitt von dreissig Tageswerten zu befolgende verbindliche Mindestansatz von etlichen Banken nicht immer eingehalten.

Die Bankenkommission und die Schweizerische Nationalbank sahen sich veranlasst, ihr gemeinsames Rundschreiben vom 23. Dezember 1987 zu ersetzen, um einerseits die Meldepflicht und die Berechnung der greifbaren Mittel zu klären und andererseits die dauernde Einhaltung der Mindestansätze in Erinnerung zu rufen.

Für die Berechnung des Monatsdurchschnittes der täglichen, jeweils bei Abschluss der Geschäftstätigkeit vorhandenen greifbaren Mittel in Form von Giroguthaben sind neu die Bestände nach den Auszügen der Schweizerischen Nationalbank massgebend.

2.3 Länderrisiken

Die Bankenkommission bewertet einzelne Forderungen der Banken grundsätzlich nicht selbst. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz besteht seit 1983 für Länderrisiken, da diese alle gleichartigen Forderungen der verschiedenen Banken in gleicher Weise betreffen und sich deshalb eine einheitliche Behandlung aufdrängt. Im Berichtsjahr fasste die Bankenkommission ihre bisherige Praxis zur

Behandlung der Länderrisiken (Jahresbericht 1989 S. 35 f.) in einem Rundschreiben zusammen. Damit soll die Praxis der Bankenkommission nicht ein für allemal festgeschrieben werden. Vielmehr kann das Rundschreiben kurzfristig neuen Bedürfnissen angepasst werden.

Das Rundschreiben vom 18. Dezember 1990 führt die bisherige Politik der Bankenkommission in bezug auf die Länderrisiken fort. Die darin enthaltenen Mindestvorschriften sollen den Länderrisiken auf möglichst einfache Weise Rechnung tragen und verlangen eine im internationalen Vergleich vorsichtige Bewertung. Auf nicht unbedingt notwendige Differenzierungen wird verzichtet. Aus diesem Grunde verwarf die Bankenkommission auch den Vorschlag, den von Land zu Land unterschiedlich hohen Risiken durch mehrere Länderkörbe mit verschiedenen Wertberichtigungssätzen Rechnung zu tragen.

Als erstes definiert das Rundschreiben in allgemeiner Weise das Länderrisiko. Es verlangt die Erfassung aller Forderungen mit Länderrisiko nach dem Risikodomizilprinzip. Danach unterliegen Verpflichtungen eines Schuldners in einem Risikoland keinem Länderrisiko, wenn für das Engagement eine Deckung besteht, welche nicht durch ein Länderrisiko belastet ist.

Zweitens wird auf die primäre Verantwortung der grenzüberschreitend tätigen Banken in diesem Bereich hingewiesen. Sie haben die Länderrisiken nach bester Bankenpraxis zu erfassen, zu beurteilen und zu begrenzen. Sie müssen die internen Pflichten und Kompetenzen dazu festlegen und die notwendigen reglementarischen und organisatorischen Instrumentarien schaffen, welche ihrer Struktur, Grösse und Geschäftstätigkeit entsprechen.

Als drittes wird der seit Ende 1989 geltende pauschale Wertberichtigungssatz für Forderungen mit Länderrisiko von 50 auf 65% erhöht. Dieses Erfordernis müssen die Banken spätestens Ende 1991 erfüllen. Angesichts der neuesten Entwicklung der internationalen Verschuldung ist diese Erhöhung notwendig. Strenge Anforderungen in diesem Bereich tragen wesentlich zum Standing der international tätigen Schweizer Banken bei, was sich wiederum in günstigen Refinanzierungssätzen niederschlägt.

Das Rundschreiben bringt zudem als viertes auch gewisse Erleichterungen. Kurzfristige Handelsengagements (z.B. aus Akkredi-

tiven) mussten bisher zu 10% pauschal wertberichtigt werden. In Zukunft entfällt diese Pflicht zu pauschalen Wertberichtigungen. Das gleiche gilt für Forderungen an multilaterale Entwicklungsbanken und Co-Finanzierungen mit einzelnen dieser Banken sowie für Projektfinanzierungen, welche durch ausserhalb eines Risikolandes anfallende Exporterlöse gesichert sind. Der Wert all dieser Forderungen ist nicht mehr pauschal, sondern aufgrund einer individuellen Bewertung zu berichtigen.

Schliesslich regelt das Rundschreiben die Verbuchung der Wertberichtigungen und die Kontrolle und Berichterstattung durch die Revisionsstellen.

2.4 Optionen und Financial Futures

Am 9. November 1990 hat die SOFFEX Swiss Options and Financial Futures Exchange AG den Handel mit Financial Futures (standardisierte Terminkontrakte auf der Basis von Finanzinstrumenten) eingeführt. Sie bietet vorerst einen Future-Kontrakt auf den Swiss Market Index (SMI) an. Aus diesem Anlass hat die EBK das bestehende Rundschreiben vom 2. November 1988 über «Optionsgeschäfte auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindizes» (vgl. auch Jahresbericht 1988 S. 20 ff.) überarbeitet und ergänzt. Im zur Vernehmlassung freigegebenen Entwurf des neuen Rundschreibens «Optionen und Financial Futures» werden nebst den bisher geregelten Optionsgeschäften auf Aktien, anderen Beteiligungspapieren und Aktienindizes neu auch Financial Futures und Optionsgeschäfte auf Zinsinstrumenten, Devisen, Financial Futures und Edelmetallen erfasst.

Das Rundschreiben, welches sich wie bis anhin auf die Regelung der bankengesetzlichen Aspekte (Organisation, Eigenmittelunterlegung, Risikoverteilung und Buchführung) des Handels mit diesen derivativen Finanzinstrumenten beschränkt, ist in erster Linie auf den börsenmässigen Handel mit Optionen und Financial Futures ausgerichtet. Daneben regelt es aber auch den ausserbörslichen Handel, der in verschiedenen Punkten (z. B. Organisation, Berechnung des meldepflichtigen Engagements gemäss Art. 21 BankV, Buchhaltung) eine abweichende, strengere Behandlung erfährt. Dem

ausserbörslichen Handel gleichgestellt wird der Handel mit Optionsscheinen (Warrants).

Das neue Rundschreiben wird voraussichtlich 1991 in Kraft treten.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit

3.1.1 Professioneller Notenhandel

Die Bankenkommission erliess im Berichtsjahr – wie anlässlich ihrer Pressekonferenz vom 11. April 1989 im Zusammenhang mit der als Libanon-Connection bekanntgewordenen Geldwäscherei-Affäre angekündigt – «Richtlinien für die Reglementierung des professionellen Notenhandels in den Banken» (veröffentlicht im EBK-Bulletin 20 S. 101 ff.). Inskünftig werden nur noch Reglemente und Richtlinien von Banken genehmigt, welche dem festgelegten Mindestinhalt und den Mindestanforderungen genügen.

Nebst der Umschreibung des Geltungsbereiches und der Definition des Begriffes des professionellen Notenhandels sehen die Richtlinien der Bankenkommission insbesondere Anforderungen an die Organisation und Grundsätze für die Geschäftsführung vor:

- Die Verantwortung für den professionellen Notenhandel liegt bei der Geschäftsleitung. Diese ist für den Erlass entsprechender Reglemente und Richtlinien, deren Durchsetzung und Kontrolle verantwortlich. Sie hat für eine zweckmässige Organisation sowie für eine sachgerechte Instruktion der Mitarbeiter zu sorgen.
- Für den Notenhandel mit gewerbsmässigen Notenhändlern sind Umsatzlimiten festzulegen; Limiten über Fr. 50 Mio. pro Jahr bedürfen der ausdrücklichen Bewilligung der Geschäftsleitung.
- Vor der Aufnahme der Handelstätigkeit und der Bewilligung von Umsatzlimiten ist die Vertrauenswürdigkeit der Geschäftspartner zu

überprüfen, insbesondere sind Erkundigungen über die Geschäftstätigkeit, den voraussichtlichen Jahresumsatz sowie Handelsauskünfte und Referenzen einzuholen.

- Die Banken haben mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt zu prüfen, ob Gebaren und Umfeld des Geschäftspartners nicht Anlass zu Verdacht auf verbrecherische Herkunft oder Bestimmung der angebotenen Noten geben.
- Besteht bei Notenhandelstransaktionen des Geschäftspartners mit der Bank ein hinreichender Verdacht, dass das Geschäft im Zusammenhang mit Verbrechen oder Vergehen nach schweizerischem Recht steht, so sind die Geschäftsbeziehungen abzubrechen. Diese Verpflichtung entfällt, wenn behördliche Massnahmen hängig oder angekündigt sind.

In der Schweiz wird der professionelle Notenhandel nur noch von den drei Grossbanken betrieben. Diese haben ihre einschlägigen Reglemente und Richtlinien an die neue Praxis der Bankenkommission angepasst.

3.1.2 **Geldwäscherei; Strafgesetzgebung**

Am 1. August 1990 trat die Änderung des Strafgesetzbuches in Kraft, mit welcher die vorsätzliche Geldwäscherei (Art. 305bis) und die mangelnde Sorgfaltspflicht bei Finanzgeschäften (Art. 305ter) unter Strafe gestellt werden (vgl. Jahresbericht 1989 S. 25 ff.). Die Auslegung und Anwendung der neuen Strafnormen wirft für die Banken und die Bankenaufsicht verschiedene Fragen auf, die im Interesse der Rechtssicherheit einer baldigen Klärung bedürfen. Zuständig hierfür sind in erster Linie die Strafverfolgungsbehörden. Deren Praxis, namentlich bis zu höchstrichterlichen Urteilen, kann sich indessen nur mit einiger Verzögerung herausbilden und wird überdies auf Einzelfallentscheiden beruhen, die keine umfassenden Regelungen ermöglichen. Insbesondere Art. 305ter StGB fusst sogar auf der Erwartung des Gesetzgebers, dass detaillierte Auslegungshilfen durch Standesregeln der betroffenen Berufsgruppen und die Aufsichtspraxis geschaffen werden, auch wenn sie den Strafrichter letztlich nicht binden können. Es erscheint deshalb angezeigt, dass

sowohl die Standesorganisation der Banken als auch die Bankenkommission als Aufsichtsbehörde Richtlinien über das Verhalten der Banken unter den neuen Strafnormen ausarbeiten und die bestehenden Standesregeln im Bankensektor nötigenfalls abändern oder ergänzen.

Nachdem die Bankenkommission vorerst spezielle Richtlinien für die Reglementierung des professionellen Notenhandels in den Banken erlassen hat (vgl. Ziff. 3.1.1 S. 20), wird sie nunmehr allgemeine, an alle Banken gerichtete Richtlinien zur Verhinderung und Bekämpfung der Geldwäscherei erstellen. Neben der Klärung der sich unter den neuen schweizerischen Geldwäscherei-Strafnormen stellenden Fragen sollen diese Richtlinien vor allem die Empfehlungen der Financial Action Task Force on Money Laundering für den Bankensektor in die Praxis umsetzen helfen (vgl. Ziff. 3.1.4 S. 24). In einer ersten Phase wurde ein Entwurf gemeinsam mit Strafrechtsexperten ausgearbeitet, um deren Erfahrungen und Bedürfnisse einfliessen zu lassen. Dieser wird anschliessend mit Bankenvertretern im Hinblick auf die praktische Anwendung diskutiert.

3.1.3 **Sorgfaltspflichtvereinbarung 1987; Verbot der Formulare B**

Bereits vor Inkrafttreten der neuen Geldwäscherei-Strafnormen äusserte die Bankenkommission erhebliche Zweifel, ob die Formulare B gemäss der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung und den unterzeichnenden Banken vom 1. Juli 1987 (VSB) nach Art. 305ter StGB noch zulässig sind (vgl. Jahresbericht 1989 S. 28 f.). Ebenso hielt die Bankenkommission aufgrund einer statistischen Erhebung der Formulare B fest, selbst ohne die neue Strafnorm dränge sich eine kritische Überprüfung der geltenden Standesregeln auf, weil das mit der Änderung der VSB 1987 verfolgte Ziel einer wesentlichen Verminderung der mittels Formular B anonymisierten wirtschaftlich Berechtigten nicht erreicht wurde (vgl. Jahresbericht 1989 S. 29 und 30 ff.).

Gemäss Art. 305ter StGB (mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften) wird bestraft, wer als berufsmässig im Finanzsektor Tätiger bei der Annahme, Aufbewahrung, Anlage oder Übertragung von

Vermögenswerten «es unterlässt, mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt die Identität des wirtschaftlich Berechtigten festzustellen». Im Unterschied zur VSB (Art. 5 und den Formularen B1 und B2) sieht der klare Wortlaut von Art. 305ter somit keine ausdrückliche Ausnahme von der Pflicht zur Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten vor, wenn diese durch bestimmte Berufsgruppen wie Rechtsanwälte, Notare und Treuhänder vertreten werden. Die einzige Einschränkung ergibt sich aus dem Vorbehalt der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt.

Zweck der strafrechtlich verankerten Pflicht zur Identifikation des wirtschaftlich Berechtigten ist es, den Missbrauch des Finanzplatzes Schweiz für die Verschleierung aus Verbrechen herrührender Vermögenswerte zu verhindern sowie den Strafverfolgungsbehörden die Ermittlung der Herkunft, die Auffindung und Einziehung solcher Vermögenswerte zu erleichtern. Mit diesem Zweck ist es nicht zu vereinbaren, auf die Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten an einem immerhin beträchtlichen Teil von Vermögenswerten im Bankensystem zu verzichten. Ebenso behindert die Existenz zahlreicher Formulare B die Suche der Strafverfolgungsbehörden nach Bankkonten und -depots der Geldwäscherei verdächtigter wirtschaftlich Berechtigter.

Der in der VSB vorgesehene Verzicht der Banken auf die Feststellung der Identität der durch Rechtsanwälte und Notare (Formular B1) sowie durch Treuhänder (Formular B2) vertretenen wirtschaftlich Berechtigten widerspricht nach Auffassung der Bankenkommission Wortlaut und Zweck von Art. 305ter StGB. Ein solches Verhalten der Banken ist mit der vom Bankengesetz geforderten Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit nicht zu vereinbaren. Die Bankenkommission beschloss deshalb, durch eigene Weisungen in Form eines Rundschreibens den Banken die Verwendung von Formularen B zu verbieten. Damit erübrigt sich die ursprünglich angekündigte vertiefte Untersuchung allfälliger Missbräuche in der Verwendung der Formulare B bei einer Anzahl ausgewählter Banken.

Der Entwurf des Rundschreibens der Bankenkommission wurde der Schweizerischen Bankiervereinigung, dem Schweizerischen Anwaltsverband und der Treuhand-Kammer am Jahresende zur Vernehmlassung unterbreitet. Er untersagt den Banken die Entgegennahme weiterer Formulare B und verpflichtet sie, auch die Identität

der von Rechtsanwälten, Notaren, Treuhändern und Vermögensverwaltern vertretenen wirtschaftlich Berechtigten festzustellen. Der Entwurf umschreibt abschliessend vier Ausnahmen für die im Namen schweizerischer Rechtsanwälte und Notare für Rechnung ihrer Klienten geführten Konten, bei welchen die Banken mit Rücksicht auf das nach Art. 321 StGB geschützte Klientengeheimnis (Anwalts- und Notariatsgeheimnis) sowie aus Gründen der Verhältnismässigkeit auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten verzichten können: Abwicklung von Gerichtskostenvorschüssen, Kautionen etc. sowie Zahlungen von und an Gegenparteien; hängige Erbteilungen oder Willensvollstreckungen; hängige Güterausscheidungen im Rahmen einer Ehescheidung oder -trennung; Sperr- oder Hinterlegungskonten für Vorschüsse und strittige Vermögenswerte im Rahmen von anderen zivilrechtlichen Forderungsstreitigkeiten oder von Schiedsgerichtsverfahren. Als Übergangsregelung wird den Banken eine Frist bis Ende September 1992 eingeräumt, innert welcher sie bei den aufgrund der VSB 1987 bisher entgegengenommenen Formularen B die Identität der wirtschaftlich Berechtigten mittels Formular A oder einer anderen schriftlichen Erklärung des Vertragspartners festzustellen haben. Falls einer Bank bis zu diesem Zeitpunkt die Identität des wirtschaftlich Berechtigten nicht mitgeteilt wird, hat sie die Geschäftsbeziehung abzubrechen. Das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf der Bankenkommission läuft bis Mitte März 1991.

3.1.4 **Financial Action Task Force on Money Laundering**

Die von den Staatschefs der Länder der 7er-Gruppe anlässlich des Gipfeltreffens vom Juli 1989 eingesetzte Expertenkommission Financial Action Task Force on Money Laundering (im folgenden FATF), der insgesamt 15 Länder einschliesslich der Schweiz sowie die Europäische Gemeinschaft angehörten (vgl. Jahresbericht 1989 S. 30), hat im April 1990 ihren von den Finanzministern genehmigten Bericht veröffentlicht. Dieser Bericht (vgl. EBK-Bulletin 20 S. 33 ff.) enthält 40 Empfehlungen für konkrete Massnahmen zur Verbesserung der nationalen Gesetzgebung im Bereich des Strafrechts, der Verstärkung der Rolle des Finanzsystems bei der Verhinderung und Aufdeckung der Geldwäscherei sowie der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit unter Verwaltungsbehörden und der Rechts-

hilfe in Strafsachen. Die Schweiz erfüllt bereits heute den grössten Teil der FATF-Empfehlungen. Verschiedene Empfehlungen sind massgeblich von der schweizerischen Gesetzgebung sowie Bank- und Aufsichtspraxis geprägt.

Die nationale Umsetzung der den Bankensektor betreffenden Empfehlungen, soweit hierfür nicht gesetzgeberische Schritte erforderlich sind, fällt in den Aufgabenbereich der Bankenkommission. Sie wird zu diesem Zwecke in Form eines Rundschreibens allgemeine Richtlinien für die Banken zur Verhinderung und Bekämpfung der Geldwäscherei aufstellen (vgl. Ziff. 3.1.2 S. 21). Die FATF empfiehlt den zuständigen Behörden insbesondere, zuhanden der Finanzinstitute Richtlinien zu erlassen, wie sie verdächtige Verhaltensweisen ihrer Kunden erkennen können. Dabei geht es letztlich um eine Konkretisierung des allgemeinen Grundsatzes der besonderen Aufmerksamkeit bzw. der Pflicht zur Abklärung der wirtschaftlichen Hintergründe bei komplizierten, ungewöhnlichen oder bedeutsamen Geschäften sowie ungewöhnlichen Transaktionsformen oder Anzeichen auf rechts- oder sittenwidrige Geschäfte. Dieser Grundsatz wurde in der Praxis der Bankenkommission, ausgehend vom Kredit- und Garantiegeschäft, entwickelt und nunmehr fast wörtlich in die Empfehlungen der FATF übernommen. Ebenso entspricht die von der FATF empfohlene Pflicht zur Identifikation des Vertragspartners und vor allem des wirtschaftlich Berechtigten bereits der geltenden und inzwischen durch Art. 305ter StGB verstärkten schweizerischen Praxis.

3.2 Ausländisch beherrschte Banken

3.2.1 Gegenrecht

Einer ausländisch beherrschten Bank kann die Bewilligung zur Ausübung der Geschäftstätigkeit in der Schweiz nur erteilt werden, wenn die Staaten, in denen die die Bank massgeblich beeinflussenden natürlichen und juristischen Personen ihren Sitz haben, Gegenrecht gewährleisten (Art. 3bis Abs. 1 Bst. a BankG). Dieses ist gegeben, wenn schweizerische Banken im betreffenden Staat eine Bank

in Form einer Zweigniederlassung oder Tochtergesellschaft gründen und betreiben können und diese rechtlich und faktisch umfassend und gewinnbringend tätig sein kann. Wie bereits im Vorjahr angedeutet (vgl. Jahresbericht 1989 S. 56), ist das Gegenrecht im Verhältnis zu den EG-Staaten generell zu bejahen.

3.2.2 **Japan**

Seit einigen Jahren musste die Bankenkommission immer wieder feststellen, dass Japan das Gegenrecht qualitativer Einschränkungen wegen nicht generell gewährleistet, sondern dass dieses nur von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken in Japan beurteilt werden kann (Jahresbericht 1989 S. 37 f., 1988 S. 31 f.). Dabei fällt insbesondere ins Gewicht, dass die Geschäftsmöglichkeiten ausländischer Banken in Japan nach wie vor erheblich eingeschränkt werden, insbesondere im Vergleich zum Finanzplatz Schweiz, wo japanische Banken in ihrer Geschäftstätigkeit weder durch rechtliche noch durch administrative Hemmnisse behindert werden.

Inzwischen wurden die Gespräche mit den japanischen Behörden, welche im Zusammenhang mit der durch die Revision der Bankenverordnung bedingten Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes (Jahresbericht 1989 S. 13 ff.) sistiert worden waren, wiederaufgenommen und mit einem befriedigenden Ergebnis vorläufig abgeschlossen, da Japan verschiedene weitere Liberalisierungsschritte zugunsten der ausländischen Banken gewährte (Einführung einer dritten Refinanzierungsfazilität bei der Notenbank, Zusicherung der Nichtdiskriminierung bei der Vergabe von Lizenzen für die Leitung von Anlagefonds, weitere Lockerung der Kapitalausfuhr und der Restriktionen für natürliche Personen). Zudem wurde einer Schweizer Bank eine Konzession für den Edelmetallhandel gewährt. Daher erklärte sich die Bankenkommission bereit, bis im Sommer 1991 höchstens zehn Bewilligungsgesuche von japanischen bankähnlichen Finanzgesellschaften in der Schweiz entgegenzunehmen, die inskünftig aufgrund von Art. 2 a Bst. c BankV dem Bankengesetz unterstehen werden, weil sie das Emissionsgeschäft betreiben. Der

Liberalisierungsprozess in Japan wird aufmerksam verfolgt und allenfalls Gegenstand weiterer Verhandlungen sein.

3.2.3 **Liste der Gegenrecht bietenden Staaten**

Nebst den EG-Mitgliedern (vgl. Ziff. 3.2.1 S. 25) erfüllen folgende Staaten aufgrund bisheriger Bewilligungsverfahren zurzeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Finnland, Hongkong, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Türkei und die US-Bundesstaaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois, Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvania, Texas und Wisconsin.

3.2.4 **Datenfernverarbeitung im Ausland**

Zwei Zweigniederlassungen amerikanischer Banken ersuchten die Bankenkommission festzustellen, dass die elektronische Datenverarbeitung der Daten ihrer Kommerzkundschaft in einem in Grossbritannien gelegenen, bankeigenen Rechenzentrum nicht gegen schweizerisches Recht verstosse. Beide Banken machten geltend, ihre Datenfernverarbeitung erfolge für die meisten auf dem Kontinent gelegenen Zweigniederlassungen zentral in Grossbritannien. Dadurch könnten die neueste Technologie effizienter genutzt und die Abläufe und Systeme vereinheitlicht werden. Insbesondere führe aber die Zentralisierung der Datenverarbeitung in Grossbritannien zu bedeutenden Kosteneinsparungen. Beide Feststellungsbegehren warfen eine ganze Reihe rechtlicher und organisatorischer Fragen auf, namentlich im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis, den Organisations- und Buchführungsbestimmungen des Bankengesetzes und des Obligationenrechtes, der Datenschutzgesetzgebung, dem Wirtschaftlichen Nachrichtendienst (Art. 273 StGB) und dem Stand der Technik in der Informationsverarbeitung und Telekommunikation. Nach eingehender Prüfung der eingereichten Dokumentation stellte die Bankenkommission mit Verfügungen vom 2. Juli 1990 erstmals fest, dass die Datenfernverarbeitung für die Zweigniederlassungen der beiden betroffenen Banken nicht gegen das Bankengesetz verstosse, sofern diese in Grossbritannien erfolgt und insgesamt acht

Bedingungen erfüllt sind. Vorweg müssen die durch das Bankgeheimnis geschützten Kunden der Datenfernverarbeitung ausdrücklich zugestimmt haben. Die einschlägigen schweizerischen und englischen Vorschriften über Buchführung, bankinterne Organisation, Geheimhaltung, Datenschutz und Datensicherung müssen eingehalten werden. Die Buchhaltung muss nach wie vor in der Schweiz geführt werden, während die Revision durch die ausländische Datenverarbeitung in keiner Weise erschwert oder eingeschränkt werden darf. Die Revisionsstellen und die Bankenkommission sind nötigenfalls von den zuständigen englischen Aufsichtsbehörden über die Ordnungsmässigkeit der dortigen Datenverarbeitung zu orientieren. Die bankengesetzliche Revisionsstelle hat alljährlich im Revisionsbericht in einem besonderen Abschnitt die Gesetzes- und Ordnungsmässigkeit der Datenfernverarbeitung in Grossbritannien zu bestätigen. Die schweizerischen und englischen Revisionsstellen müssen ständig zusammenarbeiten. Erstere sollen jederzeit die Möglichkeit haben, vor Ort in Grossbritannien Prüfungshandlungen vorzunehmen. Auch müssen die zuständigen englischen und amerikanischen Aufsichtsbehörden der Datenverarbeitung in ihrem Land zustimmen und bestätigen, dass die entsprechenden Sicherheitsdispositive ihren Anforderungen genügen. Schliesslich müssen Grossbritannien und die USA – als Sitzland der betroffenen Banken – schweizerischen Banken für deren Datenfernverarbeitung von der Schweiz aus das Gegenrecht gewährleisten.

3.2.5 **Vertretungen ausländischer Banken**

Die Errichtung von Vertretungen ausländischer Banken in der Schweiz ist in den Art. 14 ff. der Verordnung über die ausländischen Banken in der Schweiz vom 22. März 1984 geregelt. Für die Errichtung einer Vertretung – worunter jeder Teil der Organisation einer ausländischen Bank zu verstehen ist, der weder Geschäfte abschliesst oder abwickelt noch für eigene Rechnung vermittelt – muss die ausländische Bank eine Bewilligung der Bankenkommission einholen. Diese Bewilligung wird nur erteilt, wenn die Bank in ihrem Land einer angemessenen Aufsicht untersteht, das Gegenrecht gewährleistet ist und die mit der Leitung der Vertretung betrauten Personen Gewähr für eine einwandfreie Vertretertätigkeit bieten (Art. 15 Abs. 2 ABV).

Im vorangegangenen Geschäftsjahr hatte die Bankenkommission ein Gesuch einer Bank aus Gabun abgelehnt, eine Vertretung in der Schweiz errichten zu dürfen. In ihrem Entscheid hielt sie fest, dass die Voraussetzung einer angemessenen Aufsicht nur dann erfüllt sei, wenn einerseits ein Überwachungssystem existiere und dieses System andererseits geeignet sei, den anvisierten Zweck zu erreichen. Im betreffenden Fall kam die Bankenkommission nun aber zum Schluss, dass das zweite Erfordernis nicht erfüllt sei.

Das Bundesgericht wies die dagegen erhobene Verwaltungsgerichtsbeschwerde der Gesuchstellerin ab.

3.2.6 **Geschäftsführung bei den Auslandsbanken**

Die Bankenkommission sah sich in den vergangenen Jahren verschiedentlich mit der Frage konfrontiert, inwiefern im Ausland domizilierte Personen Entscheidungsbefugnisse bei Geschäftsleitungsentscheiden ausländisch beherrschter Banken in der Schweiz besitzen, ohne aber Mitglied eines Bankorgans der Schweizer Tochterbank zu sein. Es handelt sich dabei z. B. um Situationen, wo Entscheide auf Geschäftsleitungsebene nur nach Konsultation des Mutterhauses getroffen werden können oder wo auf der Ebene der Geschäftsleitung Ausschüsse (z. B. Kredit- oder Anlageausschüsse) bestellt werden, in denen neben Geschäftsleitungsmitgliedern der Schweizer Bank Vertreter des Mutterhauses direkt Einsitz nehmen.

Um Aufschluss über die bei den Auslandsbanken bestehende Praxis zu erhalten, hat die Bankenkommission eine entsprechende Erhebung durchgeführt. Die 114 in die Umfrage einbezogenen Banken – rund 80% dieser Institute sind von ausländischen Banken als Muttergesellschaften oder Mehrheitsaktionäre beherrscht – wurden ersucht, zur eingangs erwähnten Frage Stellung zu nehmen.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Spannweite dieser Einflussnahmen breit ist und sehr unterschiedliche Intensitäten, zwischen vollständiger Entscheidungsfreiheit und starker Weisungsgebundenheit, aufweisen kann. Auf Geschäftsleitungsebene wird formell gesehen gemäss den jeweils geltenden Statuten und Reglementen autonom entschieden. Die Einflussnahme der Mutterhäuser erfolgt aber

weniger auf der Kompetenzebene der Geschäftsleitung als vielmehr im übergeordneten Kompetenzbereich des Verwaltungsrates. Für die Bankenkommission stand somit die Frage im Vordergrund, welche Organisationsformen im Sinne einer möglichst hohen Transparenz gerade auch gegenüber den Aufsichtsbehörden zuzulassen sind, oder konkret, ob die Bestellung von Fachausschüssen auf der Ebene Geschäftsleitung bzw. zwischen Geschäftsleitung und Verwaltungsrat und deren Besetzung mit Fachvertretern des Mutterhauses sinnvoll und/oder vertretbar ist.

Die Bankenkommission erachtet solche Ausschüsse grundsätzlich als zulässig. Die Integration der Tochterbank in die Konzernpolitik sowie die Verantwortung der Mutter werden damit gestärkt. Wenn aus dieser Idee heraus an die Muttergesellschaft auch eine bestimmte Erwartungshaltung (z. B. Koordination, Kontrolle, Beistandszwang) gestellt bzw. eine moralische Verantwortung der Mutter für ihre Tochter abgeleitet wird, sollte jener auch eine gewisse Freiheit in deren Betreuung und Organisation zugestanden werden, zumal unsere Bankengesetzgebung einen relativ grossen Spielraum für die interne Organisation einer Bank zulässt. Sofern es sich bei diesen Vertretern um Fachleute auf gleicher Ebene handelt, die mit dem Bankgeschäft vertraut sind, wird auf diesem Wege eher eine geordnete, weil geregelte Einflussnahme auf die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaft erreicht. Der Einfluss wird kanalisiert und für Dritte – z. B. für Aufsichtsbehörden – transparent gemacht. Undurchsichtige Zustände und verwischte Zuständigkeiten können damit am ehesten vermieden werden.

Aufgrund dieser Überlegungen entschied die Bankenkommission, dass solche Mitwirkungsformen des Mutterhauses in der schweizerischen Tochterbank sinnvoll sind und dass somit derartige Ausschüsse, sei es mit rein beratendem Charakter oder mit klar zugeordneten Kompetenzen, z. B. im Kredit- oder Anlagebereich, zugelassen werden können. Im Spannungsfeld zwischen der rechtlichen Autonomie und der faktisch eingeschränkten Unabhängigkeit von Tochtergesellschaften können aber kaum umfassende und abschliessende Regelungen erlassen werden. Deshalb sollen Ausschüsse, in welche ein Mutterhaus Vertreter delegiert, die nicht Mitglied eines Bankorgans der schweizerischen Tochtergesellschaft sind, grund-

sätzlich zulässig sein, wobei aber in jedem Fall zu verlangen ist, dass sämtliche Beschlüsse dem formell zuständigen, nächsthöheren Organ (Geschäftsleitung, Verwaltungsratsausschuss oder Verwaltungsrat) an dessen nächstfolgender Sitzung mitzuteilen bzw. zur Genehmigung vorzulegen sind. Festzuhalten bleibt, dass unabhängig vom Grad der Einwirkung der Mutterbank auf ihre Tochtergesellschaft deren schweizerischer Verwaltungsrat die Verantwortung für die Bank zu tragen hat.

3.3 Bilanzwahrheit und -klarheit

3.3.1 Bewertung von Aktiven

Die Bewertung von Aktiven stand im Mittelpunkt verschiedener Geschäfte, die von der EBK im Verlauf des Jahres behandelt wurden. Es ist immer wieder die Tatsache zu berücksichtigen, dass in Krisenfällen zwischen den Fortführungs- und den Liquidationswerten eine grosse Diskrepanz bestehen kann.

Im Rahmen ihrer Aufsichtstätigkeit bemüht sich die Bankenkommission, die Verlustrisiken, denen Bankgläubiger ausgesetzt sind, soweit als möglich zu begrenzen. Während einer Hochkonjunkturphase treten diesbezügliche Schwierigkeiten nicht in den Vordergrund. Wenn sich jedoch der Konjunkturzyklus neigt, sind die Banken direkt von der Wirtschaftsabschwächung und den daraus folgenden regionalen und sektoriellen Krisen betroffen. Unter diesen Umständen muss den Bewertungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sich die Risiken überdurchschnittlich erhöhen.

In der Praxis bewertet die Bankenkommission die Aktiven einer Bank nicht, sondern überlässt diese Aufgabe den Banken und Revisionsstellen. Das Bankengesetz enthält keine Bewertungsvorschriften, verweist aber in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die für die Aktiengesellschaft geltenden Vorschriften im Obligationenrecht.

Die Erhöhung der Zinssätze, die bezüglich Umfang und Dauer für unser Land als ungewöhnlich bezeichnet werden kann, wirkte sich

im Berichtsjahr negativ auf den Wert der Aktiven aus. Wesentliche Erhöhungen der Rückstellungen wurden erforderlich, um den Kursrückgang auf Wertschriften, insbesondere festverzinslichen Titeln, zu decken. Auch auf dem Immobiliensektor blieb die Wirkung der Zinsentwicklung nicht aus. Bei besonders risikobehafteten Positionen könnten sich Banken und Revisionsstellen gezwungen sehen, von der Veranlagung zu Ertrags- oder Fortführungswerten auf jene zu Liquidationswerten überzugehen. In einem solchen Fall ist es im Hinblick auf die Auswirkungen auf die eigenen Mittel von besonderer Bedeutung, den Wert der Sicherheiten zu überprüfen, die Einhaltung der Belehnungsnormen zu kontrollieren und sich zu vergewissern, ob dem Zinsänderungsrisiko und den bei der Kapitalisierung der Zinsen auftretenden Risiken die nötige Beachtung geschenkt wurde. Der Gläubigerschutz erfordert in jedem Fall von Banken und Revisionsgesellschaften, die Vermögenswerte streng der Marktsituation anzupassen, unbesehen der Auswirkungen auf die Jahresrechnung.

3.3.2 **Immobilien-Leasing und Refinanzierungsdarlehen**

Die Bankenkommission hatte sich mit Bilanzierungsfragen zum Leasing, namentlich zum Immobilien-Leasing, zu beschäftigen. Eine Bank erwarb ihr neues, sich unter ihrer Regie im Bau befindliches Bankbetriebsgebäude nicht zu Eigentum, sondern leaste es von einer Leasinggesellschaft. Im Rahmen von Leasingvertragsverhältnissen werden dem Leasingnehmer auf der einen Seite eigentumsähnliche Befugnisse eingeräumt, während sich auf der anderen Seite der Leasinggeber eine vollständige Enthaltungsverpflichtung hinsichtlich der Benützung des Leasingobjektes und ein Veräusserungsverbot auferlegt. Aufgrund dieser Rechtstatsachen werden in der modernen Buchhaltungslehre unüberhörbar die Abkehr von der Mietverbuchungsmethode für Leasingverhältnisse und der Übergang zur sogenannten Finanzverbuchungsmethode postuliert. Dies bedeutete für den vorliegenden Fall, dass die Bank das geleaste Bankgebäude in ihrer Bilanz zu aktivieren hatte. In diesem Sinne verlangte deshalb die Bankenkommission, dass das geleaste Bankgebäude in der Bilanz unter der Position «Bankgebäude» aufzunehmen und folgerichtig mit 20% eigenen Mitteln zu unterlegen ist. Damit wurde den eigentumsähnlichen Risiken aus dem langfristigen Leasingverhältnis und dem

Umstand Rechnung getragen, dass das Leasingobjekt auf die besonderen betrieblichen Bedürfnisse der betreffenden Bank zugeschnitten war und folglich nicht ohne erhebliche Werteinbusse auf einen Dritten übertragbar wäre.

Die Besonderheit dieses Falles lag darin, dass die Bank der Leasinggesellschaft gleichzeitig blanko ein Refinanzierungsdarlehen in der Höhe der Gestehungskosten der Liegenschaft und des Bankbetriebsgebäudes zur Verfügung stellte, damit die Leasinggesellschaft die Liegenschaft käuflich erwerben konnte. Da die beiden Geschäfte voneinander getrennt zu betrachten sind, namentlich die Bank in einem allfälligen Konkurs der Leasinggesellschaft keine Verrechnung zwischen ihrer Kaufpreisschuld für den allfälligen endgültigen Erwerb des Bankbetriebsgebäudes zu Eigentum und ihrer Forderung aus dem Refinanzierungsdarlehen geltend machen könnte, entstand der Bank aus diesem Refinanzierungsdarlehen ein normales Kreditrisiko, welches zusätzlich mit 8% eigenen Mitteln zu unterlegen war.

3.3.3 **Revision von Zweigniederlassungen ausländischer Banken**

Die Vorschriften des Bankengesetzes sind auf in der Schweiz errichtete Zweigniederlassungen ausländischer Banken sinngemäss anzuwenden (Art. 2 Abs. 1 BankG). Diese sind jedoch besonderen Gesetzesbestimmungen unterworfen, namentlich im Bereich der eigenen Mittel und der Risikoverteilung. Eine nach Analyse der Revisionsberichte durchgeführte Prüfung einiger besonderer Fälle warf die Frage auf, ob die Revisionsstellen noch in der Lage seien, ihr Mandat ordnungsgemäss auszuüben, und ob die Auslandbankenverordnung (ABV) den heutigen Anforderungen noch genüge. Zwecks Erörterung der Frage der Effektivität der Aufsicht über die Zweigniederlassungen ausländischer Banken wurde daher am 26. April 1990 eine Konferenz mit Vertretern der betroffenen Revisionsgesellschaften abgehalten. Dabei stellte sich heraus, dass die Auslandbankenverordnung nach wie vor als zeitgemäss und praktikabel betrachtet wird. Die Prüfung der Einhaltung der Bewilligungsvoraussetzungen in den Bereichen der inneren Organisation und der Geschäftsführung erfolgt gemäss denselben Grundsätzen wie bei

nach schweizerischem Recht organisierten Auslandsbanken. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, dass ein Trend zur Auslagerung gewisser Back-office-Funktionen ins Ausland besteht. Generell lässt sich feststellen, dass die Aufsicht über Zweigniederlassungen nicht schwieriger geworden ist als diejenige über Tochtergesellschaften, zumal die Zusammenarbeit mit den Revisionsstellen der ausländischen Mutterbanken ordnungsgemäss funktioniert.

3.4 Konzernaufsicht/CS Holding

Mit Entscheid vom 11. Dezember 1990 wies das Bundesgericht die Verwaltungsgerichtsbeschwerden der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) und der CS Holding gegen die Verfügung der Bankenkommission vom 1. September 1989 (vgl. EBK-Jahresbericht 1989 Ziff. 3.4.2 S. 40–42) ab.

Damit bestätigte das Gericht die Auffassung der Bankenkommission vom Bankkonzern als Risikoeinheit und dem sich daraus ergebenden faktischen Beistandszwang der SKA gegenüber Gruppengesellschaften des Bank- und Finanzbereiches. Diese tatsächliche Verantwortung zur Hilfeleistung, welche über allfällige rechtliche Verpflichtungen innerhalb des Konzerns hinausgeht, wird im klassischen Bankkonzern durch die Konsolidierung auf Stufe der Mutterbank berücksichtigt. Die CS Holding-Gruppe mit der SKA und deren Bank- und Finanzschwestergesellschaften (CS First Boston und Leu Holding) muss den gesamthaft gleichbleibenden Risiken dadurch Rechnung tragen, dass im Konzern in gleicher Höhe Eigenmittel vorhanden sind, wie ein Konzern mit einer Bank an der Spitze konsolidiert benötigt.

Die CS Holding untersteht nicht der Aufsicht der Bankenkommission. Für die SKA bedeutet das Bundesgerichtsurteil, dass sie der Bankenkommission jährlich, ein erstes Mal Ende Juni 1991, einen konsolidierten Eigenmittelausweis der CS Holding einreichen wird. Dadurch erhält die Bankenkommission Aufschluss darüber, ob der CS Holding-Konzern die bankengesetzlichen Eigenmittelanforderungen konsolidiert erfüllt. Einen allfälligen Eigenmittelfehlbetrag im Konzern würde schliesslich die SKA erstmals Ende 1991 mit zusätzlichen Eigenmitteln wettmachen müssen.

Die Bankenkommission bezweckt mit den aufsichtsrechtlichen Massnahmen keineswegs die Behinderung der für einen Bankkonzern eventuell zukunftsweisenden Holdingstruktur. Es geht ihr vielmehr darum, für die bei einer formalrechtlichen Betrachtung (Bank und Tochtergesellschaften) ausser acht gelassenen Risiken weiterer Konzernglieder eine adäquate Eigenmittelvorsorge im Konzern sicherzustellen. In die gleiche Richtung, wie sie die Bankenkommission mit ihrer Verfügung gegenüber der SKA gewählt hat, geht der Vorschlag für eine EG-Richtlinie vom 22. November 1990 «über die Beaufsichtigung von Kreditinstituten auf konsolidierter Basis». Die europäische Gemeinschaft beabsichtigt, Bankengruppen mit einer Holdinggesellschaft an der Spitze des Konzerns zum Gegenstand einer Beaufsichtigung auf konsolidierter Basis zu machen.

3.5 Organisationsvoraussetzungen des Bankengesetzes

Nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG gehört zu den dauernd einzuhaltenden Bewilligungsvoraussetzungen für den Betrieb einer Bank eine der Geschäftstätigkeit entsprechende Verwaltungsorganisation. Der sachliche und geografische Geschäftskreis sowie Anzahl und Grösse der Geschäftsstellen müssen mit den finanziellen und personellen Mitteln sowie der Organisationsstruktur übereinstimmen, und zwar sowohl bezüglich der Geschäftstätigkeit wie der Aufsicht und Kontrolle (vgl. auch Art. 7 BankV). Zu einer diesen Anforderungen genügenden Verwaltungsorganisation gehören insbesondere auch die Sicherstellung und die Überwachung der Kontrollmechanismen. Nur so ist sichergestellt, dass das interne Inspektorat und die bankengesetzliche Revisionsstelle ihre Prüfungsaufgaben ordnungsgemäss durchführen können.

Die Bankenkommission hatte sich im Berichtsjahr wiederholt mit Banken zu befassen, die ihre Organisation, namentlich das Back-Office, vernachlässigten. Gleich in mehreren Fällen waren Banken als Folge ihrer mangelhaften Organisation nicht in der Lage, die Vorschriften über die Risikoverteilung einzuhalten bzw. die von Art. 21 BankV vorgeschriebenen Meldungen zu erstatten. Gegen die fehlbaren Institute musste jeweils Strafanzeige beim Eidg. Finanzdepartement nach Art. 49 Abs. 1 Bst. e BankG erstattet werden. Bei einer Bank, welche gleich in fünf Fällen angezeigt werden musste, hatte die

Bankenkommission ernsthaft die Frage eines Bewilligungsentzuges zu prüfen.

Auf organisatorische Unzulänglichkeiten ist ebenfalls der in der Öffentlichkeit bekannte Übergang der Sparkasse Küssnacht am Rigi auf den Schweizerischen Bankverein zurückzuführen. Ein funktionierendes Internes Kontrollsystem hätte die unverhältnismässigen Spekulationsgeschäfte des Leiters der Börsenabteilung aller Voraussicht nach frühzeitig aufdecken und so die Millionenverluste verhindern können. Eine Untersuchung gegen Börsenhändler verschiedener Banken ist zurzeit noch hängig. Die Bankenkommission arbeitet dabei mit dem Zürcher Börsenkommissariat zusammen.

Besondere Aufmerksamkeit ist den organisatorischen Erfordernissen bei der Expansion der Geschäftstätigkeit ins Ausland zu widmen. Im Falle einer Bank, die über mehr als 20 Geschäftsstellen im Ausland rund 90% der Bilanzsumme abwickelt, haben Einzelprobleme, namentlich in den Bereichen tagfertige Verarbeitung der Geschäfte, interne Kommunikation, Rechnungswesen, Bilanzierung, Devisenpositionen, Länderrisiken, Einhaltung der Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften, die Befürchtung entstehen lassen, dass die Verwaltungsorganisation nicht genügt. Die Bankenkommission lässt deshalb die Organisation der Bank im Rahmen einer ausserordentlichen Revision einlässlich untersuchen und analysieren.

3.6 Bewilligungsentzug

Im April 1990 entzog die Bankenkommission der Spar- und Hypothekenbank Luzern die Bewilligung und ordnete die Liquidation der Bank an. Der Entscheid ist rechtskräftig. Die Bank hatte im Verlaufe des Jahres 1989 im Zusammenhang mit der Finanzierung von Immobiliengeschäften, vor allem im Kanton Tessin, negative Schlagzeilen gemacht. Strafuntersuchungen gegen Organe bzw. Kunden der Bank und personelle Wechsel in der Direktion und im Verwaltungsrat veranlassten die Bankenkommission, sich genau mit der Organisation der Bank auseinanderzusetzen. Dabei stellte sich im Frühjahr 1990 immer klarer heraus, dass als Folge von Immobiliengeschäften die finanzielle Lage der Spar- und Hypothekenbank beunruhigend war. Weil die Wertberichtigungen auf den Aktiven mas-

siv erhöht werden mussten, erwies sich die Publikation eines Verlustes für das Geschäftsjahr 1989 als unumgänglich. Andererseits liessen sich weder Dritte zur Unterstützung der in Not geratenen Bank finden, noch war der Alleinaktionär bereit, seiner Bank zusätzlich Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. In dieser Situation entzog die Bankenkommission im Interesse der Gesamtheit der Gläubiger der Bank die Bewilligung. Mitte November 1990 wurde ihr durch das zuständige Gericht die Bankenstundung gewährt. Die Liquidation der Bank gestaltet sich schwierig. Noch kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass Gläubiger zu Verlusten kommen.

3.7 Börsenwesen

Arbeitsgruppe «Mini-Crash» 1989

Der «Mini-Crash» vom Oktober 1989 veranlasste den Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes, die Bankenkommission mit einer Untersuchung über die Ursache des Kurseinbruches an der Zürcher Börse zu beauftragen. Die von der Bankenkommission eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung ihres Mitgliedes Prof. Dr. Peter Nobel führte zwei umfangreiche Erhebungen bei den Zürcher Ringbanken bzw. der SOFFEX AG und Befragungen von Börsenfachleuten durch. Die Bankenkommission genehmigte den Bericht an ihrer Sitzung vom 24. April 1990. Er wurde anschliessend vom Eidg. Finanzdepartement veröffentlicht. Der Bericht kam zu nachstehenden Schlussfolgerungen:

- Den Preisbewegungen an der Zürcher Börse vom Oktober 1989 konnte a priori kein problematischer Aspekt abgewonnen werden. In einer längerfristigen Perspektive und im internationalen Vergleich erwiesen sie sich als durchaus normal. Nach Auffassung der Arbeitsgruppe wäre aber eine Verdeutlichung des festgestellten, faktisch bestehenden Market Making zu begrüssen, was nicht zwingend eine neue Börsenhandelsorganisation bedeuten muss, sondern sich darin erschöpfen kann, dass die relevanten Informationen freiwillig, umfassend und regelmässig publiziert werden.
- Die Untersuchung ergab keine Hinweise auf Verletzungen von Grundsätzen einer einwandfreien Geschäftsführung. Einzelunter-

suchungen, die ausserordentlich aufwendig und schwierig sind, konnten allerdings nicht durchgeführt werden, da sie das Mandat der Arbeitsgruppe gesprengt hätten.

- Die Ergebnisse der Untersuchung zeigten, dass verschiedene Vermutungen, wie sie nach dem 16. Oktober 1989 in Kurzanalysen als Begründung für den Kurssturz vorgetragen wurden, falsch waren.

Nach Meinung der Arbeitsgruppe und der Bankenkommission bestand aufgrund der Untersuchungsergebnisse kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Es hatte sich aber bestätigt, dass verschiedene, bereits bekannte und erkannte Schwächen des schweizerischen Börsensystems gerade in einer angespannten Situation eines «Mini-Crash» sich verstärkt negativ auswirken. In den Empfehlungen des Berichts wird deshalb die Notwendigkeit einer Verstärkung des Market Making, einer verbesserten Effizienz der Preisbildung mittels Massnahmen zur Erhöhung der Liquidität sowie einer höheren Transparenz bezüglich Umsatzvolumina, Kursbildung und Market Making unterstrichen.

Expertengruppe zur Ausarbeitung eines Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel

In der im Juni 1990 vom Eidg. Finanzdepartement eingesetzten Expertengruppe unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Alain Hirsch war das Sekretariat der Bankenkommission durch seinen Direktor vertreten. Diese Expertengruppe hatte den Auftrag, dem Finanzdepartement einen Entwurf eines Bundesgesetzes über die Börsen und den Effektenhandel sowie einen Kommentar zur Vernehmlassung auszuarbeiten. Die Expertengruppe hat den Auftrag fristgerecht erfüllt und ihren Entwurf samt dem von Herrn Franz Stirnimann, Mitarbeiter im Sekretariat der Bankenkommission, verfassten Erläuternden Bericht dem Finanzdepartement abgeliefert.

3.8 Vorsorgliche Schutzmassnahmen

Für den Fall von internationalen Konflikten können die Banken die Geschäftsführung und Vertretung übertragen, fiduziarische Abtretungen vornehmen und Trusts oder ähnliche Rechtsgebilde begrün-

den. Diese Schutzmassnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde (Art. 16 und 18 f. Bundesratsbeschluss vom 12. April 1957 betreffend vorsorgliche Schutzmassnahmen für juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelfirmen; SR 531.54). Um sicherzustellen, dass solche Genehmigungen auch unter erschwerten Bedingungen rechtsgültig erteilt werden können, hat die Bankenkommission gemeinsam mit der Schweizerischen Bankiervereinigung ein besonderes Verfahren ausgearbeitet (vgl. Jahresbericht 1981 S. 28 f.).

3.9 Unerlaubte Banktätigkeit

Im Berichtsjahr hatte die Bankenkommission wiederum in zahlreichen Fällen abzuklären, ob eine Tätigkeit als Bank oder Anlagefonds ohne Bewilligung der Bankenkommission ausgeübt wurde.

In einem Fall lagen der Bankenkommission unausgefüllte Formularverträge einer schweizerischen Aktiengesellschaft mit minimalem Kapital vor, deren statutarischer Zweck Bankgeschäfte nicht erlaubte. Die Verträge liessen aber den Schluss zu, dass die Gesellschaft einerseits Einlagen entgegennahm und andererseits Kleinkredite gewährte. Der Bankenkommission war aber nicht bekannt, ob diese Geschäfte auch tatsächlich betrieben wurden. Trotz wiederholter Aufforderung reichte die Gesellschaft die von der Bankenkommission geforderten zusätzlichen Unterlagen nicht ein. Nach entsprechender Androhung ordnete die Bankenkommission die Liquidation der Gesellschaft an, welche die gesetzlichen Bewilligungserfordernisse nicht erfüllte. Die Verfügung wurde sofort vollstreckt. Die Bankenkommission würdigte insbesondere die Verletzung der Mitwirkungspflichten, die der Gesellschaft nach dem Banken- und dem Verwaltungsverfahrensgesetz oblagen. Gegen die Verfügung wurde Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben.

In einem anderen Fall wurde eine Gesellschaft in einer Verfügung zunächst aufgefordert, die zur Unterstellung unter das Bankengesetz führenden Aktivitäten sofort einzustellen und die aufgrund einer öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder entgegengenommenen Einlagen zurückzuzahlen oder mittels Bankgarantie sicherzustellen. Da die Gesellschaft dieser Aufforderung nicht

nachkam, verfügte die Bankenkommission ihre Liquidation und ordnete gleichzeitig sichernde Massnahmen zum Schutz und zur Gleichbehandlung aller Gläubiger an.

Mehrere durch die unerlaubte Banktätigkeit einer Gesellschaft geschädigte Gläubiger reichten im Jahre 1988 eine Verantwortlichkeitsklage gegen die Eidgenossenschaft ein mit der Begründung, sie seien durch ein angeblich zu spätes Eingreifen der Bankenkommission zu Schaden gekommen (Jahresbericht 1988 S. 36 f.). Mit Entscheid vom 4. Mai 1990 verneinte das Bundesgericht die Widerrechtlichkeit des Vorgehens der Bankenkommission und wies die Klagen ab.

4. Beziehungen zu Behörden und Verbänden

4.1 Behörden des Bundes

Die Bankenkommission nahm zuhanden des Eidg. Finanzdepartementes Stellung zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen, so namentlich zu den Motionen und Postulaten über die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes Schweiz.

Der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes ersuchte die Bankenkommission im März 1989 gestützt auf Art. 13 Abs. 3 ROG-EBK um einen Sonderbericht über die Rechtsordnung im Finanzbereich des Fürstentums Liechtenstein und deren Auswirkungen auf die Schweiz (Fluchtgelder, Geldwäscherei, Gesellschaftsrecht, Bankaufsicht, Rechtshilfe). Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Direktors des Sekretariates und mit Vertretern der Schweizerischen Nationalbank und des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten erarbeitete einen umfassenden Bericht, den die Bankenkommission im April 1990 dem Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes unterbreitete. Er wurde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Bericht kommt zum Schluss, dass in den genannten finanzmarktrelevanten Bereichen zurzeit ein gewisses Regulierungsgefälle besteht. In seiner Antwort vom 12. September 1990 auf drei gleichlautende parlamentarische Motionen zu den Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz anerkannte der Bundesrat jedoch die legislatori-

schen Anstrengungen des Fürstentums Liechtenstein zur Annäherung an internationale Standards insbesondere mit Blick auf die geplanten Insider- und Geldwäscherei-Strafnormen. Der Bundesrat führte weiter aus: «Wir sind bestrebt, den Dialog mit der Regierung des Fürstentums Liechtenstein weiterzuführen und auf eine äquivalente Regulierung hinzuwirken. Umgekehrt ist allerdings der Eindruck zu vermeiden, die Schweiz trage die Verantwortung für den Finanzplatz des Fürstentums Liechtenstein, welches ein souveräner Staat ist. Eine Anpassung Liechtensteins an bestehende und künftige schweizerische Regelungen drängt sich deshalb nur dort auf, wo durch ein Regelungsgefälle und Vollzugsprobleme wesentliche schweizerische Interessen tangiert sind, insbesondere wenn der Finanzplatz Liechtenstein zur Umgehung der schweizerischen Rechtsordnung missbraucht werden kann und aus der mit der Schweiz bestehenden Währungs- und Zollunion einseitigen Nutzen ziehen würde. Überdies nimmt das Fürstentum Liechtenstein aktiv an den Verhandlungen über einen EWR-Vertrag teil und ist bereit, gegebenenfalls die EG-Regelungen über das Bankwesen und die anderen Finanzmarktbereiche zu übernehmen».

Die Vorhaben des Bundesrates, die Hypothekarzinse einer konjunkturpolitischen Preisüberwachung zu unterstellen und die Zinskapitalisierung auf Hypotheken einzuführen, veranlasste die Bankenkommission, beim Eidg. Volkswirtschaftsdepartement aus der Sicht der Bankenaufsicht schwerwiegende Bedenken anzumelden. Die in der Folge nicht verwirklichten Massnahmen hätten die Sicherheit der Hypothekaranlagen der mangelhaften Deckung wegen ernsthaft gefährdet und, durch die geschmälerten Zinserträge, den Banken die erforderlichen zusätzlichen Wertberichtigungen verunmöglicht.

Die eidgenössischen Räte beauftragten in der Folge den Preisüberwacher, die Hypothekarzinse unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbspolitik zu überwachen. Er hat dabei in enger Verbindung mit der Bankenkommission zu handeln. Ein erstes gegenseitiges Gespräch fand bereits statt. Über die Wirksamkeit der Massnahme sind Illusionen fehl am Platz. Ein echter Wettbewerb besteht in mannigfaltiger Hinsicht: Zinsbedingungen und -änderungen, Belehnungsgrenzen, Tilgungsmodalitäten, Verkehrswertschätzungen, Verfahren der Kreditgewährung usw. Dieser Wettbewerb wird sich

nach dem Wegfall der Vereinbarungen unter den Banken noch verstärken.

Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement berücksichtigte in seiner Kartellverfügung über «Die gesamtschweizerisch wirkenden Vereinbarungen im Bankgewerbe» die Empfehlungen der Bankenkommission (vgl. Jahresbericht 1989 S. 52) weitgehend. Für die von ihm verlangte Aufhebung der Konvention über die einheitliche Gebührenberechnung für offene Depots und der Courtage-Konvention setzte es eine verlängerte Frist bis Ende 1992.

4.2 Nationalbank

Auf Anregung der Nationalbank bereitete die Bankenkommission ein neues gemeinsames Rundschreiben über die Kassenliquidität vor (vgl. Ziff. 2.2, S. 17).

An den beiden jährlichen Aussprachen erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Nationalbank insbesondere

- die kurz- und mittelfristige Entwicklung des schweizerischen Bankensystems
- Fragen des Börsenwesens und der Börsengesetzgebung (vgl. Ziff. 3.7, S. 37)
- die Hypothekarzinsproblematik
- die Emission von Geldmarktbuchforderungen (vgl. Ziff. 1.2, S. 14)
- die internationale Verschuldung.

4.3 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission besprachen an drei Zusammenkünften vor allem

- die Zukunft der Sorgfaltspflichtvereinbarung, insbesondere der Formulare B, nach dem Inkrafttreten des Straftatbestandes «Mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften» (Art. 305ter StGB; vgl. Ziff. 3.1, S. 20)

- die neuen Rundschreiben über die Bildung und Auflösung von stillen Reserven (vgl. Ziff. 2.1, S. 15), die Kassenliquidität (vgl. Ziff. 2.2, S. 17) und die Länderrisiken (vgl. Ziff. 2.3 S. 17)
- die Verrechnungsgefahr bei Treuhandgeschäften (Art. 44 Bst. g BankV).

Mit der Treuhand-Kammer (Schweizerische Kammer der Bücher-, Steuer- und Treuhandexperten) und deren Fachkommission Bankenrevision besprach die Bankenkommission die gleichen Fragenkreise, ferner ausgewählte Probleme des Rechnungswesens (Valutierung, Bewertung, Verbuchung).

4.4 Revisionsstellenkonferenz

Auf Einladung des Sekretariates fand am 3. Dezember 1990 in Bern die Revisionsstellenkonferenz statt. Die Geschäftsleitungen der 21 anerkannten Revisionsgesellschaften und -verbände sowie die Vertreter der Kantonalbanken-Inspektorate pflegten mit Vertretern des Sekretariates einen Meinungsaustausch über aktuelle Vorhaben der Bankenkommission (Rundschreiben Kassenliquidität, Rundschreiben Optionen und Financial Futures, Zukunft des Formulares B der Sorgfaltspflichtvereinbarung), über das neue Konzept «Revisionsbericht», Fragen der Bilanzwahrheit und -klarheit (Zwischenbilanzen, Bewertungen, Verrechnungsgefahr bei Treuhandgeschäften) sowie über die beiden neuen Rundschreiben «Länderrisiken» und «Bildung und Auflösung von stillen Reserven».

5. Internationale Angelegenheiten

5.1 Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Das grundlegende Papier «Konvergenz der Eigenkapitalmessung und -anforderungen» des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bewertet hauptsächlich das Eigenkapital im Verhältnis zum Kreditrisiko, d. h. dem

Risiko des Ausfalls einer Gegenpartei (vgl. Jahresbericht 1987 S. 54 f. und 1988 S. 47). Die Aufsichtsbehörden haben indessen bei der Beurteilung der gesamten Eigenkapitalausstattung auch andere Risiken zu prüfen. In diesem Bestreben untersuchte der Basler Ausschuss drei Arten des Marktrisikos, die entsprechende Erfassung, Bemessung und mögliche Eigenkapitalunterlegung. Er erstattete einen eingehenden Zwischenbericht (vgl. Jahresbericht 1989 S. 54) über das Fremdwährungsrisiko (Risiko von Verlusten infolge ungünstiger Wechselkursentwicklungen), das Zinsänderungsrisiko (Risiko von Verlusten infolge ungünstiger Zinsentwicklungen) und das Aktienpositionsrisiko (Risiko von Verlusten infolge Änderungen von Aktienkursen).

Weiter befasste sich der Ausschuss mit Problemen der Auslegung und der Anwendung des Dokumentes über die Konvergenz des Eigenkapitals, namentlich mit der Behandlung von allgemeinen Rückstellungen und Wertberichtigungen.

Neu machte sich der Ausschuss daran, die Entwicklung der Liquiditätsprobleme in den letzten Jahren zu untersuchen: Liquiditätssteuerung durch internationale Banken, Änderungen im weltweiten Liquiditätsmanagement, Liquiditätsüberwachung im Mutterland und im Gastland ausländischer Niederlassungen, von Land zu Land verschiedene Annahmen über die Liquiditätsschwankungen.

Am 10. und 11. Oktober 1990 trafen sich in Frankfurt am Main Vertreter aus hundert Staaten zur 6. Internationalen Bankenaufsichtskonferenz, die der Basler Ausschuss zusammen mit der Deutschen Bundesbank und dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin vorbereitet hatte. Die Konferenz stand unter den beiden Leitthemen «Finanzkonglomerate – eine Herausforderung für die Aufsichtsinstanzen» sowie «Risikokonzentration».

Ausführliche Dokumente des Basler Ausschusses über die von ihm behandelten zentralen Fragen sowie seine regelmässigen Berichte über die internationalen Entwicklungen sind wegleitend für die weltweite Harmonisierung und Vertiefung der Bankenaufsicht.

Die grosse Bedeutung der Tätigkeit des Basler Ausschusses nimmt noch zu, indem dieser das EG-Recht und darüber hinaus die Aufsicht über die Banken weltweit beeinflusst.

5.2 Europäische Gemeinschaft

Im Berichtsjahr hat der EG-Rat keine neuen Richtlinien im Bankbereich verabschiedet. Hängig sind namentlich noch folgende Themen: Einlagensicherungssysteme, Grossrisiken, Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten. Auch die EG-Kommission beschäftigt sich nunmehr mit der in der Schweiz inzwischen vom Bundesgericht geklärten (vgl. Ziff. 3.4 S. 34) Aufsichtsproblematik von Bank- und Finanzkonglomeraten, an deren Spitze keine Bank steht. Sie legte deshalb am 22. November 1990 eine Neufassung der Richtlinie vom 13. Juni 1983 über die Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis vor. Namentlich sollen neu auch Holdinggesellschaften des Finanzsektors in die konsolidierte Aufsicht einbezogen werden.

Ob unser Land sich im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraumes oder möglicherweise durch einen EG-Beitritt am Europäischen Finanzraum beteiligen wird, ist zurzeit noch ungewiss. Fest steht jedoch, dass von wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. Jahresbericht 1989 S. 58) die dazu erforderliche Anpassung unseres Bankenaufsichts- und Obligationenrechtes kaum Schwierigkeiten bereiten dürfte. Zwar ist im Bereich der Rechnungslegung eine gesetzliche Regelung, welche die Gleichwertigkeit unserer Vorschriften mit der Bankbilanzrichtlinie gewährleisten würde, noch nicht in Sicht. Das Rundschreiben der Bankenkommission «Bildung und Auflösung von stillen Reserven» (vgl. Ziff. 2.1 S. 15) stellt aber in einem Teilbereich den Anschluss an die EG-Rechnungslegung her. Im Bereich der Geldwäscherei ist die Schweiz der EG insofern voraus, als der entsprechende Tatbestand bereits in unser Strafgesetzbuch aufgenommen wurde, während die «EG-Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche» erst in Form eines Vorschlages der Kommission vom 23. März 1990 vorliegt. Allerdings enthält dieser eine Meldepflicht für verdächtige Transaktionen, während in unserem Land nur ein blosses Melderecht diskutiert wird.

Ein erheblicher Regelungsbedarf besteht jedoch im Bereich der Amtshilfe. Während die Bankenkommission heute keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für den Austausch von Informationen mit ausländischen Aufsichtsbehörden besitzt, wurden die einschlägigen Kompetenzen der Aufsichtsbehörden in den EG-Staaten, die bereits

in der ersten Bankenrichtlinie aus dem Jahre 1977 rudimentär geregelt waren, ausgebaut. Insbesondere sind die Behörden, welche für die Beaufsichtigung eines Kreditinstitutes zuständig sind, neu berechtigt, dessen Zweigniederlassungen in anderen Mitgliedstaaten vor Ort zu prüfen oder durch eigene Beauftragte prüfen zu lassen, ohne dass dazu die vorherige Zustimmung der Behörden im Aufnahmemitgliedstaat erforderlich wäre. Voraussetzung für die Amtshilfe ist jedoch in jedem Fall, dass die Behörden sowie die von ihnen beauftragten Wirtschaftsprüfer und Sachverständigen dem Berufsgeheimnis unterliegen. Zudem dürfen die erhaltenen Informationen nur für Zwecke der Bankenaufsicht verwendet werden und nur an solche andere Dienststellen der eigenen Zentralbehörden weitergegeben werden, die für die Überwachung der Kredit- und Finanzinstitute, der Wertpapierdienstleistungen und der Versicherungsgesellschaften zuständig sind. Auf diesem Gebiet wäre eine Anpassung des Bankengesetzes erforderlich, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Bankenaufsicht unter Wahrung des Spezialitätsprinzips und des Amtsgeheimnisses zu gewährleisten.

5.3 Dreiländer-Treffen

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz pflegten die Teilnehmer am 3. und 4. September 1990 in Genf einen wertvollen Erfahrungsaustausch über die aufsichtsrechtliche Behandlung von Ausserbilanzgeschäften (Eigenkapitalunterlegung; Behandlung von Grossrisiken) und über internationale Fragen (Harmonisierung der Bankenaufsicht, Vereinigung Deutschlands, Golf-Krise, Wertberichtigungen für Länderrisiken). Die zeitweise auch anwesenden Vertreter Liechtensteins orientierten über die Struktur und den vorgesehenen Ausbau ihrer Bankenaufsicht.

5.4 International Organization of Securities Commissions

Die internationale Harmonisierung der Eigenmittelanforderungen und -definitionen zwischen Bankenaufsicht und Börsenaufsicht, vor allem in den Geschäftssparten, bei denen Banken und Wertschriftenhäuser in direktem Wettbewerb stehen, entspricht einem besonderen

Bedürfnis von Ländern mit Universalbankensystem. Ein Vertreter der Bankenkommission wirkt deshalb in einer Arbeitsgruppe der International Organization of Securities Commissions (IOSCO), der internationalen Organisation der Börsenaufsichtsbehörden, mit. Diese Arbeitsgruppe bezweckt in erster Linie eine Harmonisierung der Eigenmittelvorschriften unter den Börsenaufsichtsbehörden, verfolgt jedoch gleichzeitig das Ziel einer Koordination mit den von den Bankaufsichtsbehörden eingeleiteten Bestrebungen zur Eigenmittelunterlegung der Markt- bzw. Preisrisiken aus Wertschriftenpositionen. Sie leistet damit gemeinsam mit den entsprechenden Expertengruppen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (vgl. Ziff. 5.1 S. 43) die notwendigen Vorarbeiten für gleichwertige Mindeststandards zwischen Banken- und Börsenaufsicht sowie der konsolidierten Beaufsichtigung von Finanzkonglomeraten, welche vom Basler Ausschuss und von der IOSCO anvisiert werden.

6. Behandelte Geschäfte (Statistik)

6.1 Sitzungen

Die Bankenkommission behandelte in 11 zum Teil zweitägigen Sitzungen 239 (im Vorjahr 298) Geschäfte.

6.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommission 80 (91) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	45	(43)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8 BankG)	3	(14)
• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	11	(11)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	2	(6)
• Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	2	(1)
• Strafanzeigen	5	(7)

• Bewilligungsentzüge	1	(2)
• Verschiedenes	11	(7)

Im Berichtsjahr entschied das Schweizerische Bundesgericht in 4 Fällen über Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Verfügungen der Bankenkommission in Banksachen. Alle Beschwerden wurden abgewiesen. Ende 1990 waren noch vier weitere Beschwerden hängig.

6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommission versucht ihr Sekretariat, Einzelfälle zunächst mit sogenannten Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird der Bank ein bestimmtes Verhalten innert nützlicher Frist vorgeschlagen. Gleichzeitig wird sie aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die Empfehlung annimmt. Lehnt die Bank ab, so unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung.

Im Berichtsjahr wurden 69 (52) Empfehlungen erlassen. Bis auf eine wurden alle von den Banken angenommen. Die Empfehlungen des Sekretariates erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

• Eigene Mittel	1	(5)
• Risikoverteilung	5	(6)
• Jahresrechnung	63	(39)
• Organisation	–	(2)

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungsmeldungen nach Art. 21 BankV ist mit 215 gegenüber 261 im Jahre 1989 zurückgegangen.

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

7.1 Bestand Ende 1990

• Banken	511	(515)
– ausländisch beherrscht	128	(123)
– Zweigniederlassungen ausländischer Banken	27	(30)

• Raiffeisenkassen	1200	(1216)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	13	(13)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (voll unterstellt)	4	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)	128	(138)
• Vertreter ausländischer Banken	76	(78)
• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	23	(22)
• anerkannte Revisionsstellen	21	(21)

7.2 Erteilte Bewilligungen

Nach schweizerischem Recht organisierte Banken

- American Express Bank (Switzerland) SA, Genève; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Banque Robeco (Suisse) S.A., Genève; Neugründung
- Taurus Banque SA, Genève; Neugründung
- Alternative Bank ABS, Olten; Neugründung
- Rothschild Börsenhandel AG, Zürich; Neugründung
- Unibank (Suisse) SA, Genève; Neugründung
- Daiwa Securities Bank (Switzerland), Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Nikko Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Landolt, Lonfat & Cie, Banquiers, Lausanne; Übernahme der Firma Hofstetter, Landolt & Cie, Lausanne
- Bank Leu AG, Zürich; Übernahme der Bankaktivitäten der Leu Beteiligungen AG, Zürich (vormals Bank Leu AG)
- Trafina Privatbank AG, Basel; Neugründung
- Banque SCS Alliance SA, Genève; Neugründung
- Tokai Bank (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank
- Mitsubishi Trust & Banking Corporation (Schweiz) AG, Zürich; Umwandlung einer Finanzgesellschaft in eine Bank

Zweigniederlassungen und Agenturen ausländischer Banken

- Habibsons Bank Limited, London; Zweigniederlassung in Zürich
- Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL, Strasbourg, Zweigniederlassung in Zürich; Agentur in St. Gallen

Vertretungen

- Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft, Bielefeld; Vertretung in Zürich
- Robert Fleming & Co. Limited, London; Vertretung in Genf

Entgegennahme fremder Gelder durch ausländische Banken bei einer Zahlstelle in der Schweiz

- Bell Savings Bank PaSA, Philadelphia, Pennsylvania, USA

Bankähnliche Finanzgesellschaften (nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt)

- Faisal Finance (Switzerland) SA, Meyrin
- Alcifinance SA, Genève
- Crédit des Alpes SA, Genève

7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit

- Leu Beteiligungen AG, Zürich
- Genossenschaft zum Baugarten, Zürich (vormals Sparkasse der Stadt Zürich, Zürich)
- Hofstetter, Landolt & Cie, Banquiers, Lausanne; Übernahme durch Landolt, Lonfat & Cie, Lausanne
- Ersparniskasse Ennenda, Ennenda; liquidiert
- Caisse d'Epargne et de Prêts de Promasens, Promasens; liquidiert
- Sparkasse Biene Ebnat-Kappel, Ebnat-Kappel; in Liquidation
- Caisse d'Epargne et de Prêts d'Ependes, Ependes; Fusion mit der Banque de l'Etat de Fribourg

- Caisse d'Epargne du Valais, Sion; Fusion mit dem Schweizerischen Bankverein
- Leihkasse Solothurn, Solothurn; Fusion mit der Ersparniskasse Solothurn, Solothurn, zur Regiobank Solothurn, Solothurn
- Spar- & Hypothekenbank, Luzern; in Liquidation
- Compagnie de Banque et d'Investissements CBI, Genève; Fusion mit der TDB American Express Bank, Genève, zur CBI-TDB Union Bancaire Privée SA, Genève
- Foreign Commerce Bank Inc., Zürich; Fusion mit der Overland Trust Banca, Lugano, zur Overland Bank, Lugano
- Bank für privates Eigentum BPE, Basel; liquidiert
- Banque Pariente, Genève; Fusion mit der Banca del Gottardo, Lugano
- First National Bank of Boston, Boston; Zweigniederlassung in Genève
- Manufacturers Hanover Trust Company, New York; Zweigniederlassung in Genève
- The Hongkong and Shanghai Banking Corporation, Hongkong; Zweigniederlassung in Zürich
- Société Générale, Paris; Zweigniederlassung in Meyrin
- Banque Morgan Grenfell en Suisse SA, Genève; Fusion mit der Deutschen Bank (Suisse) S.A., Genève

Aufgabe der Tätigkeit als bankähnliche Finanzgesellschaft

- Amtrade Partners SA, Genève
- Daiwa (Switzerland) AG, Zürich
- The Nikko (Schweiz) Finanz AG, Zürich
- Tokai Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Mitsubishi Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Samuel Montagu (Suisse) SA, Genève
- ANZ McCaughan Securities (Switzerland) AG, Zürich
- J. P. Morgan Securities (Schweiz) AG, Zürich
- Taiyo Kobe Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Themis Finanz-Gesellschaft, Zug
- Manufacturers Hanover (Suisse) SA, Genève
- Financière Indosuez Genève, Genève
- SOCCOM Société de Finance Commerciale SA, Genève

Aufgabe der Vertretertätigkeit

- Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, Wien
- Union Bank of Finland, Helsinki
- Banco di Sicilia, Palermo
- Privredna Banka Sarajevo, Sarajevo

IV. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Revision des Anlagefondsgesetzes

Nachdem die Bankenkommission die Schweizerische Bankiervereinigung bereits vor einigen Jahren auf die Revisionsbedürftigkeit des Anlagefondsgesetzes hingewiesen hatte, legte diese Ende letzten Jahres einen informellen Revisionsentwurf vor (vgl. Jahresbericht 1989 S. 64 f.). Auf Wunsch des Vorstehers des Eidg. Finanzdepartementes nahm die Bankenkommission dazu im Berichtsjahr Stellung. Sie betrachtet den Entwurf der Bankiervereinigung grundsätzlich als nützliche Basis für die Revisionsarbeiten, ist aber der Meinung, dass diese genutzt werden sollten, um nicht nur eine Annäherung an das EG-Recht herbeizuführen (vgl. dazu Jahresbericht 1989 a.a.O.), sondern darüber hinaus das Anlagefondsgesetz umfassend den heutigen Anforderungen anzupassen und zu liberalisieren. Auch sollten die strukturell bedingten Probleme der Immobilienfonds in die Arbeiten einbezogen werden. Im einzelnen wies die Bankenkommission auf folgende, besonders wesentliche Revisionspostulate hin: Abgrenzung des Geltungsbereiches der Anlagefonds von den sogenannten «bankinternen Sondervermögen» und von anderen, kollektiv verwalteten Vermögen; Einführung der Möglichkeit, die Fondsleitung zu wechseln; Bewilligung der Änderung der Fondsreglemente durch die Aufsichtsbehörde statt durch den Zivilrichter; Verbesserung der Informationsrechte der Anleger; Dematerialisierung der Anteilscheine. Als zusätzliche Revisionspostulate, die im Vorentwurf der Bankiervereinigung nicht enthalten waren, wurden ferner erwähnt: Lockerung des Typenzwangs, d. h. Zulassung von Investmentgesellschaften; Einführung der Möglichkeit, Anlagefonds zu bewilligen, deren Anlagepolitik nicht den heutigen Gesetzes- bzw. EG-Vorschriften entspricht; Erweiterung des Katalogs der zulässigen Anlagen (z. B. Gold, Warenpapiere, Options, Futures, Devisen); Zulassung von Anlage-Techniken zur Risikoabsicherung und/oder Ertragsoptimierung des Fondsvermögens (z. B. Options, Futures, Securities Lending); Ausbau der Untersuchungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörde, namentlich gegenüber unbewilligten Anlagefonds; bessere Abgrenzung der öffentlich-rechtlichen von den zivilrechtlichen Rechtsbehelfen der Anleger; Neuregelung der Spezialprobleme der Immobilienfonds (z. B. Rechtsform, Zulässigkeit von Immobilien-Anlagen im Ausland, Verkehrswertschätzungen).

Am 22. Juni 1990 setzte der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes eine Expertenkommission unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Forstmoser, Zürich, ein, welche beauftragt wurde, bis am 31. Dezember 1991 einen umfassenden Revisionsentwurf für das Anlagefondsgesetz mit Erläuterungen auszuarbeiten. Die Bankenkommission ist in dieser Expertengruppe durch Dr. André Cornu, ehemaliger Leiter der Aufsicht über die Anlagefonds, vertreten.

2. Praxis der Aufsichtsbehörde

2.1 Europrogramme

Im Berichtsjahr konnte die Liquidation der Immobilienfonds Europrogramme International (EPR) und Europrogramme International Serie 1969 (EPR 69) fortgesetzt werden (vgl. Jahresbericht 1989 S. 69). Namentlich hat die SASEA Holding als Käuferin der Immobilien des EPR 69-Fonds eine zweite Teilzahlung geleistet, welche etwa 20% des Kaufpreises entspricht.

Die beiden Verwaltungsgerichtsbeschwerden, welche gegen den von der Bankenkommission verfügten Bewilligungsentzug der Fondsleitung, IFI-Interfininvest SA, und gegen die Ernennung der Fiducia Bankenrevision AG zur Sachwalterin eingereicht worden waren, sind zurzeit noch hängig. Das Bundesgericht hat inzwischen jedoch in beiden Fällen den Antrag auf Gewährung der aufschiebenden Wirkung abgewiesen.

2.2 Bancor SA, Genf

Die Firma Bancor SA, Genf, verwaltete sowohl direkt als auch durch Vermittlung anderer Vermögensverwalter Gelder von Privatkunden, welche jeweils auf ein auf ihren Namen lautendes Konto bei einer Bank einbezahlt werden mussten. Bancor SA warb beim Publikum für ihre Dienstleistungen in der Finanzpresse, durch Vermittler sowie mit Werbe-Unterlagen um Kunden. Mit Verfügung vom

12. Oktober 1989 entschied die Bankenkommission, dass die von Bancor SA ausgeübte Tätigkeit sämtliche Merkmale eines Anlagefonds erfüllte. Sie verfügte daher die sofortige Liquidation dieses nicht bewilligten Anlagefonds durch die ATAG Revision Bancaire SA, Genf (Jahresbericht 1989 S. 70).

Mit Entscheid vom 4. Mai 1990 (BGE 116 Ib 73 ff.) wies das Bundesgericht die gegen diese Verfügung der Bankenkommission eingereichte Verwaltungsgerichtsbeschwerde von Bancor SA ab. Es stellte fest, dass die Art und Weise der Vermögensverwaltung der Beschwerdeführerin sämtliche Merkmale eines Anlagefonds (öffentliche Werbung, gemeinschaftliche Kapitalanlage nach dem Grundsatz der Risikoverteilung, Fremdverwaltung des Sondervermögens) erfüllte. Namentlich führte das Bundesgericht aus, dass die auf den Namen der Beschwerdeführerin durchgeführten Termingeschäfte trotz deren spekulativem Charakter Kapitalanlagen im Sinne des Anlagefondsgesetzes seien. Auch stellten diese eine gemeinschaftliche Kapitalanlage dar, da das aus den Einzahlungen der Anleger gebildete Vermögen gepoolt und auf den Namen der Gesellschaft angelegt wurde, so dass die Gesellschaft nicht mehr in der Lage war, die einzelnen Guthaben der Anleger unter Hinweis auf die konkrete Verwendung und den genauen Bestand ihrer Vermögen zu individualisieren, sondern sich auf eine allgemeine Auskunft beschränken musste.

2.3 Rücknahme von Anteilscheinen

Die andauernde Hochzinsphase führt dazu, dass viele Anleger ihre Anteilscheine von Immobilien-Anlagefonds zurückgeben und ihre Gelder in höher rentierende Anlagen überführen. Deshalb werden die Immobilien-Anlagefonds erstmals seit vielen Jahren wieder mit erheblichen Rücknahmebegehren konfrontiert. Die Bankenkommission sah sich daher veranlasst, mit Schreiben vom 25. Mai 1990 an die Fondsleitungen, Depotbanken und Revisionsstellen von Immobilien-Anlagefonds das Rundschreiben Nr. 16 vom 29. Mai 1975, dessen Vorschriften nach wie vor uneingeschränkt gültig sind, in Erinnerung zu rufen. Auszugehen ist dabei von der Tatsache, dass der Anleger auch gegenüber Immobilienfonds grundsätzlich jederzeit gegen

Rücknahme des Anteilscheines die Auszahlung seines Anteils am Anlagefonds in bar verlangen kann (Art. 21 Abs. 1 AFG). Dies kann dadurch geschehen, dass Festgelder nicht mehr erneuert, leicht verwertbare Wertpapiere verkauft oder Hypothekarkredite für maximal 50% der Anlagekosten aufgenommen werden. Nur wenn mangels Liquidität eine Verwertung von Grundstücken notwendig wird, darf die Fondsleitung von dieser Vorschrift abweichen und eine Frist von 12 Monaten – welche im Fondsreglement verkürzt oder auf höchstens 24 Monate verlängert werden kann – geltend machen (vgl. Art. 36 AFG). Diese Ausnahmebestimmung gestattet der Fondsleitung aber nicht, untätig zu bleiben und die Auszahlung der Anteile zu verzögern. Sie ist vielmehr gehalten, den Verkauf von Grundstücken unverzüglich an die Hand zu nehmen. Die Fondsleitungen haben der Bankenkommission quartalsweise über die nicht erledigten Rücknahmebegehren zu berichten und insbesondere mitzuteilen, welche Massnahmen zur Erfüllung der Rücknahmeverpflichtung getroffen wurden. Ein besonderes Problem stellt sich bei den börsenkotierten Anteilscheinen von Immobilienfonds, welche vor kurzem noch mit erheblichen Prämien gegenüber dem gesetzlich vorgeschriebenen Rücknahmepreis (Art. 21 Abs. 3 AFG) gehandelt wurden, so dass verkaufswillige Anleger einen höheren Erlös erzielen konnten als ihnen von Gesetzes wegen zusteht. Wenn aber, wie heute, ein grosser Angebotsüberhang besteht und keine Emissionen erfolgen, so besteht die Gefahr, dass der Börsenkurs der Anteilscheine unter den dem Anleger gesetzlich garantierten Rücknahmepreis fällt.

2.4 Uto-Immobilienfonds

Im Dezember 1989 teilte die Depotbank des Uto-Immobilienfonds, die Uto Bank, Zürich, der mit ihr weder personell noch beteiligungsmässig verbundenen Fondsleitung, Uto-Fondsverwaltung AG, Zürich, sowie den Anteilscheininhabern mit, dass sie den Kollektivanlagevertrag auf den 31. Dezember 1990 kündige. Diese Kündigung hat von Gesetzes wegen zwingend die Liquidation des Fonds zur Folge. Sie wurde damit begründet, dass die Aktien der Fondsleitung sowie ca. 80% der Anteilscheine Ende 1989 von der Spar- und Hypothekenbank, Luzern, an die Vermögensverwaltungsgesellschaft Haus zum Weggen AG, Zürich, verkauft worden seien. Diese werde

von zwei bedeutenden Exponenten des Zürcher Immobilienhandels beherrscht, welche versucht sein könnten, den Fonds für eigene Immobiliengeschäfte zu missbrauchen. Deshalb bestehe keine Vertrauensbasis für eine weitere Zusammenarbeit zwischen Depotbank und Fondsleitung. Gleichzeitig hatte die Bankenkommission aufgrund der Anzeige eines Anlegers feststellen müssen, dass die Fondsleitung 62500 neue Anteilscheine mit Valuta 1. April 1989 emittiert und deren Ausgabepreis entgegen Art. 12 Abs. 3 AFG aufgrund des Fondsvermögens des vorherigen Geschäftsjahres, das am 31. März 1989 endete, berechnet hatte. Die ganze Emission im Wert von 10 Mio. Franken war privat bei der gleichen Vermögensverwaltungsgesellschaft plaziert worden, welche danach im Herbst 1989 sowohl die Aktien der Fondsleitung als auch ca. 80% sämtlicher Anteilscheine des Fonds von Ralph Schmid übernahm. Die Bankenkommission erachtete die Ausgabe neuer Anteilscheine zu einem zu niedrigen Preis als grobe Verletzung der gesetzlichen Pflichten der Fondsleitung, entzog ihr daher gestützt auf Art. 44 Abs. 1 AFG die Bewilligung zur Geschäftstätigkeit und ernannte gleichzeitig die Visura Treuhandgesellschaft, Zürich, zur Sachwalterin, um dadurch eine beförderliche, die Interessen sämtlicher Anleger wahrende Liquidation zu gewährleisten. Da dem Fondsvermögen aufgrund des zu niedrigen Emissionserlöses die Summe von Fr. 632500.– vorenthalten worden war, wurde die Fondsleitung zur entsprechenden Sicherheitsleistung verpflichtet. Die Uto-Fondsverwaltung zog die Verfügung an das Bundesgericht weiter. Nachdem das Bundesgericht jedoch am 18. September 1990 das Gesuch der Uto-Fondsverwaltung um Gewährung der aufschiebenden Wirkung ihrer Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Bewilligungsentzug und die Einsetzung des Sachwalters abgewiesen hatte, zog die Fondsleitung ihre Verwaltungsgerichtsbeschwerde insofern zurück, als diese gegen die Einsetzung des Sachwalters gerichtet war.

2.5 Parteistellung des Anlegers

Die Bankenkommission hatte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr mit der Frage nach der rechtlichen Stellung des Anteilscheininhabers im Verwaltungsverfahren vor der Aufsichtsbehörde zu befassen. Ein Anleger hatte die Bankenkommission auf angebliche Missstände

bei einem Immobilien-Anlagefonds hingewiesen und von ihr verschiedene aufsichtsrechtliche Massnahmen verlangt. Die Bankenkommission trat auf das Gesuch des Anlegers zwar ein, verneinte aber dessen Parteistellung. Sie wies deshalb sein Gesuch, in die Akten Einsicht nehmen zu dürfen, ab. Dagegen erhob der Anleger Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht. Zur Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Aufsichtsbehörde auf Eingaben eines Anlegers einzutreten habe, hielt das Bundesgericht fest, die Aufsichtsbehörde müsse dann auf Eingaben des Anlegers eintreten, wenn dieser eine in die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde fallende Massnahme verlange und daran ein schutzwürdiges Interesse habe. Eine Parteistellung des Anlegers müsse aber verneint werden, wenn entweder lediglich eine Mitteilung oder Anzeige vorläge oder wenn der Anleger ein in die Zuständigkeit des Zivilrichters fallendes Auskunftsbegehren (Art. 22 AFG) stelle.

Da der dem Anleger im vorliegenden Fall zustehende Anspruch auf Akteneinsicht verletzt worden sei, hob das Bundesgericht die angefochtene Verfügung auf.

2.6 Luxemburgische Anlagefonds ohne eigene Infrastruktur

Bekanntlich übt Luxemburg aufgrund seiner steuerlichen Vorteile, der liberalen Gesetzgebung sowie des EG-Standortes auf Promotoren von Anlagefonds aus der ganzen Welt, und daher auch auf Schweizer Banken, eine starke Anziehungskraft aus. So haben etwa die Grossbanken, um von den im Vergleich mit der Schweiz vorteilhafteren Rahmenbedingungen profitieren zu können, in Luxemburg bereits zahlreiche Anlagefonds gegründet, welche allesamt von den bereits dort ansässigen bankeigenen Niederlassungen verwaltet werden. Der Unterhalt eigener Organisationseinheiten ist teuer und aus diesem Grund vornehmlich grösseren Banken vorbehalten.

Für kleinere Institute, welche ebenfalls von den eingangs erwähnten Standortvorteilen profitieren möchten, indessen aus Kostengründen in Luxemburg keine bankeigene Infrastruktur aufbauen wollen oder können, wird seit geraumer Zeit eine Alternative angeboten. Mit der Administration des Anlagefonds, welche nach dem luxemburgischen Anlagefondsgesetz zwingend in Luxemburg vorgenommen

werden muss, kann eine ortsansässige Bank betraut werden. Diese fungiert in den meisten Fällen zugleich als Depotbank.

Die Bankenkommission bewilligte nun erstmals ein Gesuch zur öffentlichen Werbung in der Schweiz für Anteile eines Anlagefonds, welcher von einer Schweizer Bank in Luxemburg gegründet wurde, ohne dass diese dort über eine bankeigene Organisation verfügt. Der Anlagefonds wird mithin im Auftragsverhältnis von einer luxemburgischen Bank verwaltet, während die Anlageentscheide in der Londoner Niederlassung der Schweizer Bank getroffen werden. Nach gründlicher Prüfung der Verträge, welche die Beziehungen zwischen der schweizerischen Gründerbank und der luxemburgischen Fondsverwaltungsbank regeln, stellte die Bankenkommission fest, dass diese organisatorische Lösung mit der Verordnung über die ausländischen Anlagefonds vereinbar war und daher bewilligt werden konnte.

In der Folge wurde die Bankenkommission mit einem weiteren ähnlichen Gesuch konfrontiert. Die einzige Abweichung bildete dabei der Umstand, dass die Gesuchstellerin nicht nur als Vertreterbank für die Schweiz amtieren wollte, sondern durch den luxemburgischen Anlagefonds auch als Anlageberater verpflichtet worden war. Es erhob sich daher die Frage, ob nach wie vor von einem ausländischen Anlagefonds gesprochen werden konnte, oder ob die Anlageberatertätigkeit der schweizerischen Vertreterbank dazu führe, dass der faktische Sitz des Fonds sich in der Schweiz befinde, was allenfalls zur Unterstellung des Anlagefonds unter die Vorschriften des schweizerischen Anlagefondsgesetzes hätte führen müssen.

Angesichts der Tatsache, dass die Zentralverwaltung des Anlagefonds gemäss luxemburgischem Anlagefondsgesetz zwingend in Luxemburg domiziliert sein muss, es sich bei der Anlageberatung aber nur um eine unterstützende Dienstleistung handelte, welche durchaus von einem anderen Land aus erbracht werden darf, bewilligte die Bankenkommission auch dieses Gesuch.

3. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden 85 (105) Geschäfte behandelt. Die beiden eingereichten Verwaltungsgerichtsbeschwerden sind noch beim Bundesgericht hängig.

4. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1990

	Anzahl per 31. 12.		Fondsvermögen per 31. 12. in Mio. Fr.		Einzahlungen ./. Rückzüge per 31. 12. in Mio. Fr.	
	1990	1989	1990	1989	1990	1989
Schweiz. Anlagefonds						
Wertschriftenfonds	194	173	24 959	30 110	– 987	272
Immobilienfonds	32	32	7 839	9 411	–1 641	2
Total	226	205	32 798	39 521	–2 628	274
Ausländische Fonds zur Werbung in der Schweiz zugelassen	224	143			9 376	2 087

Weitere statistische Angaben enthalten die Monatsberichte der Schweizerischen Nationalbank (Tabellen $D15_1$ und $D15_2$).

Im Berichtsjahr wurden 23 (23) neue schweizerische Wertschriftenfonds errichtet:

- BCG Rainbow Fund
- BCV Gestion
- Europar
- CB International Equity Fund
- GAM (CH) Europe
- GAM Tradition
- Gestiamerica
- Gestieuropa
- Hentsch Treasury Fund
- LKB Expert-Ertrag
- LKB Expert-Zuwachs
- Pargest
- Pasche-Bond
- Pasche-Pacific
- Pasche-Valor
- Pro Fonds Global Internationaler Thesaurierungsfonds
- RBZ Eur-Equity
- RBZ Far East Equity
- Rothschild DM Bonds
- Rothschild Dollar Bonds

- Rothschild Swiss Franc Bonds
- Vontobel Swiss Equities
- Vontobel US Equities

Als Besonderheit ist hier die Beteiligung einer Regionalbank an einem neuen Fonds zu erwähnen. Auch hat eine weitere Kantonalbank zwei eigene Wertschriftenfonds aufgelegt.

Im Bereich der ausländischen Anlagefonds war eine namhafte Zunahme um 81 auf neu 224 zu verzeichnen. Von den Neuzugängen haben deren 75 ihr Domizil in Luxemburg. Hervorzuheben sind hier die erstmalige Bewilligung eines «Umweltschutzfonds» sowie dreier Obligationenfonds mit fester, fünfjähriger Laufzeit.

Nach Herkunftsländern sieht die Statistik per Ende 1990 wie folgt aus:

• Länder ohne eine der schweizerischen ähnliche Aufsicht (Niederländische Antillen, Cayman Islands, Guernsey, Jersey, Britische Jungferninseln, Liechtenstein, Panama)	43	(40)
• Deutschland	23	(23)
• Luxemburg	153	(78)
• USA	3	(1)
• Österreich	1	(1)
• Irland	1	(–)

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

1. Überprüfung der Pfandbriefzentralen

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnungen nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entsprechen und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstellen geprüft.

Die Prüfungsergebnisse gaben im Jahre 1990 zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass.

2. Statutenrevision der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken

Seit geraumer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die nun seit 46 Jahren in Kraft stehenden Statuten einer Totalrevision zu unterziehen und sie den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die entsprechenden Arbeiten befinden sich in der Endphase. Die revidierten Statuten werden voraussichtlich im Frühjahr 1991 dem Bundesrat gemäss Art. 2 Abs. 2 PfG zur Genehmigung unterbreitet.

3. Europaverträglichkeit und Zukunft des Pfandbriefwesens

Das Pfandbriefgesetz beschränkt den Vertrieb ausländischer Pfandbriefe in der Schweiz in keiner Weise. Insofern ist seine Europaverträglichkeit grundsätzlich zu bejahen. Da die beiden Pfandbriefzentralen nur ihren Mitgliedbanken, nicht jedoch dem Publikum, aus dem Erlös der Pfandbriefemissionen Darlehen gewähren, entsprechen sie der Definition eines Kreditinstitutes im Sinne der 1. Bankenrichtlinie nicht. Falls es zum Abschluss eines EWR-Vertrages kommen sollte, sollten beide Pfandbriefzentralen daher nicht in den Geltungsbereich der alsdann anwendbaren EG-Bankenrichtlinien fallen.

In einer Bankenstudie zur heutigen Hypothekarzins-Diskussion wurde festgestellt, dass der Pfandbrief zwar als mündelsicheres Papier eine gewisse Bedeutung besitzt, das Konzept der beiden Pfandbriefzentralen sich für die Refinanzierung des Hypothekar-

geschäftes aber nicht durchsetzen konnte, da mehrere aufwendige Sicherungen eingebaut sind und die Banken sich über Kassenobligationen und eigene Anleihen zu vergleichbaren Bedingungen direkt Mittel beschaffen können. Es ist aber zu prüfen, ob der Pfandbrief nicht mit einer Revision des Pfandbriefgesetzes und in Anlehnung an ausländische Modelle einen grösseren Beitrag zur Verstetigung und Entpolitisierung der Hypothekarzinssätze leisten könnte.

VI. Interna

1. Bankenkommission

Der Bundesrat wählte auf den 1. Juni 1990 Herrn Dr. rer. pol. Amilcare Berra, bisher Mitglied, zum Vizepräsidenten und Herrn Jean-Pierre Ghelfi zum neuen Mitglied der Bankenkommission. Diese setzt sich somit nach wie vor aus sieben Mitgliedern zusammen.

2. Sekretariat

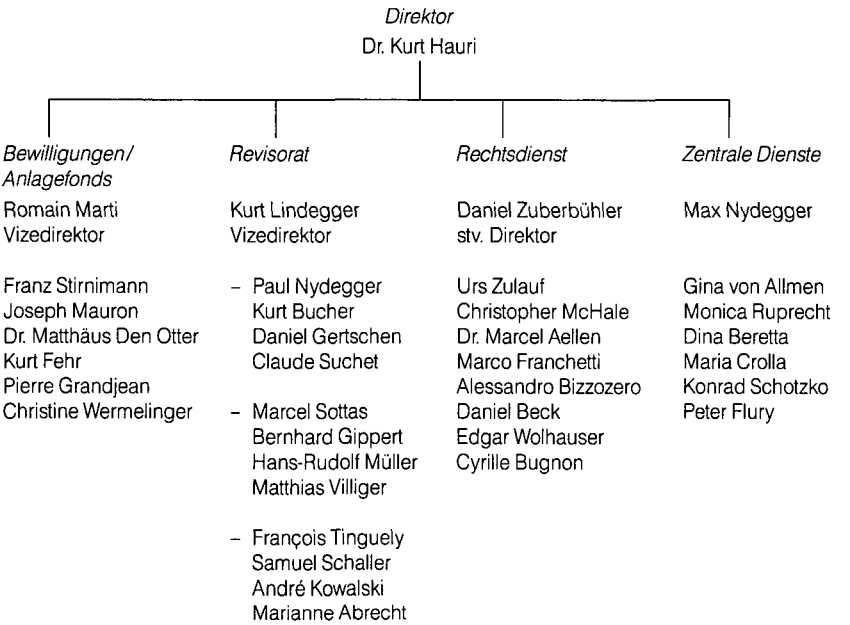
Den dringenden Bedürfnissen entsprechend wurde der Personalbestand im laufenden Jahr auf 36,5 Stellen erhöht, was dazu beiträgt, eine wirkungsvolle Aufsicht zu gewährleisten. Diese Stellen sind durch 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besetzt, wovon drei teilzeitbeschäftigt sind. Der Personalwechsel war erfreulicherweise sehr gering.

Ende September 1990 trat Herr Dr. André Cornu, Leiter der Aufsicht über die Anlagefonds, nach 22 Dienstjahren in den Ruhestand. Für seine Verdienste ist ihm die Bankenkommission zu grossem Dank verpflichtet.

3. Rechnung

	Aufwand		Ertrag	
	1990 Fr.	1989 Fr.	1990 Fr.	1989 Fr.
Behörde und Sekretariat	3 767 568	3 065 302		
Gemeinkosten	3 406 155	2 727 471		
Aufsichtsgebühren				
- Banken			4 797 912	4 471 585
- Anlagefonds			555 000	588 000
Spruch- und Schreibgebühren			1 045 134	796 068
Vortrag aus den Vorjahren			419 596	356 716
Vortrag auf neue Rechnung		419 596		
Verlustvortrag neue Rechnung			356 081	
	7 173 723	6 212 369	7 173 723	6 212 369

4. Organigramm



5. Revision Gebührenverordnung

Die Bundeskasse wird durch die Tätigkeit der Bankenkommission nicht belastet. Die Verordnung des Bundesrates vom 4. Dezember 1978 über die Gebühren für die Beaufsichtigung der Banken und Anlagefonds (SR 611.014) bestimmt, dass die Aufsichtsgebühr und die weiteren Gebühren (Spruch- und Schreibgebühren) so festzusetzen sind, dass sie die Kosten der Bankenkommission und ihres Sekretariates decken. Die Aufsichtsgebühr ist zu neun Zehnteln von den Banken und zu einem Zehntel von den Anlagefonds zu tragen. Sie besteht einerseits aus einer nach der Bilanzsumme der Banken abgestuften Grundgebühr mit festen Ansätzen sowie andererseits aus einer Zusatzgebühr, die sich aus der proportionalen Umlegung des verbleibenden Aufwandes auf die Banken nach deren Bilanzsummen errechnet und höchstens Fr. 350000.– betragen kann.

Die geltende Regelung wurde seit einiger Zeit kritisiert, namentlich durch die Raiffeisenkassen. Aufgrund eines Vorschlages der Schweizerischen Bankiervereinigung revidierte der Bundesrat am 9. Mai 1990 den Gebührenerlass und setzte ihn rückwirkend auf den 1. Januar 1990 in Kraft. Zum einen wurden die Grundgebühren teilweise der Teuerung angepasst und um 30% erhöht. Für die Raiffeisenbanken ergibt sich eine erhebliche Erleichterung, weil nicht mehr jede Kasse einzeln gebührenpflichtig ist, sondern der Dachverband eine pauschale Grundgebühr von Fr. 20000.– für das ganze System zu entrichten hat. Zum andern werden im Gegensatz zur bisherigen Ordnung neben der Bilanzsumme (70%) auch die Erträge aus dem indifferenten Geschäft (30%) für die Bemessung der Zusatzgebühren berücksichtigt. Mit diesem Schlüssel wird dem Umstand Rechnung getragen, dass in den vergangenen Jahren das Ausserbilanzgeschäft stark an Bedeutung gewonnen hat. Schliesslich wird die anteilsmässige Obergrenze für die Zusatzgebühren nicht mehr in einem Nominalbetrag, sondern in Prozenten (12%) der gesamten Aufsichtskosten festgelegt, was für die drei Grossbanken eine Gebührenerhöhung von rund einem Drittel zur Folge hat.

Verzeichnisse
Listes

Anerkannte Revisionsstellen
Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds
Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. ATAG Bankenprüfung, Basel [1]
4. AUDIBA, Genève
5. Bankrevisions- und Treuhand AG, Zürich
6. Coopers & Lybrand AG, Basel [2]
7. Ernst & Young AG, Zürich [1]
8. EXPERTA Revision AG, Zürich
9. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel [2]
10. Gesellschaft für Bankrevision GBR, Basel
11. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenbanken, St. Gallen
12. KPMG Fides Peat, Zürich
13. KPMG Klynveld Peat Marwick Goerdeler SA, Zürich
14. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
15. Price Waterhouse AG, Zürich
16. Revisa Treuhand AG, Zug
17. Revisionsstelle Berner Regionalbanken, Ostermundigen
18. Revisionsverband schweizerischer Regionalbanken, Zürich
19. Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich
20. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne [1]
21. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

[1]) mit der ATAG Allgemeine Treuhand AG, Basel, verbunden
liée à la Fiduciaire Générale SA, Bâle

[2]) mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse, Bâle

2. Nur für Anlagefonds
Uniquement pour fonds de placement

22. ATAG Allgemeine Treuhand AG, Basel
23. Columbus Treuhand AG, Basel
24. Curator Revision, Zürich
25. Fidiconsult SA, Fribourg
26. Fidirevisa SA, Lugano
27. Fiduciaire OFOR SA, Genève
28. Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel
29. Société Fiduciaire et de Gérance SA, Genève
30. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
AMCA America-Canada Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
AMERIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
AMERICA-VALOR Schweizerischer Anlagefonds für amerikanische Wertpapiere	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
ANFOS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
ANFOS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
ANGLOVALOR Anlagefonds für englische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
APOLLO-FUND	Tempus Management Co. AG Zürich
ASIA PORTFOLIO	Interfonds Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile
O = Obligationen
I = Immobilien
S = in der Schweiz
E = im Ausland
* = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Stand am 31. Dezember 1990
Etat au 31 décembre 1990

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1961	30. September	IS
Schweiz Bankverein Basel	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyerzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	AE

Légende: A = actions et autres parts de capital
O = obligations
I = immeubles
S = en Suisse
E = à l'étranger
* = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ASIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
ASIAVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari dell'Asia e dell'Australia	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Automation-Fonds	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
BAERBOND Anlagefonds für Obligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
BCG Rainbow Fund	BCG Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève
BCV Gestion	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA, Lausanne
BERNFONDS Anlagefonds für Immobilien	Berninvest AG Bern
B-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für festverzinsliche Anlagen in kontinentaleuropäischen Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
BOND-INVEST Obligationenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. September	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
	1990	31. März	ASE
Banque Cantonale Vaudoise Lausanne	1990	30. September	ASE
Schweiz.Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
BONDSELEX Fonds de placement pour valeurs à revenu fixe	Capdirex SA Genève
BOND VALOR D-MARK Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Deutsche Mark lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR £ STERLING Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf £ Sterling lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR SCHWEIZER-FRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizer-franken lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BOND VALOR YEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Yen lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Zürich
BONDWERT Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Folag Fondsleitung AG Zürich
BRIT-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Grossbritannien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
CANAC Anlagefonds für kanadische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
HandelsBank Nat West Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CANASEC Anlagefonds für kanadische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
CB International Equity Fund	Commerzbank (Schweiz) AG Zürich
CBI-BOND Fonds de placement en obligations	CBI-TDB Union Bancaire Privée Genève
CBI-INTERCONTINENTAL Fonds de placement en valeurs mobilières internationales	CBI-TDB Union Bancaire Privée Genève
CENTRALFONDS Zentralschweizerischer Immobilienfonds	Imovag Immobilien Verwaltungs AG Luzern
CLAIR-LOGIS Fonds suisse de placements immobiliers *	Investissements collectifs SA Lausanne
CONBAR Anlagefonds für Wandelobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
CONVERT BOND SELECTION Anlagefonds für Wandelobligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
CONVERT-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in Wandelobligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1952	31. Mai	AE
	1990	31. Juli	AE
	1971	31. Dezember	OSE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	30. September	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CONVERT VALOR SCHWEIZERFRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizerfranken lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Zürich
CONVERT VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Zürich
COOP Anlagefonds fifty-fifty	Coop Anlage-Genossenschaft Basel
CREDIT SUISSE FONDS-BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Schweiz. Kreditanstalt Zürich
CREDIT SUISSE FONDS-INTERNATIONAL Anlagefonds für internationale Werte	Schweiz. Kreditanstalt Zürich
CROSSBOW FUND	BVE Capital Management SA Genève
CS GOLD VALOR	CS-Fondsleitung AG Zürich
CS Tiger Fund	CS-Fondsleitung AG Zürich
CSF Fund	BVE Capital Management SA Genève
DIVERBOND INDOSUEZ Fonds de placement collectif en obligations	Investarco Compagnie de Gestion et d'Investissements SA Lausanne

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	AE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Banque Indosuez Paris succ. de Lausanne	1971	30. September	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
D-MARK BOND SELECTION Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
D-MARK-INVEST Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
DOLLAR BOND SELECTION Anlagefonds für US-Dollar-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
DOLLAR-INVEST Anlagefonds für US-$- und can. $-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ECU BOND SELECTION Anlagefonds für Ecu-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
E-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für europäische Anlagen und Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
ELDERS FONDS DE PLACEMENT AUSTRALIEN Fonds de placement suisse en valeurs mobilières australiennes	Elders (Switzerland) Investment Management SA Neuchâtel
ELDERS FONDS DE PLACEMENT INTERNATIONAL Fonds de placement suisse en valeurs mobilières mondiales	Elders (Switzerland) Investment Management SA Neuchâtel
EMETAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1987	31. März	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ENERGIE-VALOR Anlagefonds für Werte der Energiewirtschaft	Société Internationale de Placements SIP Basel
EQUIBAER AMERICA Anlagefonds für amerikanische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
EQUIBAER EUROPE Anlagefonds für europäische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
EQUIBAER PACIFIC Anlagefonds für Aktien und Wandelobligationen des pazifischen Raumes	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
ESPAC Anlagefonds für spanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
EURAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
EUREF Fonds suisse de placements en papiers-valeurs	Banque Pariente Genève
EURIT Investmenttrust für europäische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
EUROMED FUND	Gérifonds SA Lausanne
Europar	Banque Paribas (Suisse) SA, Genève

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	30. September	ASE
	1963	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	AE
	1990	30. November	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
EUROPA-VALOR Anlagefonds für europäische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
Europrogramme International **in Liq.**	Fiducia Bankenrevision AG Basel (Gérant)
Europrogramme International Serie 1969 **in Liq.**	Fiducia Bankenrevision AG Basel (Gérant)
FACEL FUND Fonds de placement en valeurs nord-américaines et internationales	Hentsch & Cie Genève
FAR Fonds en actions romandes	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FIR Fonds immobilier romand (Romande Immobilière)	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FIR 1970 Fonds immobilier suisse	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA Lausanne
FLORIN BOND SELECTION Anlagefonds für holländische Gulden-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
Foco International Bond Fund	Overland Banca Lugano
Foco International Stock Fund	Overland Banca Lugano
FONCIPARS Série Ancienne	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs Lausanne

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1989	30. September	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
	1972	31. August	OSE
	1972	31. August	ASE
Société de Banque Suisse, Lausanne	1943	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
FONCIPARS Série II	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs Lausanne
Fonds de placement en obligations de la Banque Scandinave en Suisse	Banque Scandinave en Suisse Genève
Fonds de placement en valeurs internationales de la Banque Scandinave en Suisse «Intelsec»	Banque Scandinave en Suisse Genève
FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
FONSELEX Fonds de placement en valeurs internationales	Capdirex SA Genève
FORTUNA Anlagefonds	Fortuna Investment AG Adliswil
FRANCEVALOR Anlagefonds für französische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
FRANCIT Investmenttrust für französische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GAM (CH) America	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Europe	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Mondial	GAM Anlagefonds AG Zürich
GAM (CH) Pacific	GAM Anlagefonds AG Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Société de Banque Suisse, Lausanne	1961	31. Dezember	IS
	1973	28. Februar	OSE
	1976	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1989	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich,	1990	31. Dezember	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	1987	31. März	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
GAM Tradition	GAM TRADITION Anlagefonds AG, Zürich
GERFONDS Fonds de placement en valeurs internationales	Société d'Etudes et de Placements SA, c/o Société Bancaire Julius Baer SA Genève
GERMAC Anlagefonds für deutsche Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GERMANIAVALOR Anlagefonds für deutsche Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
GESTI CH Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Gestiamerica	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
Gestieuropa	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
GESTIVALOR **in Liq.** Fondo di investimento in valori mobiliari internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
GLOBINVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Banque Pallas (Suisse), Lausanne	1990	31. März	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève	1958	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1987	30. Juni	AS
Banca del Gottardo Lugano	1990	30. September	AE
Banca del Gottardo Lugano	1990	30. September	AE
Banca del Gottardo Lugano	1977	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
GOLD-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
GOLD PORTFOLIO	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
GULDEN-INVEST Anlagefonds für Gulden-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
HELVETBAER Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
HELVETINVEST Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
Hentsch Balanced Investment Fund	Hentsch & Cie Genève
Hentsch-Swiss Franc Bond Portfolio	Hentsch & Cie Genève
Hentsch Treasury Fund	Hentsch & Cie Genève
HOLLAND-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in den Niederlanden	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
IBERIAVALOR	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1989	30. Juni	ASE
	1986	31. Mai	OSE
	1990	30. April	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1989	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
IFCA Immobilien-Anlagefonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG Bern
IMMOFONDS Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	AG für Fondsverwaltung Zug
IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Zürich
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	BNP Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Basel
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
JAPAC FUND Fonds de placement en valeurs mobilières du Japon et de la zone du Pacifique	Gérifonds SA Lausanne
JAPAN-INVEST Anlagefonds für japanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS
HandelsBank NatWest Zürich	1955	30. Juni	IS
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1970	30. Juni	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
JAPAN-PORTFOLIO Schweizerischer Anlagefonds für japanische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
J-FUND Schweizerischer Wertschriftenfonds für japanische Anlagen und diverse Währungen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
LA FONCIERE Fonds suisse de placement immobilier	Investissements Fonciers SA Lausanne
Leu-Ausschüttungs-Fonds	Leu Fondsleitung AG Zürich
Leu Foreign Bonds	Leu Fondsleitung AG Zürich
Leu-Wertzuwachs-Fonds	Leu Fondsleitung AG Zürich
LKB Expert-Ertrag	Luzerner Kantonalbank Luzern
LKB Expert-Zuwachs	Luzerner Kantonalbank Luzern
Lloyds International Dollar Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Europe Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Growth Fund	Lloyds International Management SA Genève

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1989	30. September	OSE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
	1990	31. Januar	ASE
	1990	31. Januar	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1976	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Lloyds International Income Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International North America Fund	Lloyds International Management SA Genève
Lloyds International Pacific Fund	Lloyds International Management SA Genève
M-AUSSCHÜTTUNGS-FUND Schweizerischer Wertschriften- fonds für multinationale Anlagen	UBZ Fondsleitung AG Zürich
M-FUND Schweiz. Wertschriftenfonds für multinationale Anlagen	Überseebank AG Zürich
MULTIAMERICA Fondo d'investimento in valori nordamericani	Fongest SA Lugano
MULTIBOND DM Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in marchi tedeschi	Fongest SA Lugano
MULTIBOND FRS Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in franchi svizzeri	Fongest SA Lugano
MULTIBOND HIGH YIELD	Fongest SA Lugano
MULTIBOND INTERNATIONAL Fondo d'investimento in obbligazioni internazionali	Fongest SA Lugano

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1973	30. September	OSE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	AE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	31. Dezember	AE
Überseebank AG Zürich	1988	31. Dezember	ASE
	1985	31. Dezember	ASE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1989	31. März	OSE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
MULTIBOND US-$ Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in dollari USA	Fongest SA Lugano
MULTIHELVETIA Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Fongest SA Lugano
MULTINIPPON Fondo d'investimento in valori mobiliari giapponesi	Fongest SA Lugano
OBLIGESTION	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
OP-INVEST	Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG Zürich
PACIFIC-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen im pazifischen Raum	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
PACIFIC-VALOR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in Japan und weiteren Anrainerstaaten des Pazifiks	Société Internationale de Placements SIP Basel
PARFON Fonds de participations foncières suisses, Genève	Sofid SA Genève
PARGEST	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PARJAPON	Banque Paribas (Suisse) SA Genève
PARSUISSE	Banque Paribas (Suisse) SA Genève

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS
	1990	31. Mai	ASE
	1986	31. Dezember	AE
	1986	31. März	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Pasche-Bond	Banque Pasche SA Genève
Pasche-Pacific	Banque Pasche SA Genève
Pasche-Valor	Banque Pasche SA Genève
PAZIFIKWERT Anlagefond für Werte des pazifischen Raumes	Folag Fondsleitung AG Zürich
PHARMAFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
PICTET VALSUISSE	Pictet & Cie Genève
POLY-BOND-INTERNATIONAL	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
Pro Fonds Global Internationaler Thesaurierungsfonds	PMG Fonds Management AG c/o Bank EvK Bern
RBC Dollar Prime Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Equity Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Government Securities Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1990	31. Dezember	OSE
	1990	31. Dezember	AE
	1990	31. Dezember	ASE
HandelsBank NatWest Zürich	1986	31. Januar	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. September	ASE
	1989	30. Juni	AS
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	31. Mai	OSE
Bank EvK, Ersparniskasse von Konolfingen Grosshöchstetten	1990	31. Dezember	ASE
	1988	31. Dezember	OSE
	1989	31. Dezember	ASE
	1987	31. März	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
RBC Swiss Franc Bond Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBC Worldwide Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) Genève
RBZ Eur-Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
RBZ Far East Equity	Rothschild Fund Management AG Zürich
REALITE Fonds de placement immobilier	Sogefonds SA Genève
RENTVALOR Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
RENTVALOR 75 Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
RENTVALOR US-$ Fondo di investimento in obbligazioni espresse in US-$	Gestivalor Gestione Fondi SA Lugano
REVIT Immobilienfonds bernischer Banken *	Revit AG Bern Bern
ROMETAC-INVEST Fonds für internationale Anlagen in Rohstoff- und Energiewerten	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1988	31. Dezember	OSE
	1987	31. März	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	ASE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	AE
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	1959	30. September	IS
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1975	30. September	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1985	30. September	OE
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Rothschild Am-Equity Anlagefonds für amerikanische Wertschriften	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild DM Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in Deutschen Mark	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Dollar Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in US-Dollar	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Swiss Equity Anlagefonds für schweizerische Wertschriften	Rothschild Fund Management AG Zürich
Rothschild Swiss Franc Bonds Anlagefonds für festverzinsliche Anlagen in Schweizer Franken	Rothschild Fund Management AG Zürich
SAFIT South Africa Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SAMURAI PORTFOLIO	Gertrust SA Genève
«SBC 100» Index-Fund Switzerland Anlagefonds basierend auf dem «SBV 100»-Index der Schweizer Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
SCHWEIZERAKTIEN Anlagefonds für Schweizerwerte	Société Internationale de Placements SIP Basel
Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds Swissreal	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SEAPAC FUND	Gérifonds SA Lausanne

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Rothschild Bank AG Zürich	1989	31. März	AE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OE
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OE
Rothschild Bank AG Zürich	1989	31. März	AS
Rothschild Bank AG Zürich	1990	31. März	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Hentsch & Cie, Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1988	31. Oktober	AS
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1973	30. Juni	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SFR-BAER Anlagefonds für Schweizerfranken-Auslandobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SIAT Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Olten
SIAT 63 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Olten
SIMA Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SKANDINAVIEN-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
SOGENAL-ZÜRICH Anlagefonds für internationale Werte	Sogenal Fondsleitung AG Zürich
SOLVALOR 61 Fonds de placement immobilier	Solvalor SA Lausanne
STERLING BOND SELECTION Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
STERLING-INVEST Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
STOCKBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	30. September	AE
Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL Strasbourg, succursale de Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1988	31. März	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISS FOREIGN BOND SELECTION Anlagefonds für Schweizerfranken-Auslandobligationen und Notes	Interfonds, Internationale Investmenttrust-Gesellschaft Basel
SWISS FRANC BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte, lautend auf Schweizerfranken	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
SWISS FRANC-INVEST Anlagefonds für Schweizerfranken-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
Swiss Re Global Fund	Schweizer Rück Fondsleitung AG Zürich
SWISSAC Anlagefonds für Schweizer Dividendenwerte	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Zürich
SWISSBAR Anlagefonds für Schweizer Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG Zürich
SWISSCA INTERPART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
SWISSCA INTERRENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
SWISSCA PART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE
Schweiz. Volksbank Bern	1982	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1988	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSCA RENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
SWISSFONDS 1 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds (geschlossen)	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSFONDS 2 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSFONDS 10 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds *	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Basel
SWISSIMMOBIL Neue Serie Schweizerische Immobiliar-Anlagen	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSIMMOBIL Serie D Immobilien-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSIMMOBIL 1961 Anlagefonds für Schweizerische Immobiliarwerte	Société Internationale de Placements SIP Basel
SWISSINVEST Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Adimosa AG Basel
SWISSVALOR Neue Serie Anlagefonds für schweizerische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UBS PORTFOLIO INVEST D-Mark Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST D-Mark Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Ecu Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Ecu Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Swiss Franc Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST Swiss Franc Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST US-$ Capital Gain	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UBS PORTFOLIO INVEST US-$ Income	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
UNIM Fonds de placements immobiliers *	Progestfonds SA Genève
UNIVERSAL BOND SELECTION Internationaler Anlagefonds für Obligationen und aus Wandelrechten bezogene Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1989	31. Januar	ASE
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UNIVERSAL FUND Fonds de placement en actions des pays industriels européens et d'outre-mer	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
UNIWERT Anlagefonds für Wertschriften	Folag Fondsleitung AG Zürich
USSEC Anlagefonds für amerikanische Werte	Société Internationale de Placements SIP Basel
UTO **in Liq.** Immobilienfonds	Uto Fondsverwaltung AG Zürich
VALCA Wertschriftenfonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne b/Banque Cantonale Vaudoise Lausanne
Vontobel Swiss Equities	Vontobel Fondsleitung AG Zürich
Vontobel US Equities	Vontobel Fondsleitung AG Zürich
WERT-INVEST Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds *	Wert-Invest AG Basel
YEN BOND SELECTION Anlagefonds für Yen-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Basel
YEN-INVEST Anlagefonds für Yen-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Zürich
ZKB-Fonds Aktien	Zürcher Kantonalbank Zürich
ZKB-Fonds Fremdwährungs-obligationen	Zürcher Kantonalbank Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE
HandelsBank NatWest Zürich	1973	31. Januar	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1951	31. August	AE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE
Bank J. Vontobel & Co. AG Zürich	1990	30. September	AS
Bank J. Vontobel & Co. AG Zürich	1990	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE
	1989	30. September	ASE
	1989	30. September	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz (Art. 2 AuslAFV)

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
AIG American Equity Trust	Irlande
Asia Pacific Currencies Bond Citiportfolio	Luxembourg
* Barclays Uni-American Growth Trust	Jersey
* Barclays Unibond Trust	Jersey
* BIL Precious Metal Fund	Grand Cayman
* BIL US-Dollar Cash Fund	Grand Cayman
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 8	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 9	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 10	Luxembourg

* untersteht keiner der schweizerischen ähnlichen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

Vertreterbank ***Banque chargée de la représentation***	***Abschluss*** ***Clôture***
Überseebank AG, Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Barclays Bank SA (Suisse), Genève	30. September
Barclays Bank SA (Suisse), Genève	31. Mai
Schweiz. Depositen- und Kreditbank, Basel	31. Dezember
Schweiz. Depositen- und Kreditbank, Basel	31. Dezember
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober
CBI-TDB Union Bancaire Privée, Genève	30. Oktober

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Capital International Fund SA	Luxembourg
CB German Index Fund	Deutschland
Citicurrencies DM	Luxembourg
Citicurrencies £ Sterling	Luxembourg
Citicurrencies Managed Portfolio	Luxembourg
Citicurrencies US-Dollar	Luxembourg
Citicurrencies Yen	Luxembourg
Citi-Liquid	Oesterreich
Citinvest Ecu Income	Luxembourg
Citinvest Guardian Euro Portfolio	Luxembourg
Citinvest Guardian US-Dollar Portfolio	Luxembourg
Citinvest Managed Growth Euro Portfolio	Luxembourg
Citinvest Managed Growth US-$ Portfolio	Luxembourg
Citinvest Selector Portfolio	Luxembourg
Continental European Equity Citiportfolio	Luxembourg
CS Ecu Bond	Luxembourg
CS Euro Blue Chips	Luxembourg
CS Euro Finance Fund	Luxembourg
CS Euro Pharma	Luxembourg
CS Europa Bond	Luxembourg
CS Fixed Interest DM 1/96	Luxembourg
CS Fixed Interest ECU 1/96	Luxembourg
CS Fixed Interest SFR 1/96	Luxembourg
CS Germany Fund	Luxembourg
CS Gold Mines	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Chase Manhattan Bank (Suisse), Genève	31. Dezember
Commerzbank (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	31. Oktober
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. November
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
CS Gulden Bond	Luxembourg
CS HISPANO IBERIA FUND	Luxembourg
CS Money Market Fund Can-Dollar	Luxembourg
CS Money Market Fund DM	Luxembourg
CS Money Market Fund Ecu	Luxembourg
CS Money Market Fund £ Sterling	Luxembourg
CS Money Market Fund US-Dollar	Luxembourg
CS Money Market Fund YEN	Luxembourg
CS OEKO-PROTEC	Luxembourg
CS Prime Bond	Luxembourg
CS Prime Metal	Luxembourg
CS Short-Term Bond DM	Luxembourg
CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxembourg
* D-MARK-BAER, Julius Baer D-Mark Bond Fund Ltd	Cayman Islands
* DOLLAR BAER, Julius Baer U.S. Dollar Bond Fund Ltd	Cayman Islands
Emerging Asian Markets Equity Citiportfolio	Luxembourg
EquiFund – Australasian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Austrian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Belgian/Luxembourg National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Canadian National Equity Sub-Fund	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. März
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA, Genève, Genève	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
EquiFund – Dutch National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – French National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – German National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Italian National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Japanese National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Nordic National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Pacific Basin National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Spanish National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – Swiss National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – United Kingdom National Equity Sub-Fund	Luxembourg
EquiFund – U.S. National Equity Sub-Fund	Luxembourg
European Currencies Bond Citiportfolio	Luxembourg
Eurorenta	Luxembourg
Eurovesta	Deutschland
Fidelity Global Industries Fund	Luxembourg
* First Liechtenstein Swiss Fonds	Liechtenstein
FL Trust Switzerland	Luxembourg
* Formula Selection Fund	Panama

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Darier & Cie, Genève	31. März
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Privat Kredit Bank, Zürich	31. Juli
HandelsBank NatWest, Zürich	31. Dezember
Ferrier, Lullin & Cie SA, Genève	31. Dezember
Banque Centrale Coopérative SA, Bâle	30. September

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
French Equity Citiportfolio	Luxembourg
German Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Hentsch Portfolios Ltd, classe A US Dollar Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
* Hentsch Portfolios Ltd, classe B Yen Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
Hill Samuel Global Portfolio European Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio European Fixed Interest	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Bond	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Global Managed	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Japanese Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio North American Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Pacific Basin Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio Sterling Fixed Interest	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Equity	Luxembourg
Hill Samuel Global Portfolio U.K. Smaller Companies Equity	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Hill Samuel Global Portfolio U.S. Smaller Companies Equity	Luxembourg
Iberia Fonds	Deutschland
Industrialised Asia Pacific (ex-Japan) Equity Citiportfolio	Luxembourg
Inrenta	Deutschland
* International Income Fund Long Term Unit	Jersey
* International Income Fund Unit A	Jersey
* International Income Fund Unit B	Jersey
Inter-Renta	Deutschland
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxembourg
Interspezial II	Deutschland
Interzins	Deutschland
Investa	Deutschland
* ITF Fund N.V.	Antilles néerlandaises
* Japan Selection Fund	Panama
Japanese Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Kleinwort Benson International Fund N.V.	Antilles néerlandaises
Lake Intertrust Bond	Luxembourg
* Liquibär, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Liquidity Deutsche Mark Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Sterling Fund	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Bank von Ernst, Bern	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genève	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Banque Internationale à Luxembourg (Suisse) SA, Lausanne	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Banque Kleinwort Benson SA, Genève	31. Dezember
Crédit Lyonnais (Suisse) SA, Genève	30. Juni
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA Genève, Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Lloyds International Liquidity Swiss Franc Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity US-Dollar Fund	Luxembourg
Lloyds International Liquidity Yen Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Canadian Dollar Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Convertible Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Deutsche Mark Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Dutch Guilder Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – ECU Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – French Franc Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Gold Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Sterling Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – UK Equities Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – US Dollar Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Portfolio – Warrant Fund	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Lloyds International Portfolio – Yen Bond Fund	Luxembourg
Lloyds International Smaller Companies Fund	Luxembourg
* Mercury Bond Fund Ltd	Bermudas
MK Alfakapital	Deutschland
MK Analytik	Deutschland
MK Interrent	Deutschland
MK Investors Fonds	Deutschland
Multinvest International SA	Luxembourg
Nippon Dynamik Fonds	Deutschland
Nomura Fund – Asian Pacific Portfolio	Luxembourg
North American Dollar Bond Citiportfolio	Luxembourg
North American Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Obliflex Limited Convertibles	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark	Jersey
* Obliflex Limited, Devises européennes à rendement élevé, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited, Devises européennes à rendement élevé, à réinvestissement	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., court terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., long terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., moyen terme	Jersey

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Lloyds Bank Plc, Londres succ. de Genève	31. Dezember
Bank S.G. Warburg Soditic AG, Zürich	30. September
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
BSI Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Nomura Bank (Switzerland) Ltd, Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* Obliflex Limited Florin néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge	Jersey
* Obliflex Limited Franc français	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse	Jersey
* Obliflex Limited Livre sterling	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en dollars US, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises en francs suisses, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises suisses	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en Deutsche Mark, à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en dollars canadiens	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en florins néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Obligations en francs suisses à distribution	Jersey
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais	Jersey

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève Bank Leu AG, Zürich	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Parvest Asia-Pacific	Luxembourg
Parvest Europe	Luxembourg
Parvest Holland	Luxembourg
Parvest Japan	Luxembourg
Parvest Obli-DM	Luxembourg
Parvest Obli-Dollar	Luxembourg
Parvest Obli-Franc	Luxembourg
Parvest Obli-Gulden	Luxembourg
Parvest Obli-Sterling	Luxembourg
Parvest Obli-Yen	Luxembourg
Parvest Short Term Dollar	Luxembourg
Parvest USA	Luxembourg
Pioneer Fund	USA
Pioneer Fund II	USA
Rentak Fonds	Deutschland
Rentex Fonds	Deutschland
SBC DM Short Term Bond Fund	Luxembourg
SBC Ecu Money Market Fund	Luxembourg
SBC Euro-Stock Portfolio	Luxembourg
SBC Sterling Money Market Fund	Luxembourg
SBC Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg
SBC Yen Money Market Fund	Luxembourg
SCI/TECH SA	Luxembourg
Scontinvest Fund	Luxembourg
SoGen International Fund Inc.	USA

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	31. Dezember
Banque Générale du Luxembourg (Suisse) SA, Zürich	31. Dezember
Banque Générale du Luxembourg (Suisse) SA, Zürich	30. September
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	31. Dezember
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Discount Bank & Trust Company, Genève	31. Dezember
Société Générale Alsacienne de Banque Sogenal, Strasbourg, Zweigniederlassung Zürich	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
SUMO FUND	Luxembourg
SVB Bond Fund – DM	Luxembourg
SVB Bond Fund – ECU	Luxembourg
SVB Bond Fund – FF	Luxembourg
SVB Bond Fund – £ Sterling	Luxembourg
SVB Bond Fund – US Dollar	Luxembourg
Swiss Bank Corporation US-Dollar Money Market Fund	Luxembourg
Swiss Equity Citiportfolio	Luxembourg
* Techno-Growth Fund	Panama
The Interallianz Fund – Convertible Growth Sub-Fund	Luxembourg
The Interallianz Fund – German Equity Sub-Fund	Luxembourg
Turquoise Fund	Luxembourg
UBS Bond Invest Ecu	Luxembourg
UBS Equity Invest-Europe	Luxembourg
UBS Money Market Invest Ecu	Luxembourg
UBS Money Market Invest-Lit	Luxembourg
UBS Money Market Invest £ Sterling	Luxembourg
UBS Money Market Invest US Dollar	Luxembourg
UBS Money Market Invest Yen	Luxembourg
UBS Short Term Invest DM	Luxembourg
UBZ Euro-Income Fund	Luxembourg
U.K. Equity Citiportfolio	Luxembourg
Unico Investment-Fund	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerische Volksbank, Zürich	30. Juni
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Banque Centrale Coopérative SA, Bâle	31. August
Interallianz Bank AG, Zürich	30. Juni
Interallianz Bank AG, Zürich	30. Juni
Mirabaud & Cie, Genève	31. März
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	28. Februar
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich	31. Oktober
Überseebank AG, Zürich	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
DG Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Unifonds	Deutschland
Uniglobal	Deutschland
Unikapital	Deutschland
Unirak	Deutschland
Unirenta	Deutschland
Unispecial I	Deutschland
Unizins	Deutschland
UOB Euro 92 Fund	Luxembourg
UOB Super Ecu Fund	Luxembourg
* US Treasury Securities Fund Ltd fixed income shares	Guernsey
* US Treasury Securities Fund Ltd Short term shares	Guernsey
World Fund SA	Luxembourg

Vertreterbank *Banque chargée de la représentation*	*Abschluss* *Clôture*
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiler & Cie, Basel	31. März
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. März
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	30. April

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes (institutions de revision et fonds de placement) 69

Version française 145

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds) 69

Französische Fassung 145

Table des matières Page

Abréviations 151

Commission des banques et Secrétariat 152

I. Introduction 153

II. Points essentiels 155

III. Surveillance des banques 156

1. Revision de l'Ordonnance sur les banques 156
   1.1 Champ d'application de la Loi sur les banques 156
   1.2 Créances comptables à court terme 156
2. Circulaires 157
   2.1 Constitution et dissolution de réserves latentes 157
   2.2 Liquidité de caisse 159
   2.3 Risques-pays 160
   2.4 Options et «Financial Futures» 161
3. Pratique de l'autorité de surveillance 162
   3.1 Garantie d'une activité irréprochable 162
      3.1.1 Commerce professionnel des billets de banque 162
      3.1.2 Blanchiment d'argent; législation pénale 164
      3.1.3 Convention de diligence 1987; interdiction des formulaires B 165
      3.1.4 Groupe d'Action Financière sur le blanchiment de capitaux 167
   3.2 Banques en mains étrangères 168
      3.2.1 Réciprocité 168
      3.2.2 Japon 168
      3.2.3 Liste des Etats garantissant la réciprocité 169
      3.2.4 Traitement des données à l'étranger 169
      3.2.5 Représentations de banques étrangères 171
      3.2.6 Direction des banques étrangères 171

3.3 Clarté et sincérité du bilan 173
3.3.1 Evaluation des actifs 173
3.3.2 Leasing immobilier et emprunts de refinancement 175
3.3.3 Revision des succursales des banques étrangères 176
3.4 Surveillance des groupes/CS Holding 176
3.5 Exigences de la Loi sur les banques en matière d'organisation 177
3.6 Retrait d'autorisation 179
3.7 Bourses 179
3.8 Mesures de prévoyance 181
3.9 Activité bancaire non autorisée 181

4. Relations avec d'autres Autorités et des Associations 182
4.1 Autorités fédérales 182
4.2 Banque Nationale Suisse 184
4.3 Associations 185
4.4 Conférence des institutions de revision 185

5. Affaires internationales 186
5.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire 186
5.2 Communauté européenne 187
5.3 Rencontre tripartite 189
5.4 International Organization of Securities Commissions 189

6. Affaires traitées (statistiques) 190
6.1 Séances 190
6.2 Décisions 190
6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques 191

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi 191
7.1 Etat à fin 1990 191
7.2 Autorisations délivrées 192
7.3 Cessation d'activité 193

IV. Surveillance des fonds de placement 195

1. Revision de la Loi fédérale sur les fonds de placement 195
2. Pratique de l'autorité de surveillance 196
   - 2.1 Europrogramme 196
   - 2.2 Bancor SA, Genève 196
   - 2.3 Remboursement des certificats 197
   - 2.4 Fonds immobilier Uto 198
   - 2.5 Position du porteur de parts comme partie dans une procédure 199
   - 2.6 Fonds au Luxembourg n'ayant pas leur propre infrastructure 200
3. Affaires traitées 201
4. Développement des fonds de placement en 1990 202

V. Surveillance des lettres de gage 204

1. Revision des centrales de lettres de gage 204
2. Revision des statuts de la Centrale des lettres de gage des Banques cantonales suisses 204
3. Compatibilité avec l'Europe et avenir des lettres de gage 204

VI. Commission des banques et Secrétariat 206

1. Commission des banques 206
2. Secrétariat 206
3. Comptes annuels 206
4. Organigramme 207
5. Revision de l'Ordonnance instituant des émoluments pour la surveillance des banques et des fonds de placement 207

Listes 69

Institutions de revision reconnues
- pour banques et fonds de placement
- pour fonds de placement uniquement

Fonds de placement suisses
Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse

Abréviations

CDB	Convention du 1er juillet 1987 relative à l'obligation de diligence des banques
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 25 juin 1930 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance d'exécution du 17 mai 1972 de la Loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFP	Ordonnance du 20 janvier 1967 sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFP étr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission de lettres de gage (RS 211.423.41)
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président
Hermann Bodenmann, docteur en droit, Brigue

Vice-président
Amilcare Berra, docteur en sciences économiques, Montagnola (dès le 1er juin 1990)

Membres
Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich
Jean-Pierre Ghelfi, Neuchâtel (dès le 1er juin 1990)
Peter Nobel, docteur en sciences politiques, professeur à l'Université, Zurich
Hans Schmid, docteur en sciences économiques, professeur à l'Université, St-Gall
Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur
Kurt Hauri, docteur en droit

Service juridique
Daniel Zuberbühler, avocat, directeur-suppléant

Service des autorisations et des fonds de placement
Romain Marti, sous-directeur

Service de revision
Kurt Lindegger, sous-directeur

Adresse

Marktgasse 37, Case postale, 3001 Berne
Tél. 031 61 69 11, Télex 912 449, Téléfax 031 61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières: les banques (art. 23 al. 1 LB), les fonds de placement (art. 40 LFP en liaison avec l'art. 23 al. 1 LB) et les lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1990, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance ainsi que celle des institutions de revision agréées par la Commission des banques pour la revision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du système bancaire suisse. A ce sujet, on se référera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1990» qui paraîtra en automne 1991. A côté de commentaires des données statistiques, elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

En plus de ce rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (en 1990, fascicules 19 et 20).

Les changements structurels du système bancaire suisse ont été plus importants en 1990 que dans les années précédentes. Il faut accorder tous ses soins et toute son attention à la première fonction des banques, qui est celle d'intermédiaire dans le domaine des crédits. Le processus de concentration s'est accéléré, en partie à la suite d'initiatives émanant de certaines banques voulant protéger leur avenir, en partie à cause de développements défavorables. D'une façon générale, la situation en ce qui concerne les bénéfices s'est dégradée, les marges d'intérêt se sont réduites, le refinancement s'est heurté à des difficultés, les affaires en commissions se sont contractées et le montant des amortissements nécessaires a augmenté. Les adaptations aux nouvelles conditions qui sont en cours auront pour effet de diminuer le nombre des banques indépendantes. La surveillance bancaire doit veiller à ce que ce processus se déroule sans

pertes pour les créanciers et en conséquence sans affaiblissement des économies régionales. Au terme de ce phénomène, la place financière suisse se présentera plus solide.

II. Points essentiels

Durant l'année sous revue, quelques lignes directrices importantes ont été tracées. La Commission des banques a notamment fixé au 31 décembre 1990 l'entrée en vigueur de la circulaire «Constitution et dissolution de réserves latentes», laquelle apportera une plus grande transparence aux créanciers ainsi qu'aux actionnaires des banques. La circulaire rapprochera notre présentation des comptes, dans un secteur particulier tout au moins, des normes internationales.

D'autre part, le Tribunal fédéral a soutenu la position de la Commission des banques qui prévoyait que le Crédit Suisse pouvait être tenu, sur base consolidée, en cas de nécessité, à mettre à disposition des fonds propres supplémentaires en faveur d'autres sociétés du groupe en vertu de l'obligation d'assistance qui lui incombe de fait, bien que ce ne soit pas lui-même, mais le CS Holding qui est la société mère du groupe. D'importantes impulsions sortiront de ce principe de base en ce qui concerne la ligne de conduite de la Commission des banques en matière de surveillance des engagements de groupe.

En outre, la Commission des banques a regroupé pour la première fois sa politique en matière de risques-pays sous forme de circulaire. Le taux forfaitaire pour correction de valeur des créances englobant des risques-pays a été notamment augmenté en 1990 de 50% à 65%, à l'exception des financements commerciaux à court terme.

Les lignes directrices importantes du Conseil des Communautés européennes étant désormais établies, il apparaît que sur la base des comparaisons juridiques effectuées, la législation suisse, abstraction faite de quelques exceptions, supporte tout à fait la comparaison en la matière. En ce qui concerne les fonds de placement, la Commission des banques a remis au Chef du Département fédéral des finances ses propositions pour une revision totale de la Loi sur les fonds de placement.

III. Surveillance des banques

1. Revision de l'Ordonnance sur les banques

1.1 Champ d'application de la Loi sur les banques

En modifiant le 23 août 1989 l'Ordonnance sur les banques, le Conseil fédéral a décidé de soumettre à l'avenir à la Loi sur les banques les maisons d'émission ainsi que les intermédiaires financiers qui sont fortement engagés dans les activités interbancaires (cf. Rapport de gestion 1989 p. 159). La nouvelle réglementation est entrée en vigueur le 1er janvier 1990. Dans une publication parue le 18 décembre 1989 dans la Feuille officielle suisse du commerce, la Commission des banques a demandé à toutes les sociétés concernées de s'annoncer jusqu'à fin juin 1990. Le total des annonces reçues se monte à 84. Comme on pouvait s'y attendre, la plupart de ces sociétés sont des maisons d'émission. Cependant, environ 30 sociétés ne devraient pas être soumises à la loi, soit qu'elles ne veulent plus exercer à l'avenir une activité qui amènerait leur assujettissement, soit que pour d'autres raisons elles ne sont pas touchées par la modification de l'ordonnance. Dans une requête en constatation, une maison d'émission a contesté que la modification de l'ordonnance soit conforme à la loi. La Commission des banques a rejeté cette requête. Sa décision fait l'objet d'un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral. Sur un point, la Commission des banques a réexaminé la position exposée dans son dernier rapport de gestion (p. 160). Elle est arrivée à la conclusion que les sociétés qui sont actives uniquement dans le domaine des options ne sont pas, du moins pour le moment, soumises à la Loi sur les banques comme maisons d'émission. Ces sociétés ne s'intéressent pas à l'émission des titres traditionnels du marché des capitaux mais à l'émission et au traitement d'instruments financiers tels que les options (par ex. «options couvertes» ou «covered warrants»). Cependant, il est nécessaire de prévoir aussi la réglementation de ce genre de sociétés. Ce but pourra être atteint dans le cadre de la législation sur les bourses qui est en préparation.

1.2 Créances comptables à court terme

Les créances comptables à court terme sont des parts d'un emprunt important, de courte durée, contractées auprès d'un grand

nombre d'investisseurs à des conditions uniformes, à la suite d'un appel au public. Ces parts ne sont pas incorporées dans des papiers-valeurs mais sont inscrites dans un registre. Depuis 1979, la Banque Nationale Suisse émet régulièrement des créances comptables à court terme pour le compte de la Confédération. Vu l'évolution des taux d'intérêt, cet instrument est aussi devenu intéressant en 1990 pour les communes et les emprunteurs privés. Depuis longtemps, des créances comptables à court terme de sociétés étrangères sont aussi offertes sur le marché. La Commission des banques avait à examiner si et à quelles conditions des sociétés financières suisses pouvaient émettre des créances comptables à court terme sans qu'une telle émission entraîne leur assujettissement à la Loi sur les banques. D'après l'art. 1 de la Loi sur les banques, les «autres sociétés financières» (par exemple les sociétés holding) ne sont pas soumises à la loi même si elles se financent auprès du public au moyen d'emprunts par obligations. Les créances comptables à court terme se distinguent des emprunts par obligations par leur échéance plus courte et par le fait qu'elles ne sont pas incorporées dans un papier-valeur. Dans sa circulaire du 6 août 1990, la Commission des banques, malgré ces différences, assimile du point de vue de la surveillance bancaire les créances comptables à court terme aux emprunts par obligations pour autant que les créanciers reçoivent une information correspondant aux exigences des art. 651 et 1156 CO. Une référence à un prospectus actuel qui a été établi dans un autre contexte est aussi suffisante. Il en résulte que les «autres sociétés financières» ainsi que les sociétés industrielles, commerciales et de services peuvent émettre des créances comptables à court terme sans être soumises à la Loi sur les banques.

2. Circulaires

2.1 Constitution et dissolution de réserves latentes

Le 25 septembre 1990, la Commission des banques a émis et mis en vigueur avec effet au 31 décembre 1990 la circulaire déjà évoquée précédemment relative à la constitution et à la dissolution de réserves latentes (cf. Rapports de gestion 1988 p. 172 s., 1989

p. 167). Elle s'applique donc pour la première fois aux comptes annuels 1990.

Les objectifs de la circulaire visent à atteindre un rapprochement entre la signification des comptes annuels des banques et la disposition légale permettant une prise de connaissance aussi exacte que possible de la situation économique de la banque conformément à l'art. 959 CO et à obtenir par là une meilleure transparence. Des éléments véridiques et transparents servant à l'appréciation par le public de la marche des affaires des banques sont par conséquent aussi une composante de la protection des créanciers et agissent en dernier lieu positivement sur la confiance. Enfin, les développements sur le plan international sont également pris en considération.

La pratique actuelle de la Commission des banques en ce qui concerne le traitement de la constitution et de la dissolution de réserves latentes a été réexaminée de manière approfondie et mise en place sur une nouvelle base. Les principales nouveautés concernent les points suivants:

- Le principe de la valeur brute/interdiction de compensation doit être observé strictement. Les inscriptions de sommes au débit des rubriques individuelles de produits (prélèvements avant clôture/réductions de produits) ne seront – comme cela est généralement habituel – plus admises, sous réserve des exceptions expressément prévues par les instructions régissant l'établissement des comptes annuels de l'ordonnance d'exécution. Une constitution de réserves latentes par le truchement de prélèvements avant clôture/réductions de produits ne sera désormais plus autorisée.
- Une dissolution significative de réserves latentes devra être publiée et commentée. Des critères aussi bien qualitatifs que quantitatifs, nécessaires à la délimitation de la notion de matérialité, ont été définis.
- En outre, la possibilité a été offerte de considérer des parts de titres en portefeuille et de stocks de métaux précieux comme immobilisations.

Conjointement avec les questions d'évaluation liées à ce sujet, la Commission des banques a en outre adapté la pratique existante concernant l'évaluation et la comptabilisation des placements finan-

ciers à revenus fixes avec disagio ainsi que des zérobonds. Pour l'essentiel, les intérêts courus sur ces placements financiers pourront désormais aussi être pris en considération.

La nouvelle circulaire couvre un domaine éminemment sensible, ce qui a suscité de nombreuses et vives réactions. L'une, parmi d'autres des requêtes de réexamen, déposée par l'Association suisse des banquiers n'a pas pu, pour des motifs essentiels, être satisfaite par la Commission des banques.

Il peut être finalement confirmé sans équivoque possible, que la Commission des banques considère favorablement, comme cela a été le cas jusqu'à aujourd'hui, la constitution de réserves latentes dans les banques. Cette possibilité est maintenue à l'avenir par la nouvelle circulaire qui, dans le cadre des objectifs cités précédemment, entend lutter contre les différents abus qui ont été constatés lors de la constitution et de la dissolution de réserves latentes.

2.2 Liquidité de caisse

La protection des créanciers et la conduite par la Banque Nationale Suisse de la masse monétaire exige qu'il y ait suffisamment de monnaie dans le système bancaire afin que la liquidité de caisse puisse fonctionner comme «amortisseur» efficace en cas de sorties imprévues de fonds hors du système bancaire (cf. Rapport de gestion 1987 p. 141).

Il existe des divergences entre les avoirs en compte de virement ressortant des états de liquidité annoncés par les banques et ceux qu'elles détiennent effectivement auprès de la Banque Nationale Suisse. Ces différences peuvent s'expliquer par le fait que dans la pratique les règles de comptabilisation des prélèvements et des versements ne sont pas appliquées d'une façon uniforme. En outre, diverses banques n'ont pas toujours respecté la liquidité minimum à calculer sur une moyenne de 30 jours.

La Commission des banques et la Banque Nationale Suisse ont été amenées à remplacer la circulaire commune du 23 décembre 1987 afin de clarifier le devoir d'annonce et le mode de calcul de la

liquidité de caisse et de rappeler aux banques que les exigences minimales doivent être respectées en permanence.

A l'avenir, les soldes journaliers figurant sur l'extrait de compte de virement de la Banque Nationale Suisse seront déterminants pour le calcul de la moyenne mensuelle des disponibilités existant à chaque clôture journalière sous forme d'avoir en compte de virement.

2.3 Risques-pays

En principe, la Commission des banques n'évalue pas elle-même les créances des banques. Une exception à cette règle existe depuis 1983 pour les risques-pays car ces derniers concernent de la même manière tous les engagements de nature identique des différentes banques, si bien qu'un traitement uniforme s'impose. En 1990, la Commission des banques a condensé, dans une circulaire, sa pratique en matière de risques-pays (Rapport de gestion 1989 p. 182 s.). Cependant, cette pratique n'est pas fixée une fois pour toutes et à l'avenir la circulaire pourra, s'il le faut, être adaptée rapidement à de nouvelles exigences.

La circulaire du 18 décembre 1990 poursuit la politique appliquée jusqu'ici par la Commission des banques. Les prescriptions minimales qu'elle contient doivent permettre un traitement aussi simple que possible des risques-pays et elles exigent une évaluation prudente en comparaison des normes internationales. Il a été renoncé à toute différenciation qui n'était pas absolument indispensable. C'est ainsi que la Commission des banques n'a pas retenu l'idée de créer plusieurs catégories de pays avec des taux de provisions différents pour tenir compte du fait que, de pays à pays, les risques peuvent présenter des degrés divers de gravité.

En premier lieu, la circulaire définit d'une façon générale le risque-pays. Elle demande le recensement de toutes les créances présentant un risque-pays d'après le principe du domicile du risque. Il s'ensuit que les engagements d'un débiteur dans un pays confronté à des difficultés ne constituent pas un risque-pays s'il existe des sûretés pour garantir ces engagements et que ces sûretés ne sont pas elles-mêmes domiciliées dans un pays à risque.

En deuxième lieu, la circulaire relève la responsabilité primaire des banques ayant une activité au-delà des frontières. Elles doivent, selon une pratique bancaire sérieuse, recenser, évaluer et délimiter les risques-pays. Elles sont tenues de définir les devoirs et les compétences internes et de mettre en place les dispositions réglementaires et d'organisation nécessaires, compte tenu de leur structure, de leur taille et de leur genre d'activité.

Troisièmement, le taux de provisions forfaitaires pour tous les engagements dans un pays à risque, qui se montait à 50% depuis le 31 décembre 1989, est augmenté à 65%. Les banques devront remplir cette exigence jusqu'à fin 1991 au plus tard. En comparaison avec l'étranger, ce régime est sévère, spécialement si on considère le grand nombre de pays qui entrent en ligne de compte. La Commission des banques en est consciente. Mais des exigences élevées dans ce domaine sont un élément important du standing des banques suisses ayant une activité internationale, ce qui se reflète aussi dans des taux de refinancement avantageux.

En quatrième lieu, la circulaire apporte aussi certains allégements. Les engagements commerciaux à court terme (p. ex. découlant d'accréditifs) étaient soumis jusqu'ici à une provision forfaitaire de 10%. A l'avenir, elle sera supprimée. Cet allégement est aussi valable pour les créances des banques multilatérales de développement, pour les engagements résultant de co-financements de crédits négociés par certaines de ces banques ainsi que pour les engagements résultant du financement de projets qui sont garantis au moyen du produit des exportations en dehors d'un pays à risque. Tous ces engagements ne sont plus soumis à des provisions forfaitaires mais ils doivent être évalués individuellement.

Enfin, la circulaire règle la comptabilisation des provisions ainsi que les devoirs des organes de revision en ce qui concerne le contrôle et le rapport.

2.4 Options et «Financial Futures»

Le 9 novembre 1990, la SOFFEX Suisse Options and Financial Futures Exchange SA a introduit le commerce des «Financial Futu-

res» (contrats standardisés à terme sur des instruments financiers). Elle offre pour le moment un contrat de «Futures» sur le Swiss Market Index (SMI). A cette occasion, la Commission des banques a revu et complété sa circulaire du 2 novembre 1988 sur les «Options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions» (cf. Rapport de gestion 1988 p. 150 ss). A côté des opérations d'options sur actions, autres titres de participation et indices d'actions qui étaient réglées jusqu'ici, le projet de nouvelle circulaire «Options et Financial Futures» soumis à la procédure de consultation couvre aussi maintenant les «Financial Futures» et les options sur taux d'intérêt, devises, «Financial Futures» et métaux précieux.

La circulaire se limite comme jusqu'ici à réglementer les aspects de surveillance bancaire (organisation, exigences de fonds propres, répartition des risques et comptabilité) des opérations avec ces instruments financiers dérivés. Elle s'applique en premier lieu aux transactions en bourse d'options et de «Financial Futures». Mais elle règle aussi les transactions hors-bourse qui sur certains points (p. ex. organisation, calcul des engagements à annoncer selon l'art. 21 OB, comptabilité) sont soumises à un régime plus sévère. Le commerce des certificats d'options (warrants) est assimilé aux transactions hors-bourse.

La nouvelle circulaire entrera probablement en vigueur au début de l'année prochaine.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1 Garantie d'une activité irréprochable

3.1.1 Commerce professionnel des billets de banque

Comme elle l'avait annoncé à sa conférence de presse du 11 avril 1989 en relation avec l'affaire de blanchiment d'argent appelée Libanon-Connection, la Commission des banques a émis en 1990 des directives concernant la réglementation du commerce professionnel

des billets de banque par les banques. A l'avenir, la Commission des banques n'approuvera que les règlements et les directives des banques qui satisfont aux exigences et au contenu minimum de ces nouvelles directives.

Outre la détermination du champ d'application et la définition de la notion d'un commerce professionnel des billets de banque, les directives de la Commission fédérale des banques prévoient en particulier des exigences quant à l'organisation et aux principes réglementant l'exécution de ce commerce:

- La direction est responsable du commerce professionnel des billets de banque. Elle répond de l'adoption et du contrôle des règlements et des directives propres et doit pourvoir à l'établissement d'une organisation adéquate ainsi qu'à une instruction appropriée des collaborateurs;
- Des limites doivent être fixées pour le commerce des billets de banque avec des commerçants professionnels. Des limites dépassant frs 50 mio. par année doivent être autorisées expressément par la direction;
- La banque doit examiner si le partenaire est digne de confiance avant l'établissement de l'activité commerciale et l'approbation des limites du chiffre d'affaire. Elle doit en particulier se renseigner sur l'activité commerciale et le chiffre d'affaire annuel prévu et demander des informations commerciales et des références;
- Les banques doivent examiner avec la diligence requise par les circonstances si la façon de traiter les affaires et l'arrière-plan économique du partenaire commercial donnent lieu à des soupçons quant à une provenance ou à une destination délictueuse des billets offerts;
- S'il existe des soupçons suffisants que les transactions commerciales de billets effectuées avec la banque sont en relation avec des délits ou des contraventions selon le droit suisse, la banque doit rompre les relations commerciales. Cette obligation est sans objet si des mesures ont été notifiées par des autorités ou si elles sont en suspens;

En Suisse, le commerce professionnel des billets de banque n'est plus exercé que par les trois grandes banques. Celles-ci ont adapté

leurs règlements et directives à la nouvelle pratique de la Commission des banques.

3.1.2 **Blanchiment d'argent: législation pénale**

Le 1er août 1990, la modification du Code pénal réprimant le blanchiment intentionnel d'argent (blanchissage; art. 305bis) et le défaut de vigilance en matière d'opérations financières (art. 305ter) est entrée en vigueur (cf. Rapport de gestion 1989 p. 171 ss.). L'interprétation et l'application des nouvelles normes pénales posent aux banques et à la surveillance bancaire diverses questions qui doivent être rapidement éclaircies, dans l'intérêt de la sécurité du droit. Pour cela, ce sont avant tout les autorités de poursuite pénale qui sont compétentes. Cependant leur pratique, spécialement en ce qui concerne les causes qui iront jusqu'au Tribunal fédéral, ne pourra se former qu'avec un certain retard et de plus elle se référera à des décisions individuelles ne permettant pas de dégager des règles générales. En particulier, l'art. 305ter repose même sur l'attente du législateur que les règles déontologiques établies par les groupes professionnels et la pratique de l'autorité de surveillance seront des auxiliaires utiles pour interpréter les nouvelles normes, même si en définitive elles ne peuvent pas lier le juge pénal. Il paraît donc indiqué qu'aussi bien l'organisation professionnelle des banques que l'autorité de surveillance établissent des directives sur le comportement des banques face aux nouvelles normes pénales et qu'elles modifient ou complètent si nécessaire les règles existant dans le secteur bancaire.

Après avoir émis des directives spéciales pour réglementer le commerce professionnel des billets de banque par les banques (cf. ch. 3.1.1 p. 162), la Commission des banques va établir des directives s'adressant à toutes les banques en vue d'empêcher et de combattre le blanchiment d'argent. A côté de l'éclaircissement des questions que posent les nouvelles normes pénales sur le blanchiment d'argent, ces directives doivent avant tout contribuer à mettre en pratique les recommandations du Groupe d'Action Financière sur le blanchiment de capitaux (cf. ch. 3.1.4 p. 167). Dans une première phase, un projet a été préparé en collaboration avec des experts du droit pénal afin de connaître leurs expériences et leurs besoins. Ce projet

a été ensuite discuté avec des représentants des banques sous l'angle de son application pratique.

3.1.3 **Convention de diligence 1987; interdiction des formulaires B**

Déjà avant l'entrée en vigueur des nouvelles normes pénales réprimant le blanchiment d'argent, la Commission des banques avait émis de sérieux doutes qu'après l'introduction de l'art. 305ter CPS, les formulaires B, établis selon la convention relative à l'obligation de diligence des banques passée le 1er juillet 1987 entre l'Association suisse des banquiers et les banques (CDB), soient encore admissibles (Rapport de gestion 1989 p. 174 s.). De plus, la Commission des banques constatait sur la base d'une enquête statistique que même en faisant abstraction de la nouvelle norme pénale un examen critique des règles déontologiques de la CDB s'imposait car le but qui avait été recherché par la modification de la CDB en 1987, soit une diminution substantielle des relations d'affaires anonymes dues aux formulaires B, n'avait pas été atteint (cf. Rapport de gestion 1989 p. 175 et 176 ss.).

Selon l'art. 305ter CPS (défaut de vigilance en matière d'opérations financières), est puni celui qui agissant professionnellement dans le secteur financier aura accepté, conservé, aidé à placer ou à transférer des valeurs patrimoniales et «aura omis de vérifier, conformément à la vigilance requise par les circonstances, l'identité de l'ayant droit économique». Contrairement à la CDB (art. 5 et formulaires B1 et B2), le texte clair de l'art. 305ter ne fait donc aucune exception au devoir d'identifier l'ayant droit économique lorsque celui-ci est représenté par certains groupes professionnels, comme des avocats, notaires et fiduciaires. La seule restriction ressort de la réserve de la «vigilance requise par les circonstances».

Le but du devoir d'identifier l'ayant droit économique, qui est ancré dans la norme pénale, est d'empêcher que la place financière suisse soit utilisée abusivement pour le camouflage de valeurs patrimoniales d'origine criminelle et de faciliter aux autorités de poursuite pénale l'identification de l'origine, la découverte ou la confiscation de tels biens. Il n'est pas conciliable avec ce but de renoncer à l'identification de l'ayant droit économique pour une partie non négligeable

des valeurs patrimoniales se trouvant dans le système bancaire. L'existence de nombreux formulaires B empêche aussi la recherche, par les autorités de poursuite pénale, de comptes et dépôts bancaires d'ayants droit économiques soupçonnés de blanchiment d'argent.

Le renoncement des banques, prévu par la CDB, à l'identification de l'ayant droit économique représenté par des avocats et des notaires (formulaire B1) et par des fiduciaires (formulaire B2) est ainsi contraire au texte et au but de l'art. 305ter CPS. Un comportement des banques contraire aux normes pénales n'est pas compatible avec la garantie d'une gestion irréprochable exigée par la Loi sur les banques. La Commission des banques a donc décidé d'émettre ses propres directives, sous forme d'une circulaire, pour interdire aux banques d'utiliser les formulaires B. L'enquête approfondie qui avait été envisagée auprès de certaines banques pour rechercher d'éventuelles irrégularités dans l'utilisation des formulaires B devient ainsi inutile.

En fin d'année, le projet de circulaire de la Commission des banques a été soumis pour consultation à l'Association suisse des banquiers, à l'Association suisse des avocats et à la Chambre Fiduciaire. Ce projet interdit aux banques d'accepter de nouveaux formulaires B et leur demande de déterminer aussi l'identité des ayants droit économiques représentés par des avocats, des notaires, des fiduciaires et des gérants de fortune. Enfin, le projet définit quatre exceptions concernant les comptes tenus au nom d'avocats et de notaires pour compte de leurs clients, pour lesquels les banques peuvent renoncer à identifier l'ayant droit économique, eu égard au secret dont bénéficie le client selon l'art. 321 CPS (secret professionnel des avocats et des notaires) ou en application du principe de la proportionnalité: paiements d'avances pour frais de justice, de caution, etc. ainsi que des paiements de et aux parties adverses; partages successoraux ou exécution de testaments en cours; partages de biens en cours dans le cadre de divorces ou de séparations; comptes bloqués ou de dépôts concernant des avances et des valeurs patrimoniales litigieuses dans le cadre d'autres procès de nature civile ou de procédures d'arbitrage. Un régime transitoire est accordé aux banques dans ce sens qu'elles ont un délai jusqu'à fin septembre 1992 pour déterminer, au moyen du formulaire A ou au moyen d'une autre déclaration écrite du partenaire, l'identité de l'ayant droit économique dans les cas où la

banque a accepté des formulaires B sur la base de la CDB 1987. Au cas où l'identité de l'ayant droit économique ne lui aura pas été communiquée à l'expiration de ce délai, la banque aura l'obligation de rompre les relations commerciales. La procédure de consultation concernant le projet de la Commission des banques est ouverte jusqu'à mi-mars 1991.

3.1.4 **Groupe d'Action Financière sur le blanchiment de capitaux**

La commission d'experts appelée Groupe d'Action Financière (GAFI) – en anglais Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) – mise en place par les Chefs d'Etat des pays du Groupe des sept à l'occasion de la rencontre au sommet de juillet 1989 à Paris et dont font partie 15 pays dont la Suisse ainsi que la Communauté Européenne, a publié en avril 1990 son rapport après son adoption par les ministres des finances. Ce rapport (cf. Bulletin CFB 20 p. 35 ss.) contient 40 recommandations pour des mesures concrètes susceptibles d'améliorer les législations nationales dans le domaine du droit pénal, de renforcer le rôle du système financier dans la prévention et la découverte du blanchiment d'argent ainsi que d'améliorer la collaboration internationale entre les autorités de surveillance et l'entraide judiciaire en matière pénale. La Suisse remplit déjà la plus grande partie des recommandations du Groupe d'Action Financière. Plusieurs de ces recommandations s'inspirent largement de la législation suisse et de la pratique bancaire et de surveillance de notre pays.

L'application dans notre pays des recommandations concernant le secteur bancaire, pour autant qu'elle ne nécessite pas d'interventions au niveau législatif, est de la compétence de la Commission des banques. Pour atteindre ce but, celle-ci émettra sous forme de circulaire des directives générales adressées aux banques en vue d'empêcher et de combattre le blanchiment d'argent (cf. ch. 3.1.2 p. 164). Le Groupe d'Action Financière recommande spécialement aux autorités compétentes d'édicter des directives à l'adresse des instituts financiers sur la façon de reconnaître les comportements douteux de leurs clients. Il s'agit finalement de la concrétisation du principe général de la diligence particulière, respectivement du devoir d'éclaircir l'arrière-plan économique lors d'affaires complexes, inhabituelles ou importantes ou de transactions qui prennent des formes

inhabituelles ou encore lorsque des indices permettent de supposer qu'il s'agit d'affaires illégales ou contraires aux moeurs. Ce principe a été développé dans la pratique de la Commission à partir des opérations de crédits et de garanties et il a été repris presque littéralement dans les recommandations du Groupe d'Action Financière. De même, le devoir recommandé par le Groupe d'identifier le partenaire et en particulier l'ayant droit économique correspond à la pratique déjà en vigueur en Suisse, qui a été entre-temps renforcée par l'art. 305ter CPS.

3.2 Banques en mains étrangères

3.2.1 Réciprocité

Une banque organisée selon le droit suisse mais qui est en mains étrangères n'est autorisée à exercer son activité que si la réciprocité est garantie par les Etats où les personnes physiques ou morales, qui exercent sur elles directement ou indirectement une influence notable, ont leur domicile ou leur siège (art. 3bis al. 1 let. a LB). La réciprocité est garantie par un Etat étranger si des banques suisses ont de réelles possibilités d'y fonder et d'y exploiter, sous n'importe quelle forme, un établissement bancaire stable et d'y exercer en droit et en fait une activité suffisamment complète et lucrative. Comme indiqué dans notre rapport de l'année dernière (cf. Rapport de gestion 1989 p. 202), la réciprocité est déjà reconnue pour presque tous les Etats membres de la CE.

3.2.2 Japon

Depuis quelques années, la Commission des banques a toujours dû constater que le Japon, à cause de restrictions qualitatives, ne garantissait pas la réciprocité de manière générale mais que celle-ci ne pouvait être jugée que de cas en cas en tenant compte des circonstances concrètes et des améliorations obtenues quant aux possibilités d'activité ouvertes aux banques suisses (Rapports de gestion 1989 p. 184 et 1988 p. 162). Il faut considérer en particulier que les possibilités d'activité des banques étrangères au Japon restent

encore considérablement limitées, surtout si on les compare avec la place financière suisse où les japonaises peuvent développer leurs activités sans entrave juridique ou administrative.

Les entretiens avec les autorités japonaises, qui avaient été suspendus en relation avec l'extension du champ d'application de la Loi sur les banques qu'impliquait la revision de l'Ordonnance sur les banques (cf. Rapport de gestion 1989 p. 159 ss.), ont été repris et ont pu enregistrer des résultats satisfaisants. En effet, le Japon a fait quelques nouveaux pas vers la libéralisation en faveur des banques étrangères (facilités de refinancement auprès de la banque centrale, assurance de non-discrimination lors de l'octroi de licences pour la direction de fonds de placement, nouvelle libéralisation de l'exportation des capitaux et des restrictions touchant les personnes physiques). En outre, une licence a été accordée à une banque suisse pour le commerce des métaux précieux. Dans ces conditions, la Commission des banques s'est déclarée prête à accepter jusqu'en été 1990 un maximum de dix demandes d'autorisation de sociétés financières japonaises en Suisse. Ces sociétés seront à l'avenir assujetties à la Loi sur les banques en vertu de l'art. 2 a let. c de l'Ordonnance sur les banques parce qu'elles sont actives dans le domaine des émissions de titres. Le processus de libéralisation au Japon est attentivement suivi et fera le cas échéant l'objet de nouveaux entretiens.

3.2.3 **Liste des Etats garantissant la réciprocité**

Il ressort des procédures d'autorisation menées jusqu'à présent que la réciprocité est garantie actuellement par les pays suivants, en plus des Etats membres de la CE (cf. ch. 3.2.1 p. 168), parfois avec des restrictions pour certains d'entre eux: l'Autriche, le Canada, la Finlande, Hongkong, Israël, le Japon, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, la Suède et la Turquie ainsi que les Etats suivants des Etats-Unis: Californie, Colorado, Connecticut, Floride, Illinois, Indiana, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvanie, Texas et Wisconsin.

3.2.4 **Traitement des données à l'étranger**

Deux succursales de banques américaines ont demandé à la Commission des banques de constater que le traitement électronique

des données de leur clientèle commerciale dans un centre de calcul de la banque établi en Grande-Bretagne n'était pas contraire au droit suisse. Les deux banques ont fait valoir que le traitement des données pour la plupart de leurs succursales établies sur le continent avait lieu d'une façon centralisée en Grande-Bretagne. Il était ainsi possible d'utiliser d'une façon efficiente la technologie la plus avancée et d'unifier les systèmes. Cette centralisation en Grande-Bretagne permettait aussi une réduction importante des coûts. Ces deux requêtes soulevaient toute une série de questions sur le plan juridique et sur le plan de l'organisation. Ces questions avaient rapport notamment avec le secret bancaire, les dispositions de la Loi sur les banques et du Code des obligations concernant l'organisation de la comptabilité, la législation sur la protection des données, le service de renseignements économiques (art. 273 CPS) et l'état de la technique dans le traitement des informations et des télécommunications. Après un examen approfondi de toute la documentation, la Commission des banques constata le 2 juillet 1990 que le traitement des données pour les succursales des deux banques étrangères n'était pas contraire à la Loi sur les banques pour autant qu'il ait lieu en Grande-Bretagne et que huit conditions soient réunies. Les prescriptions suisses et anglaises régissant la comptabilité, l'organisation interne des banques, la conservation du secret, la protection et la sécurité des données doivent être observées. La comptabilité doit continuer à être tenue en Suisse et la revision ne doit en aucun cas être rendue plus difficile ou être limitée par le traitement des données à l'étranger. En cas de besoin, les sociétés de revision et la Commission des banques doivent être orientées par les autorités de surveillance anglaises sur la régularité du traitement des données en Grande-Bretagne. La société de revision bancaire doit confirmer chaque année, dans un chapitre spécial de son rapport de revision, la régularité du point de vue légal et réglementaire du traitement des données en Grande-Bretagne. Les sociétés de revision suisses et anglaises doivent collaborer d'une façon continue. Les premières doivent avoir en tout temps la possibilité d'effectuer sur place, en Grande-Bretagne, des travaux de contrôle. Les autorités de surveillance anglaises et américaines doivent autoriser le traitement des données dans leur pays et confirmer que les dispositifs de sécurité mis en place répondent à leurs exigences. En outre, la Grande-Bretagne et les USA (comme pays de domi-

cile des banques concernées) doivent accorder la réciprocité aux banques suisses pour leur traitement des données depuis la Suisse. Enfin, il faut aussi que les clients de la banque, qui ont droit au secret, donnent expressément leur consentement au traitement des données à l'étranger.

3.2.5 **Représentations de banques étrangères**

L'ouverture de représentations de banques étrangères en Suisse est réglée aux articles 14 ss de l'Ordonnance concernant les banques étrangères en Suisse du 22 mars 1984. Pour l'ouverture d'une représentation – c'est-à-dire d'un secteur dans l'organisation d'une banque étrangère qui ne conclut ni ne traite des affaires, ni n'en négocie pour son propre compte – la banque étrangère doit requérir une autorisation de la Commission des banques. Cette autorisation n'est accordée que si la banque est soumise dans son pays à une surveillance *appropriée*, si la *réciprocité est garantie* et, *enfin*, si les *personnes* chargées de la direction offrent toute garantie quant à l'exercice irréprochable de leur activité (art. 15 al. 2 OBE).

Lors de l'exercice précédent, la Commission des banques avait rejeté une demande d'ouverture d'une représentation en Suisse, présentée par une banque gabonnaise. Dans sa décision, elle précisait que la condition de la surveillance appropriée n'est donnée que s'il existe un système de surveillance d'une part et, d'autre part, si ce système est apte à atteindre le but visé. Or, dans le cas qui lui était soumis, la Commission des banques a dû conclure que cette seconde exigence faisait défaut.

Le Tribunal fédéral a rejeté le recours de droit administratif interjeté par la requérante contre la décision de la Commission des banques.

3.2.6 **Direction des banques étrangères**

Ces dernières années, la Commission des banques a été confrontée à plusieurs reprises à la question de savoir dans quelle

mesure des personnes domiciliées à l'étranger peuvent intervenir dans les décisions prises par les directions de banques suisses dominées par l'étranger sans être membre d'un organe de la filiale suisse. Il s'agit par exemple de situations où des décisions ne peuvent être prises par la direction qu'après consultation de la maison mère ou encore lorsqu'il existe au niveau de la direction des comités (par exemple comité de crédit ou comité de placement) dans lesquels siègent des représentants de la maison mère à côté des membres de la direction de la banque suisse.

La Commission des banques a fait une enquête pour mieux connaître la pratique existant dans les banques étrangères. Les 114 banques concernées par cette enquête – environ 80 % de ces instituts sont dominés par des banques étrangères comme maison mère ou comme actionnaire majoritaire – ont été priées de prendre position au sujet des problèmes soulevés ci-dessus.

Les résultats de l'enquête montrent que l'éventail de cette influence est très large et que les interventions de la maison mère peuvent présenter des degrés d'intensité très différents, allant de la liberté complète de décision laissée à la filiale jusqu'à des instructions très contraignantes. Au niveau de la direction, si l'on regarde les choses d'un point de vue formel, les décisions sont prises selon les dispositions des statuts et des règlements et d'une façon autonome. Mais l'influence de la maison mère s'exerce moins au niveau des compétences de la direction qu'à celui des pouvoirs supérieurs du conseil d'administration. Pour la Commission des banques, il se posait donc avant tout la question de savoir quelles formes d'organisation peuvent être admises afin d'atteindre la meilleure transparence possible à l'égard de l'autorité de surveillance ou, d'une façon concrète, si on peut admettre ou même recommander la constitution de comités spéciaux au niveau de la direction ou entre la direction et le conseil d'administration et la désignation de spécialistes de la maison mère dans ces comités.

En principe, la Commission des banques considère que de tels comités peuvent être admis. Ils renforcent l'intégration de la filiale dans la politique du groupe ainsi que la responsabilité de la maison mère. Si on en déduit qu'on peut s'attendre de la part de la maison mère à ce qu'elle ait un certain comportement (par exemple coordina-

tion, contrôle, assistance), respectivement qu'elle assume à l'égard de sa filiale une responsabilité morale, on doit alors aussi lui laisser une certaine liberté dans ses interventions, d'autant plus que notre législation bancaire laisse aux banques une assez grande latitude dans le choix de leur organisation interne. Pour autant que les représentants de la maison mère soient des spécialistes de même niveau que ceux qui traitent les affaires bancaires, on obtient par ce moyen une influence ordonnée sur l'activité de la filiale. L'influence est canalisée et elle devient transparente pour des tiers, par exemple pour l'autorité de surveillance. Ainsi, on peut mieux éviter que les responsabilités soient diluées.

Ces considérations ont amené la Commission des banques à décider que de telles formes de concours de la maison mère dans sa filiale suisse peuvent être admises et considérées comme judicieuses et que des comités de ce genre, soit d'un caractère purement consultatif, soit avec des compétences précises, par exemple dans le domaine des crédits ou des placements, peuvent être admis. Mais on ne peut guère établir des règles complètes et définitives pour des situations qui vont de l'autonomie complète de la filiale à une indépendance restreinte dans les faits. C'est pourquoi, les comités dans lesquels la maison mère délègue des représentants, qui ne sont pas organes de la filiale suisse, doivent en principe être admis mais à la condition que toutes les décisions soient communiquées ou soumises à l'organe supérieur qui est formellement compétent (direction, comité du conseil d'administration ou conseil d'administration). Il faut souligner qu'indépendamment du degré d'intervention de la maison mère auprès de sa filiale, c'est le conseil d'administration de cette dernière qui doit porter la responsabilité pour la banque.

3.3 Clarté et sincérité du bilan

3.3.1 Evaluation des actifs

L'évaluation des actifs a été au centre de plusieurs affaires traitées par la Commission des banques au cours de l'année dernière. Dans ce contexte, il sied de rappeler que lors de crises, des différen-

ces importantes peuvent survenir entre les valeurs de continuation et les valeurs de liquidation.

Dans sa tâche de surveillance, la Commission des banques veille à prévenir autant que possible les risques de pertes encourus par les créanciers des banques. En période de haute conjoncture, les difficultés n'apparaissent pas toujours de manière précise. En revanche, lorsque le cycle conjoncturel s'inverse, les banques sont directement touchées par le ralentissement économique et les crises régionales ou sectorielles qui en découlent. Dans ces circonstances, une attention particulière doit être accordée aux questions d'évaluation car les risques augmentent et ils sont alors généralement supérieurs à la moyenne.

Dans la pratique, la Commission des banques ne s'ingère en principe pas dans l'évaluation des actifs qui reste en premier lieu la tâche des banques et des sociétés de revision. Quant à la Loi sur les banques, elle n'établit aucune règle d'évaluation. Elle se réfère expressément aux prescriptions du code des obligations sur les sociétés anonymes.

La hausse des taux d'intérêt dont l'ampleur et la durée sont inhabituelles pour notre pays a influencé négativement l'évaluation des actifs en 1990. Des augmentations importantes de provisions ont donc été requises pour couvrir la dépréciation des titres, notamment ceux à revenus fixes. Le secteur immobilier a également été très sensible à l'évolution des taux d'intérêt. Suivant l'évolution, les banques et les institutions de revision pourraient être contraintes de remettre en question les principes d'évaluation aux valeurs d'exploitation ou de continuation et une évaluation aux valeurs de liquidation pourrait même être requise pour certaines positions compromises.

Eu égard aux conséquences d'une telle issue sur les fonds propres, il importe, le cas échéant, de revoir l'estimation des gages, de contrôler le respect des normes usuelles d'avance et de s'assurer que les risques liés aux taux ou à la capitalisation des intérêts ont été dûment pris en considération lors de l'évaluation. En tout état de cause, la protection des créanciers exige aujourd'hui des banques et des institutions de revision qu'elles adaptent rigoureusement les

valeurs des actifs à la situation du marché quelle qu'en soit l'incidence sur les comptes annuels.

3.3.2 **Leasing immobilier et emprunts de refinancement**

La Commission des banques a dû s'occuper de questions de comptabilisation en rapport avec le leasing, en particulier le leasing immobilier. Une banque a acquis le nouvel immeuble qu'elle faisait construire pour s'y installer non pas en propriété mais sous la forme d'un contrat de leasing passé avec une société ad hoc. Dans le cadre de ce contrat, la banque obtenait des droits analogues à ceux d'un propriétaire alors que d'un autre côté la société de leasing s'engageait à renoncer à tous ses droits en ce qui concerne l'utilisation de l'immeuble et son aliénation. Vu cette situation juridique, la théorie comptable moderne postule d'abandonner la méthode consistant à traiter le leasing comme une location et de passer à la méthode dite du «financial leasing». Dans le cas présent, cela signifie que la banque doit faire figurer l'immeuble pris en leasing à l'actif de son bilan. Par conséquent, la Commission des banques demanda à la banque de porter l'immeuble à son bilan sous la position «immeuble à l'usage de la banque» et de couvrir cette position par des fonds propres à raison de 20%. Il fut ainsi tenu compte du fait que ce contrat de leasing à long terme présentait les mêmes risques que ceux d'une propriété directe, que l'immeuble en question avait été construit sur mesure pour répondre aux besoins spécifiques de la banque et que par conséquent il ne pourrait pas être cédé à un tiers sans une perte substantielle.

La particularité de ce cas réside dans le fait que la banque a en même temps accordé à la société de leasing un emprunt de refinancement en blanc, d'un montant égal au prix de revient de l'immeuble, pour lui permettre de financer l'acquisition de l'immeuble. Etant donné que les deux opérations doivent être considérées comme séparées l'une de l'autre et que notamment en cas de faillite de la société de leasing, la banque ne pourrait pas compenser sa dette qui découlerait de la reprise en propriété de l'immeuble avec sa créance afférente à l'emprunt de refinancement, la banque supporte du fait de cet emprunt un risque normal de crédit, qui a dû être couvert avec 8% de fonds propres supplémentaires.

3.3.3 Revision des succursales des banques étrangères

Les dispositions de la Loi sur les banques s'appliquent par analogie aux succursales de banques étrangères qui exercent leur activité en Suisse (art. 2 al. 1 LB). Ces dernières sont cependant soumises à des dispositions légales particulières notamment en matière de fonds propres et de répartition des risques. L'examen de cas spécifiques, faisant suite à l'analyse des rapports de revision, a conduit à se demander si les reviseurs étaient en mesure d'exécuter normalement leur mandat et si l'ordonnance concernant les banques étrangères en Suisse (OBE) était encore à jour. Il devenait dès lors intéressant de savoir si la surveillance de tels établissements s'exerçait aujourd'hui encore de manière adéquate. Un tour d'horizon a donc été fait le 26 avril 1990 avec les représentants des institutions de revision bancaire concernées.

A cette occasion, il a été constaté que l'ordonnance concernant les banques étrangères en Suisse (OBE) était dans l'ensemble toujours d'actualité et applicable. L'examen des conditions d'autorisation, tant au niveau de l'organisation, de l'administration et de la direction, s'effectue selon des principes identiques à ceux qui prévalent lors de la revision de filiales. Une décentralisation à l'étranger de certaines fonctions de back-office est envisageable bien que la vision d'ensemble s'en trouve quelque peu affectée.

D'une manière générale, la surveillance des succursales n'est pas rendue plus difficile que celle des filiales de banques étrangères en Suisse, ce d'autant plus que la collaboration avec les institutions de revision des banques mère étrangères fonctionne normalement.

3.4 Surveillance des groupes / CS Holding

Par son arrêt du 11 décembre 1990 (qui fait l'objet d'une publication dans le Bulletin CFB 21), le Tribunal fédéral a rejeté les recours du Crédit Suisse et du CS Holding contre la décision de la Commission des banques du 1er septembre 1989 (Rapport de gestion 1989 ch. 3.4.2 p. 187 s.). Le Tribunal fédéral a ainsi confirmé la position de la Commission des banques concernant les groupes bancaires considérés comme une unité du point de vue des risques et l'obligation de fait qui en découle pour le Crédit Suisse de venir en aide aux

sociétés du groupe du secteur bancaire et financier. Cette responsabilité effective de porter assistance va au-delà d'éventuelles obligations juridiques à l'intérieur du groupe et crée ainsi la nécessité d'une consolidation au niveau de la maison mère dans les groupes bancaires classiques. Pour tenir compte des mêmes risques globaux, le groupe du CS Holding, avec le Crédit Suisse et ses sociétés soeurs du secteur financier (CS First Boston et Holding Leu), doit avoir dans le groupe des fonds propres aussi importants sur la base consolidée que s'il s'agissait d'un groupe ayant une banque à sa tête.

Le CS Holding n'est pas soumis à la surveillance de la Commission des banques. Pour le Crédit Suisse, le jugement du Tribunal fédéral signifie qu'il devra remettre chaque année à la Commission des banques, la première fois à fin juin 1991, un état des fonds propres consolidé du CS Holding. La Commission des banques verra ainsi si le groupe du CS Holding remplit sur une base consolidée les exigences de la Loi sur les banques en matière de fonds propres. Au cas où une insuffisance de fonds propres serait constatée dans le groupe, il appartiendrait en fin de compte au Crédit Suisse de la couvrir par des fonds propres supplémentaires, la première fois à fin 1991.

En prenant ces mesures administratives, la Commission des banques ne cherche nullement à empêcher une certaine structure moderne (holding) du groupe bancaire. Il s'agit pour elle de prendre en considération les risques qui seraient nécessairement mis de côté si on s'en tenait à une approche juridique formelle (banque et filiales), en exigeant d'une banque des fonds propres adéquats. La décision de la Commission des banques dans le cas du Crédit Suisse va dans la même direction que le projet d'une directive de la CE du 22 novembre 1990 sur la surveillance des instituts de crédit sur une base consolidée. La Communauté Européenne envisage de surveiller sur base consolidée les groupes bancaires internationaux, ayant une société holding à leur tête.

3.5 Exigences de la Loi sur les banques en matière d'organisation

Selon l'art. 3 al. 2 let. a LB, une organisation correspondant à l'activité est une des conditions d'autorisation que doit remplir en per-

manence la banque. Le champ d'activité et le rayon géographique de la banque ainsi que le nombre et la taille de ses succursales doivent correspondre à ses ressources financières et en personnel ainsi qu'à son organisation administrative et cela aussi bien du point de vue de l'activité que de la surveillance et du contrôle (cf. aussi art. 7 OB). Parmi les exigences d'une organisation suffisante figure en particulier le bon fonctionnement des mécanismes de contrôle. C'est une condition essentielle pour que l'inspectorat interne et la société de revision puissent exécuter correctement leurs tâches.

Au cours de l'année, la Commission des banques a dû s'occuper à diverses reprises de banques qui négligeaient leur organisation, notamment le back-office. Dans plusieurs cas, à la suite de leur organisation défaillante, des banques n'étaient pas en mesure de respecter les dispositions concernant la répartition des risques et de faire les annonces prescrites par l'art. 21 OB. Des plaintes pénales contre ces banques ont dû être faites au Département fédéral des finances en application de l'art. 49 al. 1 let. e LB. La Commission des banques a sérieusement examiné la question d'un retrait d'autorisation dans le cas d'une banque qui avait dû être dénoncée pas moins de cinq fois.

La reprise, dont la presse s'est fait l'écho de la Caisse d'Epargne de Küssnacht am Rigi par la Société de Banque Suisse, a aussi été provoquée par des insuffisances dans l'organisation. Selon toute vraisemblance, un service de contrôle interne efficace aurait pu découvrir à temps les opérations spéculatives disproportionnées du chef du service de bourse et éviter des pertes s'élevant à plusieurs millions. Une enquête à l'encontre d'agents de bourse de diverses banques est encore actuellement en suspens. La Commission des banques collabore à cet égard avec le Commissariat de la Bourse de Zurich.

Une attention particulière doit être accordée au problème d'organisation lors de l'extension de l'activité à l'étranger. Dans le cas d'une banque qui traitait par l'intermédiaire de plus de 20 succursales à l'étranger des affaires représentant environ le 90% de son bilan, les problèmes survenus dans le domaine du traitement des affaires, des communications internes, de la comptabilité, de l'établissement du bilan, des positions en devises, des risques-pays et du respect des exigences en matière de fonds propres et de liquidité donnaient l'impression que l'organisation administrative n'était pas suffisante. La

Commission des banques a donc ordonné que l'organisation de la banque soit examinée et analysée d'une façon approfondie dans le cadre d'une revision extraordinaire.

3.6 Retrait d'autorisation

En avril 1990, la Commission des banques a retiré l'autorisation à la Spar- und Hypothekenbank Luzern et a ordonné sa liquidation. La décision est entrée en force. Au cours de l'année 1989, la banque avait fait l'objet d'articles de presse défavorables en rapport avec le financement d'affaires immobilières, notamment au Tessin. Des plaintes pénales contre des organes ou des clients de la banque et des changements au sein de la direction et du conseil d'administration ont amené la Commission des banques à s'occuper sérieusement de l'organisation de la banque. Au printemps 1990, il devint de plus en plus clair que par suite d'opérations immobilières la situation financière de la banque s'était dangereusement aggravée. Les provisions sur les actifs devant être massivement augmentées, la publication d'une perte pour l'exercice 1989 était inéluctable. D'autre part, il n'était pas possible de trouver des tiers prêts à accorder leur soutien à la banque en difficulté et l'actionnaire unique n'était pas disposé à mettre des fonds propres supplémentaires à disposition. Vu cette situation et pour protéger l'ensemble des créanciers, la Commission des banques retira l'autorisation à la banque. A mi-novembre 1990, le juge compétent accorda à la banque le sursis bancaire. La liquidation de la banque paraît difficile. Il n'est pas exclu que les créanciers doivent subir des pertes.

3.7 Bourses

Groupe de travail «mini-crash» 1989

Le «mini-crash» d'octobre 1989 a amené le Chef du Département fédéral des finances à charger la Commission des banques d'une

enquête sur la cause de la forte chute des cours à la bourse de Zurich. Le groupe de travail institué par la Commission des banques, sous la présidence du Prof. Peter Nobel, membre de la Commission des banques, a conduit deux vastes enquêtes auprès des banques admises à la bourse de Zurich et à la SOFFEX et il a interrogé des experts boursiers. Dans sa séance du 24 avril 1990, la Commission des banques a approuvé le rapport. Celui-ci a été ensuite publié par le Département fédéral des finances. Le rapport arrive aux conclusions suivantes:

- Les mouvements de cours à la bourse de Zurich d'octobre 1989 ne présentent pas à priori des aspects problématiques. Dans une perspective à long terme et en comparaison avec les marchés internationaux, ils apparaissent tout à fait normaux. Mais d'après l'opinion du groupe de travail, il serait souhaitable que le «market making», qui existe en fait, gagne en transparence, ce qui ne doit pas nécessairement signifier une nouvelle organisation du marché boursier mais pourrait être atteint par une publication étendue et régulière des informations à ce sujet, faite sur une base volontaire.

- L'enquête n'a pas révélé de violation du principe de la garantie d'une bonne gestion. Des examens ponctuels qui sont particulièrement coûteux et difficiles n'ont pas pu être réalisés car ils auraient dépassé le mandat du groupe de travail.

- Les résultats de l'enquête ont montré que différentes suppositions qui avaient été émises après le 16 octobre 1989 pour tenter d'expliquer la chute des cours se sont révélées fausses.

D'après l'opinion du groupe de travail et de la Commission des banques, le besoin ne se fait pas sentir d'intervenir à brève échéance. Mais il s'est confirmé que différents points faibles, déjà connus, du système boursier suisse se manifestent d'une façon négative spécialement lorsqu'on se trouve dans une situation de «mini-crash». Dans les recommandations du rapport, il est donc souligné la nécessité de renforcer le «market making» et d'améliorer l'efficience de la formation des cours par des mesures visant à augmenter la liquidité et à obtenir une meilleure transparence en ce qui concerne le volume des transactions, la formation des cours et le «market making».

Groupe d'experts pour la préparation d'une Loi fédérale sur la bourse et le marché des titres

Le Secrétariat de la Commission des banques était représenté par son directeur dans le groupe d'experts institué en juin 1990 par le Département fédéral des finances. Ce groupe d'experts, sous la direction du professeur Alain Hirsch, avait le mandat de préparer pour le Département des finances un projet d'une Loi fédérale sur la bourse et le marché des titres, accompagné d'un commentaire. Le groupe d'experts a rempli son mandat dans le délai qui lui était fixé et il a remis en décembre 1990 au Département des finances son projet avec le rapport explicatif rédigé par M. Franz Stirnimann, collaborateur au Secrétariat de la Commission des banques.

3.8 Mesures de prévoyance

En cas de conflits internationaux, les banques peuvent transférer la direction et la représentation, effectuer des cessions fiduciaires et créer des trusts ou des constructions juridiques analogues. Ces mesures doivent obtenir l'autorisation de l'autorité de surveillance (art. 16 et 18 s. de l'Arrêté du Conseil fédéral du 12 avril 1957 protégeant par des mesures conservatoires les personnes morales, sociétés de personnes et raisons individuelles; RS 531.54). Pour assurer que de telles autorisations pourraient être aussi accordées valablement même dans des circonstances difficiles, la Commission des banques, conjointement avec l'Association suisse des banquiers, a élaboré une procédure spéciale (cf. Rapport de gestion 1981 p. 31 s.).

3.9 Activité bancaire non autorisée

Pendant l'année 1990, la Commission des banques a dû de nouveau éclaircir à plusieurs reprises si une activité comme banque ou fonds de placement était exercée sans autorisation de la Commission des banques.

Dans un cas, la Commission des banques a eu connaissance des formules de contrat en blanc préparées par une société anonyme suisse ayant un capital minimum et dont le but social n'auto-

risait pas les affaires bancaires. Les contrats permettaient toutefois de penser que d'un côté la société prenait des dépôts et que de l'autre elle accordait des petits crédits. Mais la Commission des banques ne savait pas si ces affaires avaient aussi été effectivement réalisées. Malgré des demandes répétées, la société ne livra pas à la Commission des banques les pièces réclamées. Après sommation, la Commission des banques ordonna la liquidation de la société qui ne remplissait pas les conditions légales d'autorisation. La décision fut immédiatement exécutée. La Commission des banques retint en particulier la violation par la société de son devoir, que lui impose la Loi sur les banques et la Loi sur la procédure administrative, de collaborer à l'éclaircissement des faits. Cette décision a fait l'objet d'un recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral.

Dans un autre cas, une société a été sommée d'arrêter immédiatement une activité qui impliquait l'assujettissement à la Loi sur les banques et de rembourser les sommes qu'elle avait recueillies à la suite d'un appel au public ou de fournir une garantie bancaire. Comme la société ne s'est pas pliée à cette injonction, la Commission des banques décida sa liquidation et ordonna des mesures de sécurité pour protéger tous les créanciers et assurer leur égalité de traitement.

Plusieurs créanciers lésés par l'activité bancaire non autorisée d'une société ont introduit en 1988 une action en responsabilité contre la Confédération en prétendant que l'intervention soi-disant tardive de la Commission des banques leur aurait fait subir un dommage (cf. Rapport de gestion 1988 p. 167). Par arrêt du 4 mai 1990, le Tribunal fédéral a estimé que la Commission fédérale des banques n'avait pas agi de façon contraire au droit et il a rejeté la plainte.

4. Relations avec d'autres Autorités et des Associations

4.1 Autorités fédérales

La Commission des banques a pris position, à l'intention du Département fédéral des finances, au sujet de diverses interventions parlementaires, soit notamment des motions et postulats concernant la place financière suisse.

Le Chef du Département fédéral des finances a chargé la Commission des banques en mars 1989 en application de l'art. 13 al. 3 RO-CFB d'établir un rapport spécial sur l'ordre juridique en matière financière de la Principauté du Liechtenstein et sur ses retombées en Suisse (fuite de capitaux, blanchiment d'argent sale, droit des sociétés, surveillance bancaire, entraide judiciaire). Un groupe de travail sous la présidence du Directeur du Secrétariat et comprenant des représentants de la Banque Nationale Suisse et du Département fédéral des affaires étrangères a élaboré un rapport détaillé que la Commission des banques a soumis au Chef du Département des finances. Ce rapport a été rendu public. Il arrive à la conclusion qu'il existe actuellement des disparités dans les domaines précités des marchés financiers. Dans sa réponse du 12 septembre 1990 à trois motions parlementaires similaires relatives aux conditions-cadre pour la place financière suisse, le Conseil fédéral a reconnu toutefois les efforts fournis par la Principauté du Liechtenstein en matière législative dans le but de se rapprocher des normes internationales, en particulier en ce qui concerne les normes pénales prévues en matière d'opérations d'initiés et de blanchiment d'argent sale. Le Conseil fédéral ajoute en outre: «Nous nous efforçons de poursuivre le dialogue avec le Gouvernement de la Principauté du Liechtenstein dans le but d'arriver à une réglementation équivalente. Il faut éviter de donner l'impression contraire, à savoir que la Suisse porte la responsabilité de la place financière du Liechtenstein, lequel est un Etat souverain. Une adaptation par le Liechtenstein aux réglementations existantes et futures ne s'impose en conséquence que là où des divergences de réglementations ou des problèmes d'application s'opposent à des intérêts suisses importants, en particulier lorsque la place financière du Liechtenstein peut servir à détourner l'ordre juridique suisse et permettre de tirer avantage unilatéralement de l'union monétaire et douanière. En outre, la Principauté du Liechtenstein prend activement part aux négociations portant sur la création d'un traité sur l'Espace Economique Européen et est prête, cas échéant, à reprendre les réglementations de la CE concernant les affaires bancaires ainsi que les autres domaines des marchés financiers».

L'intention du Conseil fédéral de soumettre les taux hypothécaires à un contrôle des prix conjoncturel et d'introduire pour les hypothèques la capitalisation des intérêts a conduit la Commission

des banques à présenter au Département fédéral de l'économie publique de sérieuses réserves, dans l'optique de la surveillance bancaire. Les mesures, qui par la suite n'ont pas été réalisées, auraient grandement affecté la sécurité des placements hypothécaires en entraînant une couverture insuffisante et auraient empêché les banques, à cause de la diminution des produits d'intérêts, de procéder aux amortissements supplémentaires nécessaires.

Par la suite, les Chambres fédérales ont chargé le Préposé à la Surveillance des prix de contrôler les taux hypothécaires sous l'angle de la politique de concurrence. Le Préposé doit agir en étroite collaboration avec la Commission des banques. Un premier échange de vues a déjà eu lieu. Sur l'efficacité de cette mesure, il ne faut point se faire d'illusions. Une véritable concurrence existe sur plus d'un plan: conditions d'intérêt et leurs modifications, charges maximales, modalités d'amortissement, estimations de la valeur vénale, procédures d'octrois de crédits, etc. Cette concurrence se renforcera encore à la suite de l'abandon des conventions entre banques.

Le Département fédéral de l'économie publique a tenu largement compte, dans sa décision sur «Les conventions en vigueur dans le domaine bancaire suisse», des recommandations de la Commission des banques (cf. Rapport de gestion 1989 p. 198). Il a fixé un délai prolongé jusqu'à fin 1992 pour la suppression qu'il demande de la convention sur les droits de garde unifiés et de la convention de courtage.

4.2 Banque Nationale Suisse

Sur l'initiative de la Banque Nationale, la Commission des banques a préparé une nouvelle circulaire commune sur la liquidité de caisse (cf. ch. 2.2 p. 159).

Lors de leurs deux séances annuelles, la Commission des banques a discuté avec le directoire de la Banque Nationale Suisse notamment:

- du développement du système bancaire suisse à court et moyen terme;

- de questions touchant les bourses et la législation dans ce domaine (cf. ch. 3.7, p. 179);
- de la question des taux hypothécaires;
- de l'émission de créances comptables à court terme (cf. ch. 1.2, p. 156);
- de l'endettement international.

4.3 Associations

Des délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont rencontrées à trois reprises pour discuter plus particulièrement des sujets suivants:

- l'avenir de la convention de diligence, spécialement des formulaires B, après l'entrée en vigueur de la nouvelle norme pénale réprimant le défaut de vigilance en matière d'opérations financières (art. 305ter CPS; cf. ch. 3.1 p. 162);
- les nouvelles circulaires concernant la constitution et la dissolution de réserves latentes (cf. ch. 2.1 p. 157), la liquidité de caisse (cf. ch. 2.2, p. 159) et les risques-pays (cf. ch. 2.3 p. 160);
- le risque de compensation dans les affaires fiduciaires (art. 44 let. g OB).

La Commission des banques a discuté les mêmes thèmes avec la Chambre fiduciaire (Chambre suisse des experts-comptables, fiduciaires et fiscaux) et sa commission technique de revision bancaire. Lors de ces entretiens, certains problèmes comptables ont aussi été abordés (jour de valeur, estimation, comptabilisation).

4.4 Conférence des institutions de revision

Sur invitation du Secrétariat de la Commission des banques, la conférence annuelle des institutions de revision s'est tenue à Berne le 3 décembre 1990. Les principaux collaborateurs des 21 sociétés et associations de revision agréées et les représentants des inspectorats des banques cantonales

- ont reçu une information sur les thèmes qui occupent actuellement la Commission des banques (circulaire sur la liquidité de caisse, circulaire sur les options et les «Financial Futures», avenir des formulaires B de la convention de diligence),
- ont discuté avec les représentants du Secrétariat de la nouvelle conception du «Rapport de revision», des questions en relation avec la clarté et la sincérité du bilan (bilans intermédiaires, estimations, risques de compensation dans les affaires fiduciaires) ainsi que des deux nouvelles circulaires sur les risques-pays et la constitution et la dissolution de réserves latentes,
- ont eu avec les représentants du Secrétariat un échange de vues sur les problèmes actuels touchant les banques.

5. Affaires internationales

5.1 Comité de Bâle sur le contrôle bancaire

Le projet «Convergence de la mesure et des normes de fonds propres» du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux détermine avant tout les exigences en capital en fonction des risques que présentent les crédits, c'est-à-dire le risque de défaillance d'une contrepartie (cf. Rapports de gestion 1987 p. 181 et 1988 p. 177 s.). Mais pour calculer l'ensemble des fonds propres qui sont nécessaires, les autorités de surveillance doivent aussi tenir compte d'autres sources de risques. Dans ce contexte, le Comité de Bâle a examiné trois sortes de risques du marché et il a analysé comment ils devaient être recensés, calculés et couverts par des fonds propres. Il a établi un rapport intermédiaire (Rapport de gestion 1989 p. 200) sur les risques résultant des cours de change (risques de pertes découlant de l'évolution défavorable des cours des monnaies), sur les risques résultant des fluctuations des taux d'intérêt (risques de pertes à la suite de l'évolution défavorable des taux d'intérêt) et les risques découlant de positions d'actions (risques de pertes à la suite de changement dans le cours des actions).

En outre, le Comité s'est occupé des problèmes en rapport avec l'interprétation et l'utilisation du document sur la convergence de la

mesure et des normes de fonds propres, notamment du traitement des provisions générales et des amortissements.

Le Comité de Bâle a aussi entrepris d'examiner le développement ces dernières années des problèmes de liquidité: gestion de la liquidité par les banques internationales, changements intervenus au niveau planétaire dans la gestion de la liquidité, surveillance de la liquidité des succursales étrangères dans le pays d'origine et le pays d'accueil, approches différentes, de pays à pays, concernant les fluctuations de la liquidité.

Les 10 et 11 octobre 1990, les représentants de cent pays se sont réunis à Francfort-sur-le-Main pour la sixième conférence internationale des autorités de surveillance bancaire, préparée par le Comité de Bâle en collaboration avec la Deutsche Bundesbank et le Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen de Berlin. Les thèmes de cette conférence étaient «Les groupes financiers – un défit pour les autorités de surveillance» et «La concentration des risques».

Les documents que le Comité de Bâle publie sur les questions essentielles qu'il traite et ses rapports réguliers sur les développements internationaux apportent une contribution importante à l'harmonisation et au renforcement de la surveillance bancaire.

L'importance de l'activité du Comité de Bâle est encore renforcée en ce sens qu'il influence le droit des Communautés européennes et par conséquent la surveillance des banques sur le plan international.

5.2 Communauté européenne

Pendant l'année 1990, le Conseil des ministres des Communautés européennes n'a édicté aucune nouvelle directive dans le domaine bancaire et financier. Les thèmes suivants sont encore pendants: le système d'assurance de l'épargne, les gros risques et l'assainissement et la liquidation d'instituts de crédit. La Commission de la CE s'occupe actuellement de problèmes liés à la surveillance de banques et de conglomérats financiers n'ayant pas une banque à leur tête. A ce sujet un arrêt du Tribunal fédéral vient d'être rendu (cf. ch. 3.4 p. 176). Elle présenta le 22 novembre 1990 une nouvelle version des directives du 13 juin 1989 sur la surveillance des instituts de cré-

dits sur base consolidée. Relevons notamment que les sociétés holding financières doivent être inclues dans la surveillance consolidée.

La question de savoir si notre pays participera à l'espace financier européen dans le cadre de l'Espace Economique Européen ou éventuellement par une adhésion à la CE est actuellement encore indécise. Il est sûr cependant que sous réserve de rares exceptions l'adaptation de notre droit de surveillance bancaire et de notre droit des obligations ne présenterait que peu de difficultés (Rapport de gestion 1989 p. 204). Certes, dans le domaine de la présentation des comptes, une réglementation légale, qui assurerait l'équivalence de nos prescriptions avec la directive communautaire régissant le bilan bancaire n'est pas encore en vue. Mais la circulaire de la Commission des banques «Constitution et dissolution de réserves latentes» (cf. ch. 2.1, p. 157) réalise sur ce point la concordance avec les règles comptables de la Communauté. Dans le domaine du blanchiment d'argent, la Suisse est en avance sur la CE dans la mesure où une norme à ce sujet a déjà été introduite dans notre Code pénal alors que la directive de la CE visant à empêcher l'utilisation du système financier pour le blanchiment d'argent n'existe que sous la forme d'une proposition de la Commission du 23 mars 1990. Il est vrai que ce projet prévoit une obligation d'annoncer les transactions douteuses alors que dans notre pays un simple droit de les annoncer est discuté.

Dans le domaine de l'assistance administrative, le besoin d'une réglementation se fait fortement sentir. Alors que la Commission des banques ne possède actuellement aucune base légale formelle pour l'échange d'informations avec des autorités de surveillance étrangères, les compétences des autorités de surveillance dans les Etats de la CE, qui avaient déjà été réglées d'une façon rudimentaire dans la première directive de coordination bancaire de 1977, ont été développées. En particulier, les autorités de surveillance d'un établissement de crédit ont maintenant reçu la compétence de contrôler ou de faire contrôler sur place les succursales que cet établissement exploite dans un autre pays membre sans devoir obtenir au préalable l'autorisation des autorités du pays d'accueil. Cependant, l'entraide administrative est subordonnée dans tous les cas à la condition que les autorités et les reviseurs mandatés par elle soient soumis au secret de fonction. De plus, les informations recueillies ne devraient être utili-

sées qu'à des fins de surveillance bancaire et n'être transmises qu'à ceux des offices des autorités centrales qui sont compétents pour la surveillance des instituts de crédit et de finance, des sociétés de services du domaine des papiers-valeurs et des sociétés d'assurance. Une adaptation de la Loi sur les banques devrait être réalisée afin d'assurer la collaboration internationale en matière de surveillance bancaire, dans le respect du secret de fonction.

5.3 Rencontre tripartite

Lors de la rencontre annuelle des autorités de surveillance de l'Allemagne, de l'Autriche et de la Suisse qui s'est tenue à Genève les 3 et 4 septembre 1990, les participants ont procédé à un précieux échange d'informations et d'idées sur le traitement des opérations hors bilan (dotation des fonds propres; traitement des gros risques) et sur des questions internationales (harmonisation de la surveillance bancaire, réunification de l'Allemagne, crise du Golfe, provisions pour les risques-pays). Les représentants du Liechtenstein, qui participaient aussi à une partie de la réunion, ont donné un aperçu de la structure et du développement envisagé de la surveillance bancaire dans leur pays.

5.4 International Organization of Securities Commissions

L'harmonisation internationale, entre la surveillance bancaire et la surveillance des bourses, des exigences et des définitions concernant les fonds propres – et cela avant tout dans les secteurs où les banques et les maisons de titres sont en concurrence directe – est particulièrement importante pour des pays ayant le système des banques universelles. Un représentant de la Commission des banques participe donc à un groupe de travail de l'International Organization of Securities Commissions (IOSCO), l'organisation internationale des autorités de surveillance des bourses. Ce groupe s'est donné pour tâche principale d'harmoniser, parmi les autorités de surveillance des bourses, les prescriptions en matière de fonds propres. Mais il cherche aussi à coordonner ses efforts avec ceux entrepris par les autori-

tés de surveillance bancaire afin de couvrir par des fonds propres les risques de marché et de cours que présentent les positions en titres. Ce groupe, en collaboration avec le groupe d'experts du Comité de Bâle, a entrepris les travaux préliminaires en vue d'établir les mêmes standards minimums pour la surveillance des banques et la surveillance des bourses ainsi que pour la surveillance consolidée des groupes financiers, que visent le Comité de Bâle et l'IOSCO.

6. Affaires traitées (statistiques)

6.1 Séances

Lors de 11 séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 239 affaires (298 l'année précédente).

6.2 Décisions

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a rendu 80 (91) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

• autorisations en vertu des art. 3, 3bis et 3ter LB	45 (43)
• assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux art. 7 et 8 LB	3 (14)
• changement d'institution de revision bancaire (art. 39 al. 2 OB)	11 (11)
• fonds propres, liquidité et répartition des risques	2 (6)
• garantie d'une activité irréprochable, organisation interne	2 (1)
• dénonciations pénales	5 (7)
• retraits d'autorisations	1 (2)
• divers	11 (7)

Pendant l'année 1990, le Tribunal fédéral a tranché 4 recours de droit administratif formés contre des décisions de la Commission des banques dans le secteur bancaire. Tous ces recours ont été rejetés. A la fin de l'année, quatre autres recours étaient encore pendants.

6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'art. 5 RO-CFB. Par ses recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter, dans un laps de temps déterminé, un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission des banques.

Durant l'année écoulée, 69 (52) recommandations ont été émises. Elles ont toutes été acceptées par les banques. Les recommandations concernaient les domaines suivants:

• fonds propres	1	(5)
• répartition des risques	5	(6)
• comptes annuels	63	(39)
• organisation	–	(2)

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'art. 21 OB traitées par le Secrétariat a diminué à 215 (261).

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi

7.1 Etat à fin 1990

• Banques	511	(515)
– en mains étrangères	128	(123)
– succursales de banques étrangères	27	(30)
• banques Raiffeisen	1200	(1216)
• Fédération vaudoise des caisses de crédit mutuel	13	(13)
• sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	4	(4)
• sociétés financières à caractère bancaire assujetties aux seuls art. 7 et 8 LB	128	(138)
• représentations de banques étrangères	76	(78)

- banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse 23 (22)
- institutions de revision agréées pour la revision des banques 21 (21)

7.2 Autorisations délivrées

Banques organisées selon le droit suisse

- American Express Bank (Switzerland) SA, Genève; transformation de société financière en banque
- Banque Robeco (Suisse) S.A., Genève; nouvelle création
- Taurus Banque SA, Genève; nouvelle création
- Alternative Bank ABS, Olten; nouvelle création
- Rothschild Börsenhandel AG, Zurich; nouvelle création
- Unibank (Suisse) SA, Genève; nouvelle création
- Daiwa Securities Bank (Switzerland), Zurich; transformation de société financière en banque
- Nikko Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque
- Landolt, Lonfat & Cie, banquiers, Lausanne; reprise de Hofstetter, Landolt & Cie, Lausanne
- Bank Leu AG, Zurich; reprise des activités bancaires de Leu Beteiligungen AG, Zurich (auparavant Bank Leu AG)
- Trafina Privatbank AG, Bâle; nouvelle création
- Banque SCS Alliance SA, Genève; nouvelle création
- Tokai Bank (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque
- Mitsubishi Trust & Banking Corporation (Schweiz) AG, Zurich; transformation de société financière en banque

Succursales et agences de banques étrangères

- Habibsons Bank Limited, London; succursale à Zurich
- Société Générale Alsacienne de Banque SOGENAL, Strasbourg, succursale à Zurich; agence à St-Gall

Représentations

- Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft, Bielefeld; représentation à Zurich
- Robert Fleming & Co. Limited, London; représentation à Genève

Réception de fonds en dépôt par des banques étrangères auprès d'un intermédiaire en Suisse

- Bell Savings Bank PaSA, Philadelphia, Pennsylvania, USA

Sociétés financières à caractère bancaire (assujetties aux seuls art. 7 et 8 LB)

- Faisal Finance (Switzerland) SA, Meyrin
- Alcifinance SA, Genève
- Crédit des Alpes SA, Genève

7.3 Cessation d'activité

Cessation d'activité

- Leu Beteiligungen AG, Zurich
- Genossenschaft zum Baugarten, Zurich (auparavant Sparkasse der Stadt Zürich, Zurich)
- Hofstetter, Landolt & Cie, banquiers, Lausanne; reprise par Landolt, Lonfat & Cie, Lausanne
- Ersparniskasse Ennenda, Ennenda; liquidée
- Caisse d'Epargne et de Prêts de Promasens, Promasens; liquidée
- Sparkasse Biene Ebnat-Kappel, Ebnat-Kappel; en liquidation
- Caisse d'Epargne et de Prêts d'Ependes, Ependes; fusion avec Banque de l'Etat de Fribourg
- Caisse d'Epargne du Valais, Sion; fusion avec Société de Banque Suisse
- Leihkasse Solothurn, Soleure; fusion avec Ersparniskasse Solothurn, Soleure, en Regiobank Solothurn, Soleure

- Spar- und Hypothekenbank, Lucerne; en liquidation
- Compagnie de Banque et d'Investissements CBI, Genève; fusion avec TDB American Express Bank, Genève, en CBI-TDB Union Bancaire Privée SA, Genève
- Foreign Commerce Bank Inc., Zurich; fusion avec Overland Trust Banca, Lugano, en Overland Bank, Lugano
- Bank für privates Eigentum BPE, Bâle; liquidée
- Banque Pariente, Genève; fusion avec Banca del Gottardo, Lugano
- First National Bank of Boston, Boston; succursale à Genève
- Manufacturers Hanover Trust Company, New York; succursale à Genève
- The Hongkong and Shanghai Banking Corporation, Hongkong; succursale à Zurich
- Société Générale, Paris; succursale à Meyrin
- Banque Morgan Grenfell en Suisse SA, Genève; fusion avec Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genève

Cessation d'activité comme société financière à caractère bancaire

- Amtrade Partners SA, Genève
- Daiwa (Switzerland) AG, Zurich
- The Nikko (Schweiz) Finanz AG, Zurich
- Tokai Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Mitsubishi Trust Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Samuel Montagu (Suisse) SA, Genève
- ANZ McCaughan Securities (Switzerland) AG, Zurich
- J. P. Morgan Securities (Schweiz) AG, Zurich
- Taiyo Kobe Finanz (Schweiz) AG, Zurich
- Themis Finanz-Gesellschaft, Zoug
- Manufacturers Hanover (Suisse) SA, Genève
- Financière Indosuez Genève, Genève
- SOCCOM Société de Finance Commerciale SA, Genève

Cessation d'activité comme représentant

- Raiffeisen Zentralbank Oesterreich Aktiengesellschaft, Vienne
- Union Bank of Finland, Helsinki
- Banco di Sicilia, Palermo
- Privredna Banka Sarajevo, Sarajevo

IV. Surveillance des fonds de placement

1. Revision de la Loi fédérale sur les fonds de placement

Après que la Commission des banques eut attiré il y a quelques années l'attention de l'Association suisse des banquiers sur la nécessité d'entreprendre la revision de la Loi sur les fonds de placement, cette association a présenté à la fin de l'année 1989 un projet informel de revision de la LFP (cf. Rapport de gestion 1989 p. 211). A la demande du chef du Département fédéral des finances, la Commission des banques a pris position cette année sur ce projet. Elle considère que le texte élaboré par l'Association suisse des banquiers est une base utile pour les travaux de revision mais elle est d'avis que cette revision ne devrait pas se limiter à rapprocher notre droit de celui de la Communauté européenne (cf. Rapport de gestion 1989 p. 211) mais qu'il faudrait aussi adapter la loi aux exigences actuelles et la libéraliser. Les problèmes structurels que posent les fonds de placement immobiliers devraient aussi être inclus dans les travaux de revision. Pour la Commission des banques, les postulats suivants sont importants: délimitation entre le champ d'application de la loi et les portefeuilles collectifs internes des banques ainsi que d'autres placements collectifs; introduction de la possibilité de changer la direction du fonds; modification du règlement du fonds par l'autorité de surveillance à la place du juge; amélioration des droits d'information des porteurs de parts; dématérialisation des certificats. De plus, un certain nombre de postulats, qui n'étaient pas contenus dans le projet de l'Association suisse des banquiers, ont été mentionnés par la Commission des banques: admission de fonds de placement sous la forme de sociétés; introduction de fonds de placement spéciaux dont la politique de placement ne correspond pas à la législation actuelle ou aux prescriptions communautaires; élargissement du catalogue des placements admis (par exemple or, certificats de marchandises, options, «Futures», devises); admission de techniques de gestion pour assurer les risques et pour optimaliser le rendement du fonds (par ex. options, «Futures», «Securities Lending»); développement des moyens d'enquête et d'intervention de l'autorité de surveillance, notamment à l'égard de fonds non autorisés; meilleure délimitation entre les droits des porteurs de parts sur le plan administratif et sur le plan civil; nouvelle réglementation des problèmes spécifiques des fonds de placement immobiliers (par ex. forme juridique, admission

de placements immobiliers à l'étranger, estimation de la valeur vénale des immeubles).

Le 22 juin 1990, le chef du Département fédéral des finances a nommé une Commission d'experts sous la présidence de M. le professeur Peter Forstmoser, Zurich. Elle l'a chargée de préparer jusqu'au 31 décembre 1991 un projet de revision complet de la Loi sur les fonds de placement, accompagné d'un commentaire. La Commission des banques est représentée dans cette commission par M. André Cornu, ancien chef de la surveillance des fonds de placement.

2. Pratique de l'autorité de surveillance

2.1 Europrogramme

Durant l'année sous revue, la liquidation des fonds de placement Europrogramme International (EPR) et Europrogramme International Série 1969 (EPR 69) s'est poursuivie (cf. rapport de gestion 1989 p. 216 s.). En particulier, le groupe SASEA Holding – acheteur des immeubles du fonds EPR 69 – a versé le deuxième acompte correspondant environ au 20% du prix d'achat. Les recours interjetés contre la décision de la Commission des banques, prononçant le retrait de l'autorisation à IFI-Interfininvest SA et la nomination de Fiducia Bankenrevision AG comme gérant sont encore pendants. Le Tribunal fédéral a néanmoins rejeté les requêtes tendant à l'octroi de l'effet suspensif.

2.2 Bancor SA, Genève

La société Bancor SA, Genève, gérait, directement ou par l'intermédiaire d'autres gestionnaires, des montants versés par des investisseurs privés sur un compte de cette société auprès d'une banque. Bancor SA recrutait ces investisseurs par voie d'annonces dans la presse spécialisée, par le biais d'intermédiaires ou grâce à une documentation envoyée directement à domicile. Par décision du 12 octo-

bre 1989, la Commission des banques décidait que les fonds récoltés par Bancor SA constituaient un fonds de placement. L'autorité de surveillance confiait à ATAG Revision Bancaire SA, Genève, la liquidation du fonds non autorisé (Rapport de gestion 1989 p. 217).

Par arrêt du 4 mai 1990 (ATF 116 Ib 73 ss), le Tribunal fédéral a rejeté le recours que Bancor SA avait interjeté contre la décision de la Commission des banques. Il a en effet admis que toutes les conditions légales permettant de conclure à l'existence d'un fonds de placement étaient réunies (appel au public, placement collectif, administration par un tiers, répartition des risques). En particulier, la Cour suprême a considéré d'une part que les opérations à terme passées au nom de la recourante constituaient des placements malgré leur caractère spéculatif et, d'autre part, que ces placements étaient collectifs car les fonds gérés par Bancor SA – regroupés et placés sous le nom de la société sans que les investisseurs ne connaissent jamais l'affectation précise de leurs avoirs – n'étaient pas individualisés en fonction des différents clients.

2.3 Remboursement des certificats

La phase persistante de hausse des taux d'intérêt a pour conséquence que beaucoup de porteurs de parts demandent le remboursement de leurs certificats de fonds de placement immobiliers et mettent leur argent dans des placements offrant un rendement plus élevé. Les fonds de placement immobiliers sont donc confrontés pour la première fois depuis bien des années à des demandes de rachat d'un volume considérable. Cette situation a amené la Commission des banques à s'adresser le 25 mai 1990 aux directions de fonds, aux banques dépositaires et aux sociétés de revision des fonds immobiliers pour leur rappeler la circulaire no 16 du 29 mai 1975, dont les prescriptions gardent toute leur validité. Il faut partir du principe que le porteur de parts a, aussi envers les fonds immobiliers, le droit de demander en tout temps le rachat de ses parts en espèces, contre restitution des certificats (art. 21 al. 1 LFP). Pour ce faire, on peut envisager que des comptes à terme ne sont pas renouvelés, que des titres facilement réalisables soient vendus ou que des crédits hypo-

thécaires soient contractés jusqu'à une limite maximum de 50% du prix de revient des immeubles. C'est seulement si une vente d'immeubles est nécessaire parce que la liquidité est insuffisante que la direction peut déroger à cette règle et faire valoir un délai de 12 mois, qui peut être raccourci ou prolongé dans le règlement jusqu'à un maximum de 24 mois (cf. art. 36 LFP). Mais cette disposition d'exception ne permet pas à la direction de rester inactive et de retarder le remboursement des parts. Elle doit au contraire entreprendre tout de suite la vente d'immeubles. Les directions doivent communiquer chaque trimestre à la Commission des banques la position des demandes de remboursement qui sont encore en souffrance et l'informer des mesures qu'elles ont prises pour remplir leur obligation de rembourser les parts.

Un problème particulier se pose au sujet des parts des fonds de placement immobiliers cotés en bourse, qui jusqu'à un passé récent se traitaient encore avec une forte prime par rapport au prix de rachat calculé selon la loi (art. 21 al. 3 LFP), si bien que les porteurs de parts qui voulaient se défaire de leurs titres pouvaient obtenir un montant supérieur à celui qu'ils auraient reçu selon la loi. Mais lorsque, comme aujourd'hui, l'offre domine largement et qu'il n'y a plus d'émissions, la possibilité existe que les cours de bourse des certificats tombent au-dessous du prix de rachat garanti par la loi.

2.4 Fonds immobilier Uto

En décembre 1989, Uto Bank, Zurich, la banque dépositaire du fonds immobilier Uto, qui n'est liée ni personnellement ni par le capital à Uto Fondsverwaltung AG, Zurich, direction du fonds, avisa cette dernière et les porteurs de parts qu'elle dénonçait le contrat de placement collectif pour le 31 décembre 1990. De par la loi, cette dénonciation avait pour effet automatique la liquidation du fonds. Cette décision était motivée par le fait que les actions de la direction ainsi que le 80% environ des parts du fonds auraient été vendus à fin 1989 par la Spar- und Hypothekenbank, Lucerne, à la société de gérance de fortune Haus zum Weggen AG, Zurich, que cette société serait dominée par deux hommes d'affaires bien connus sur le marché immobi-

lier de Zurich qui pourraient être tentés d'utiliser le fonds pour leurs propres opérations immobilières et que par conséquent, il n'existait pas un climat de confiance permettant à l'avenir une collaboration entre la banque dépositaire et la direction. En même temps, la Commission des banques apprenait par l'intermédiaire d'un porteur de parts que la direction avait émis 62500 parts nouvelles, avec valeur au 1er avril 1989, et qu'elle avait calculé leur prix d'émission, contrairement à l'art. 12 al. 3 LFP, sur la base de la fortune du fonds de l'exercice précédent, qui s'était clôturé le 31 mars 1989. La totalité de l'émission d'une valeur de frs 10 mio. avait été placée auprès de la société de gérance de fortune qui ensuite, en automne 1989, avait acquis de Ralph Schmid aussi bien les actions de la direction que le 80% de toutes les parts du fonds. La Commission des banques jugeant que l'émission de nouvelles parts à un prix trop bas constituait une violation grave par la direction de ses obligations légales lui retira l'autorisation d'exercer son activité et nomma Visura Treuhandgesellschaft, Zurich, comme gérant afin d'assurer une liquidation du fonds protégeant les intérêts de tous les porteurs de parts. Etant donné qu'à la suite de la fixation d'un prix d'émission trop bas, la fortune du fonds avait été privée d'une entrée de frs 632500.–, la direction du fonds a été tenue de fournir des sûretés pour un montant équivalent. Uto Fondsverwaltung a fait recours au Tribunal fédéral contre la décision de la Commission des banques. Cependant, après que le Tribunal fédéral eut refusé la demande de Uto Fondsverwaltung d'accorder l'effet suspensif à son recours contre le retrait de l'autorisation et la nomination d'un gérant, la direction retira son recours dans la mesure où il était dirigé contre la nomination du gérant.

2.5 Position du porteur de parts comme partie dans une procédure

Pendant l'année écoulée, la Commission des banques a eu à examiner la question de la position juridique d'un porteur de parts dans une procédure administrative devant l'autorité de surveillance. Un porteur de parts avait attiré l'attention de la Commission des banques sur des prétendues irrégularités commises dans un fonds immobilier et lui avait demandé de prendre différentes mesures administratives. La Commission des banques entra en matière mais ne

reconnut pas au porteur de parts la qualité de partie. Elle refusa donc sa demande de pouvoir prendre connaissance du dossier. Le porteur de parts déposa un recours de droit administratif contre le refus de lui laisser consulter les actes. Sur la question de savoir si et dans quelle mesure et sous quelles conditions l'autorité de surveillance doit entrer en matière sur la requête d'un porteur de parts, le Tribunal fédéral a constaté que l'autorité de surveillance doit entrer en matière si le porteur de parts demande à l'autorité de surveillance de prendre des mesures qui sont de sa compétence et qu'il a à cela un intérêt digne de protection. La qualité de partie ne peut être refusée au porteur de parts que lorsqu'il ne fait qu'une communication ou une dénonciation ou qu'il présente une demande de renseignements qui est de la compétence du juge civil (art. 22 LFP).

Etant donné que le droit de consulter le dossier n'avait pas été respecté, le Tribunal fédéral annula la décision contestée.

2.6 Fonds au Luxembourg n'ayant pas leur propre infrastructure

Il est connu que grâce à ses avantages fiscaux, à sa législation libérale ainsi qu'à son appartenance à la CE, le Luxembourg exerce un fort attrait sur les promoteurs de fonds de placement du monde entier et donc aussi sur les banques suisses. Ainsi, nos grandes banques, pour pouvoir profiter d'un cadre plus favorable que celui qu'elles ont en Suisse, ont déjà créé de nombreux fonds au Luxembourg, qui sont tous gérés par les filiales bancaires qu'elles possèdent dans ce pays. L'administration de ces entités est coûteuse et de ce fait elle est réservée avant tout aux plus grandes banques.

Une solution moins coûteuse s'offre depuis un certain temps aux plus petites banques qui aimeraient aussi profiter des conditions favorables relevées ci-dessus mais qui pour des considérations de coût ne veulent ou ne peuvent pas créer leur propre structure bancaire au Luxembourg. Une banque locale luxembourgeoise peut être chargée de l'administration du fonds, qui d'après la législation luxembourgeoise doit être exercée dans le pays même. Dans la plupart des cas, cette banque exerce aussi les fonctions de banque dépositaire.

La Commission des banques a accepté pour la première fois une demande de faire appel au public en Suisse pour les parts d'un fonds de placement qui a été créé au Luxembourg par une banque suisse sans que celle-ci dispose dans ce pays de sa propre organisation bancaire. Le fonds de placement est administré par une banque luxembourgeoise sur une base contractuelle alors que les décisions concernant les placements sont prises par la succursale de Londres de la banque suisse. Après un examen approfondi des contrats qui règlent les relations entre la banque suisse et la banque luxembourgeoise gérant le fonds, la Commission des banques a constaté que cette solution était compatible avec l'Ordonnance sur les fonds de placement étrangers et qu'elle pouvait donc être acceptée.

Par la suite, la Commission fédérale des banques a été confrontée à une nouvelle demande de ce genre. La seule différence consistait dans le fait que la requérante ne voulait pas seulement remplir les fonctions de représentante en Suisse du fonds luxembourgeois mais qu'elle avait aussi été chargée par le fonds des fonctions de conseiller en investissement. Il se posait donc la question de savoir si on avait encore à faire à un fonds de placement étranger ou si l'activité de conseiller en investissement exercée par la banque suisse représentant le fonds n'avait pas pour conséquence que le siège effectif du fonds se trouvait en Suisse, ce qui aurait dû conduire automatiquement à l'assujettissement du fonds aux dispositions de la loi suisse sur les fonds de placement.

Tenant compte du fait que selon la législation luxembourgeoise l'administration centrale du fonds doit impérativement être domiciliée au Luxembourg mais que les fonctions de conseiller en investissement n'ont qu'un caractère auxiliaire et qu'elles peuvent parfaitement être exercées dans un autre pays, la Commission des banques approuva aussi cette requête.

3. Affaires traitées

Durant l'année 1990, 85 affaires (105) ont été traitées par la Commission des banques. Les recours contre deux décisions sont encore pendants aujourd'hui devant le Tribunal fédéral.

4. Développement des fonds de placement en 1990

	nombre au 31. 12.		Fortune des fonds au 31. 12. en mio. frs		Emissions ./. rachats au 31. 12. en mio. frs	
	1990	1989	1990	1989	1990	1989
Fonds suisses						
Fonds mobiliers	194	173	24 959	30 110	- 987	272
Fonds immobiliers	32	32	7 839	9 411	-1 641	2
Total	226	205	32 798	39 521	-2 628	274
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	224	143			9 376	2 087

Les rapports mensuels de la Banque Nationale Suisse contiennent d'autres données statistiques (tableaux D 15$_1$ et D 15$_2$).

Durant l'année sous revue, 23 (23) nouveaux fonds mobiliers suisses ont été créés:

- BCG Rainbow Fund
- BCV Gestion
- Europar
- CB International Equity Fund
- GAM (CH) Europe
- GAM Tradition
- Gestiamerica
- Gestieuropa
- Hentsch Treasury Fund
- LKB Expert-Ertrag
- LKB Expert-Zuwachs
- Pargest
- Pasche-Bond
- Pasche-Pacific
- Pasche-Valor
- Pro Fonds Global Internationaler Thesaurierungsfonds
- RBZ Eur-Equity
- RBZ Far East Equity
- Rothschild DM Bonds

- Rothschild Dollar Bonds
- Rothschild Swiss Franc Bonds
- Vontobel Swiss Equities
- Vontobel US Equities

Les fonds étrangers autorisés à faire appel au public ont connu une forte augmentation de 81 unités. Le nombre atteint maintenant 224 fonds. 75 de ces nouveaux fonds ont leur domicile au Luxembourg.

A la fin de l'année 1990, la statistique par pays était la suivante:

• Pays sans surveillance comparable à celle exercée en Suisse (Antilles néerlandaises, Ile Cayman, Guernsey, Jersey Iles vierges britanniques, Liechtenstein, Panama)	43	(40)
• Allemagne	23	(23)
• Luxembourg	153	(78)
• USA	3	(1)
• Autriche	1	(1)
• Irlande	1	(–)

V. Surveillance des lettres de gage

1. Revision des centrales de lettres de gage

Le Secrétariat de la Commission des banques doit s'assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la Loi sur l'émission des lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de revision bancaire examinent, pour leur part, le registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les revisions opérées en 1990 n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

2. Revision des statuts de la Centrale des lettres de gage des Banques cantonales suisses

Depuis un certain temps, des travaux ont été entrepris en vue de soumettre les statuts, qui sont en vigueur depuis 46 ans, à une revision complète afin de les adapter aux conditions actuelles. Ces travaux se trouvent dans leur phase finale. Il est prévu de soumettre au printemps 1991 les nouveaux statuts au Conseil fédéral pour approbation selon l'art. 2 al. 2 LLG.

3. Compatibilité avec l'Europe et avenir des lettres de gage

La Loi sur l'émission des lettres de gage ne limite en rien la vente des lettres de gage étrangères en Suisse. On peut donc admettre qu'en principe cette loi est compatible avec la législation de l'Europe communautaire. Comme les deux centrales n'accordent des prêts qu'aux banques membres mais non au public en se finançant par des émissions de lettres de gage, elles ne correspondent pas à la définition d'un établissement de crédit au sens de la première directive de coordination bancaire. Dans le cadre des négociations concernant l'espace économique européen, la Commission des banques a donc proposé d'exclure les deux centrales d'émission des lettres de gage du champ d'application du droit bancaire de la CE.

Dans une étude consacrée par une banque aux problèmes actuels du taux hypothécaire, il est relevé que la lettre de gage a bien une certaine importance comme titre offrant de grandes garanties mais que le concept des deux centrales d'émission ne pourrait pas s'imposer pour le refinancement des affaires hypothécaires étant donné que le système connaît plusieurs sécurités coûteuses et que les banques peuvent se procurer des fonds directement, à des conditions comparables, par l'émission d'obligations de caisse et de leurs propres emprunts. Mais il faudrait pourtant examiner si la lettre de gage, avec une revision de la loi et en s'inspirant de modèles connus à l'étranger, ne pourrait pas contribuer dans une plus forte mesure à la stabilité et à la dépolitisation du taux d'intérêt hypothécaire.

VI. Commission des banques et Secrétariat

1. Commission des banques

Dès le 1er juin 1990, le Conseil fédéral a désigné en qualité de nouveau vice-président M. Amilcare Berra, docteur en sciences économiques jusqu'ici membre de la Commission, et il a nommé M. Jean-Pierre Ghelfi nouveau membre de la Commission des banques. Celle-ci comprend donc, comme auparavant, sept membres.

2. Secrétariat

Pour faire face à des nécessités urgentes, l'effectif du Secrétariat a été augmenté à 36,5 postes de travail, ce qui contribue à assurer une surveillance efficace. Ces postes sont occupés par 37 collaboratrices et collaborateurs dont trois à temps partiel. On peut constater avec satisfaction la stabilité du personnel.

Après 22 ans de service, M. André Cornu, dr en sciences économiques, chef de la surveillance des fonds de placement, a pris sa retraite à fin septembre 1990. La Commission des banques lui exprime ses remerciements pour sa précieuse collaboration.

3. Comptes annuels

	Dépenses		Recettes	
	1990 frs.	1989 frs.	1990 frs.	1989 frs.
Autorité et Secrétariat	3 767 568	3 065 302		
Frais généraux	3 406 155	2 727 471		
Emoluments de surveillance				
– Banques			4 797 912	4 471 585
– Fonds de placement			555 000	588 000
Emoluments d'arrêté et d'écritures			1 045 134	796 068
Report des années précédentes			419 596	356 716
Report à compte nouveau		419 596		
Report déficitaire à compte nouveau			356 081	
	7 173 723	6 212 369	7 173 723	6 212 369

4. Organigramme

Directeur
Dr. Kurt Hauri

Autorisations/ Fonds de placement	*Services de revision*	*Service juridique*	*Services centraux*
Romain Marti Sous-directeur	Kurt Lindegger Sous-directeur	Daniel Zuberbühler Directeur-suppléant	Max Nydegger
Franz Stirnimann Joseph Mauron Dr. Matthäus Den Otter Kurt Fehr Pierre Grandjean Christine Wermelinger	– Paul Nydegger Kurt Bucher Daniel Gertschen Claude Suchet – Marcel Sottas Bernhard Gippert Hans-Rudolf Müller Matthias Villiger – François Tinguely Samuel Schaller André Kowalski Marianne Abrecht	Urs Zulauf Christopher McHale Dr. Marcel Aellen Marco Franchetti Alessandro Bizzozero Daniel Beck Edgar Wolhauser Cyrille Bugnon	Gina von Allmen Monica Ruprecht Dina Beretta Maria Crolla Konrad Schotzko Peter Flury

5. Revision de l'Ordonnance instituant des émoluments pour la surveillance des banques et des fonds de placement

L'Ordonnance du Conseil fédéral du 4 décembre 1978 instituant des émoluments pour la surveillance des banques et des fonds de placement (RS 611.014) prescrit que les émoluments de surveillance et les autres émoluments (émoluments de décision et d'écritures) doivent être fixés de telle manière qu'ils couvrent les frais de la Commission des banques et de son secrétariat. La caisse fédérale n'est ainsi pas mise à contribution. Les émoluments de surveillance doivent être supportés à raison des $^{9}/_{10}$ par les banques et à raison de $^{1}/_{10}$ par les fonds de placement. L'émolument de surveillance se compose d'une part d'une taxe de base qui s'établit d'après la somme du bilan des banques selon un barème fixe et d'autre part d'une taxe complémentaire qui se calcule sur la partie des frais qui reste à la charge des

banques d'une façon proportionnelle au total de leur bilan et qui peut s'élever jusqu'à un maximum de frs 350000.–.

Depuis un certain temps, cette réglementation faisait l'objet de critiques, notamment de la part des caisses Raiffeisen. Sur la base d'une proposition de l'Association suisse des banquiers, le Conseil fédéral a modifié le 9 mai 1990 l'Ordonnance sur les émoluments et a fixé l'entrée en vigueur du nouveau régime rétroactivement au 1er janvier 1990. D'un côté, les taxes de base ont été adaptées partiellement au renchérissement et augmentées de 30%. Les banques Raiffeisen bénéficient d'un allégement sensible car chaque caisse ne doit plus payer son propre émolument mais c'est l'organisation faîtière qui doit acquitter un émolument forfaitaire et global de frs 20000.– pour l'ensemble du système Raiffeisen. D'un autre côté, et contrairement à l'ancien régime, le montant net des commissions provenant des opérations hors bilan (30%) intervient aussi à côté de la somme du bilan (70%) dans le calcul de la taxe complémentaire. Cette nouvelle clé tient compte du fait que ces dernières années, les opérations hors bilan ont beaucoup gagné en importance. Enfin, la limite maximale de la taxe complémentaire n'est plus fixée par un montant en francs mais par un pourcentage (12%) du total des émoluments de surveillance des banques, ce qui représente pour les trois grandes banques une augmentation de l'émolument d'un tiers environ.

EBK CFB